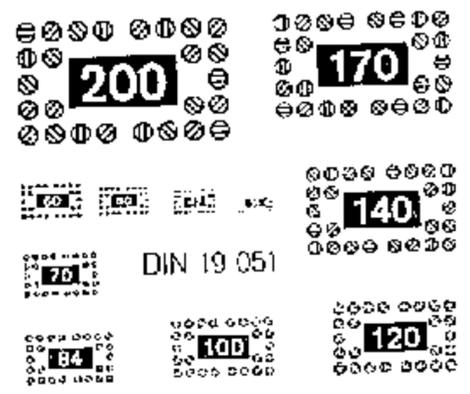
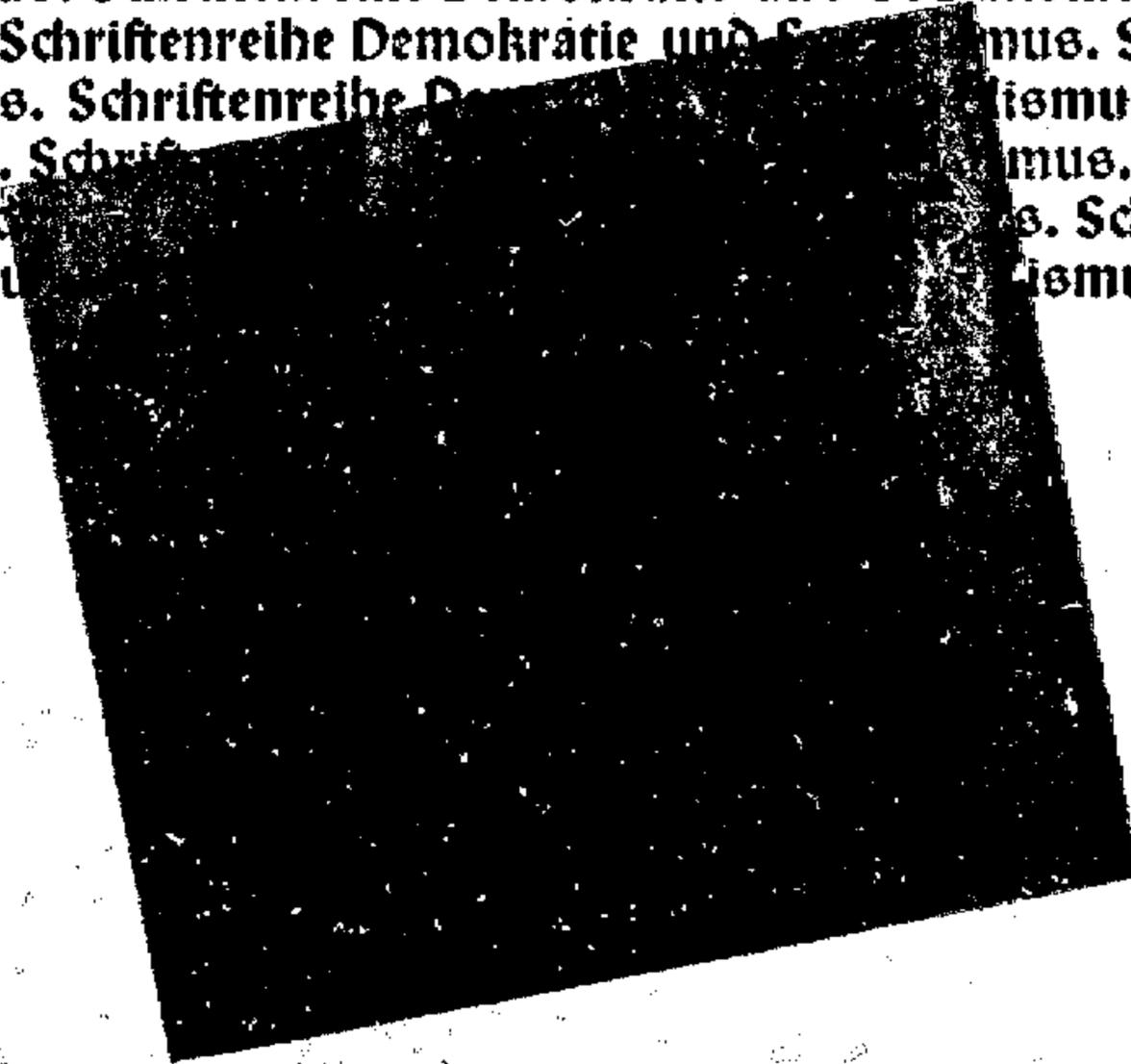


is. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schriftenreihe
alismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Sch
mus. Schriftenreihe Demokratie und ^{CL} mus. Schrifte
lismus. Schriftenreihe Demokratie ^r ismus. Schri
smus. Schriftenreihe Demokratie und ^{12 14} smus. Schrif
ismus. Schriftenreihe Demokratie und ~~Sozialismus~~. Schri
us. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schriften
alismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Sch
mus. Schriftenreihe Demokratie und ~~Sozialismus~~. Schrifte
lismus. Schriftenreihe ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schri
smus. Schrif ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schrif
us. Sch ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schriftem
alismus ~~Demokratie und Sozialismus~~. Sch



38990



KARL DROTT · OFFENBACH-M

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

DAS EISENACHER PROGRAMM

beschlossen auf dem Parteitag des Allgemeinen
Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses
zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869

Bericht nach den Protokollen
des Parteitages, zuerst erschienen im Verlag F. Thiele,
Leipzig 1869

A38990

1947

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT, OFFENBACH A. M.

PV 17466

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Klees (Buckau) beantragt Hinweglassung der Ausnahmebestimmung für Abonnenten des Parteiorgans.

Zirbst (Göppingen) verlangt Herabsetzung der Beiträge für die Arbeiter in Württemberg als dringend geboten.

Bürger (Göppingen) weist darauf hin, daß die Verhältnisse in Württemberg in sozialdemokratischer Beziehung andere seien als in Norddeutschland, jedoch könne das, was die Schwaben bisher getan haben, Beweis dafür sein, daß sie auch ferner im Interesse der großen Sache handeln werden.

Aus Krimmitschau ist inzwischen folgende Depesche eingelaufen:

Die Demokraten in der „Deutschen Eiche“ in Krimmitschau bringen herzlichen Gruß und Handschlag und wünschen bestes Gedeihen der Sache.

Greulich (Zürich) befürwortet den Antrag Spiers und weist auf die geringen Löhne in Süddeutschland hin. Er habe das Vertrauen, daß die Schwaben geben werden, was in ihren Kräften steht.

(Schluß der Generaldebatte.)

Bracke: Meine Herren! Geben Sie der neuen Organisation die Lebensbedingungen, so wird sie bestehen können! Geben Sie ihr dieselben nicht, und es wird hier ein totes Kind geboren. Ich beantrage über diesen wichtigen Punkt Wiederaufnahme der Debatte. (Wird abgelehnt.)

Referent Bebel: Meine Herren! Die große Anzahl der zu diesem Punkt IV gestellten Amendements wie auch die große Zahl der Redner bezeugen zur Genüge die Wichtigkeit der vorliegenden Frage. Es ist eine Erscheinung, die wir überall sehen, daß da, wo der Geldbeutel ins Spiel kommt, die Gemüter ein bißchen mehr erregt werden, als es sonst der Fall ist. Aber auch sonst noch sind sich die Elemente, die hier versammelt sind, in diesem Punkte durch die verschiedenen Organisationen, denen sie früher angehört, und durch die verschiedene Praxis in denselben in ihrer Anschauung sehr verschieden gegenübergestellt. Die Arbeiter Österreichs haben ihre Arbeiterbildungsvereine, und außer diesen eine andere Organisation gar nicht. Sie haben in diesen Vereinen nicht, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, sich bloß auf die agitatorische Tätigkeit geworfen, sondern sie sagten sich, daß sie neben dieser agitatorischen Tätigkeit auch ihre bildende Tätigkeit aufrechterhalten müßten. Diese lokalen Vereine müssen sich verhältnismäßig weit größere Opfer auferlegen, als es bei einer rein politischen und agitatorischen Organisation der Fall ist. Wenn die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bisher nur $\frac{1}{2}$ Groschen pro Woche zahlten, so war das zwar sehr wenig, aber doch kann dieser Verein größere Mittel noch aufwenden und nach außen hin zehn-, zwanzigmal mehr wirken als die Organisationen der anderen Vereine. Dies war der Grund, warum bereits im Mai d. J. vom Vorort des Verbands der Deutschen Arbeitervereine ein ähnlicher Plan gefaßt wurde, wie er heute hier tatsächlich zur Verhandlung vorliegt. Es wird vielen erinnerlich sein, wie damals durch den Vorort bekanntgemacht wurde, daß für Agitationsmittel mehr getan werden müsse, da der Beitrag von einem Groschen pro Jahr durchaus unzureichend sei. Der Verband hat 10 000 Mitglieder, und dennoch sind die Mittel, die er zusammengebracht hat, gering. Der Verband hat durch Steuern zirka 330 Taler zusammengebracht, und

wenn ich Ihnen sage, daß von diesen 330 Talern über 90 Taler für Porto auszugeben waren, so werden Sie begreifen, wie wenig uns für die eigentlichen Agitationszwecke übriggeblieben ist. Hätten wir nicht von anderer Seite — Sie wissen, man sagt: von „Hietzingischer Seite“ (Pfuil) — Geld bekommen, hätte nicht Dr. Ladendorf in Zürich uns aus einem Revolutionsfonds, der zu Anfang der fünfziger Jahre von Gottfried Kinkel und den Emigranten in Amerika gesammelt worden ist, über 900 Taler zur Verfügung gestellt — nun wissen Sie, woher die „600 Taler“ kommen, von denen der „Sozialdemokrat“ spricht! (Stürmische Unterbrechung. Bravo!) —, so wäre es uns nicht möglich gewesen, zu leisten, was wir geleistet haben. — Es lag in der Natur der Sache, daß wir dies nicht an die große Glocke hängen; aber jetzt, nachdem solche niederträchtige Verleumdungen in die Welt geschleudert worden sind — (stürmische Unterbrechung. Pfuil Pfuil! Allgemeine Entrüstung) —, jetzt halte ich es für notwendig, die Quelle unserer Mittel anzugeben.

Wir sagten uns aber, daß wir für alle Zeiten nicht auf solche außerordentlichen Unterstützungen rechnen könnten, und so war unser Bestreben darauf gerichtet, auf dem nächsten Verbandstage den Antrag zu stellen, monatlich mindestens $\frac{1}{2}$ Groschen zu zahlen, weil das bisher gesteuerte Geld für die agitatorische Tätigkeit nicht ausreichte. In allen Orten wird künftig ein ähnlicher Beitrag erhoben werden müssen, Sie werden zugeben, daß die Opfer dadurch für die Bildungsvereine höher sind, aber dennoch müssen diese Opfer gebracht werden, weil ein Agitationsverein mehr wirkt für die Verbreitung unserer Prinzipien als ein Bildungsverein. Es kommt nun aber meines Erachtens sehr darauf an, auch für die Lokalvereine ein ganz bestimmtes Statut auszuarbeiten, und geht meine Auffassung dahin, daß wir nicht jeden Verein zwingen können, sich aufzulösen und sich unseren Lokalstatuten anzuschließen. Man wird aber verlangen können und müssen, daß jeder Verein, der sich der Partei anschließt, unbedingt das Programm der Partei anerkennt, und wer es nicht anerkennen will, der kann eben nicht zur Partei gehören. Ist nun da ein Lokalverein, der seine Bildungszwecke weiterverfolgen will, so mag er es unbeschadet dessen tun, aber wir müssen verlangen, daß er auch seine Pflichten gegenüber der Partei erfüllt. Es können auch nicht dem von uns zu entwerfenden Statut zullebe überall Anträge auf Auflösung der Vereine gestellt werden, weil da oft sehr große materielle Fragen mit in Betracht kommen, und ich würde selbst in Leipzig mit einem solchen Antrage ganz gehörig abblitzen; aber dafür kann ich garantieren, daß der Verein seine Pflicht der Partei gegenüber auch erfüllt. Die bestehenden Vereine können wir nicht ohne weiteres über den Haufen werfen, wir können aber dafür sorgen, daß ähnliche Organisationen, wie die der jetzigen Vereine, nicht mehr zustande kommen; das ist unsere Pflicht! Ich verkenne durchaus nicht, daß ich meine schweren Bedenken gegen den Beitrag von einem Groschen habe; aber es waren da andere, die sagten, ein Groschen sei noch zu wenig, man könne zwei zahlen! Aber da kommen denn doch Bedenken in bezug auf die Verschiedenheit der Erwerbsverhältnisse Deutschlands in Betracht. Es ist kein Zweifel, daß die Löhne in den großen Städten Norddeutschlands durchschnittlich 50 Prozent höher sind als in Sachsen und Süddeutschland, mit Ausnahme von Österreich, wo die Löhne wieder besser sind. Sachsen ist das einzige Land in Deutschland, wo die industrielle Bevölkerung der Landbevölkerung am meisten gleichsteht. Ein

nicht geringer Bruchteil der industriellen Bevölkerung muß sich mit einem Lohn von 1 Taler und 10 Groschen, höchstens 2 Talern wöchentlich begnügen, wofür oft der Mann mit seiner Familie tätig sein muß! Dabei sind die Lebensmittelpreise in einer kleinen Stadt oft weit teurer als in einer großen. Wir hatten deshalb dem Organisationsentwurf einen ähnlich lautenden Passus einverleibt wie der Spiersche ist.

Die Hamburger Freunde strichen den Passus, und ich war darauf in Leipzig dafür, die Frage vorläufig unerörtert zu lassen und zu sehen, was der Kongreß in dieser Frage beschleße. Darum möchte ich Sie bitten, den Antrag Spier anzunehmen, denn sonst fürchte ich allerdings — es liegt das in der Natur der Verhältnisse —, daß ein sehr großer Teil unserer Parteigenossen schlechterdings nicht imstande ist, unserer Organisation jetzt beizutreten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Leute, wenn sie erst begreifen, daß das Allgemeine weit richtiger ist als das Lokale, sich nach und nach davon befreien, aber jetzt mit einem Male können Sie es nicht. Auch sind Tausende, die durch die Höhe der Beiträge abgehalten würden, sich unserer Organisation anzuschließen; in Sachsen ganz bestimmt, im Erzgebirge, und auch in vielen anderen Gegenden Deutschlands. Es kann und darf uns auch nicht allein an den Beiträgen liegen, sondern wir müssen sehen, die Masse zu bekommen. Denn je größer die Masse ist, desto weniger brauchen wir von den einzelnen zu nehmen, die Masse bringt das dann wieder ein.

Wenn nun gesagt worden ist, daß der einzelne durch das Halten des Blattes schon Opfer bringen muß, so ist das sehr richtig, und ich befürworte auch, daß man ihn durch das Abonnement auf das Parteiorgan der Steuer enthebt, denn er nützt durch das Halten des Blattes der Partei weit mehr, als wenn er bloß seine Steuern zahlt. Durch das Organ können sich die Parteigenossen über die verschiedenen Fragen weit besser aufklären, als wenn sie ein- oder mehrere Male in einer Volksversammlung eine Rede hören — denn diese Volksversammlungen haben keine nachhaltige Wirkung, und sie können nur anregend wirken. Dies war der Grund, weshalb wir es für unsere Pflicht hielten, eine solche Bestimmung aufzunehmen, damit für die Verbreitung des Parteiorgans nachhaltig gewirkt werde. Wenn einer drei Groschen pro Quartal zahlen soll, so sagt er sich: „Da gibst du doch lieber noch ein paar Groschen zu und kiest das Parteiorgan!“ und so haben wir nach beiden Seiten Nutzen. Mit der Höhe der Abonnentenzahl steigt auch der Überschuß des Blattes, und dieser kommt der Partei zugute.

Ich glaube, daß, wenn Sie den Antrag Spiers annehmen, es unseren Deputierten gelingt, die Bedenken ihrer Mandanten alle niederzuschlagen, und wir dann ein vollständig aktionsfähige Partei gründen! Unser Parteiorgan muß den Parteizwecken vollständig entsprechen; mit einmaligem wöchentlichen Erscheinen ist es nicht getan. Wir müssen ein Organ haben, das mindestens zweimal wöchentlich erscheint. Es soll nicht allein die politischen Fragen erörtern, sondern wir müssen es auch zum Organ der Gewerkschaften machen, damit die Leute das Organ auch halten für ihre Fachzwecke. Und darauf ist ja der Plan auch berechnet. Niemand von uns wird behaupten, daß die Gewerkgenossenschaften die soziale Frage lösen, aber der momentane Vorteil, den sie bieten, zieht viele heran, und so können wir die Masse für die sozialpolitische Sache interessieren, und das

„Gift“ — denn viele halten es ja für ein Gift — in recht viele Köpfe pflanzen. Darum bitte ich, nehmen Sie den Antrag Spier an, so wie er gestellt ist! —

Bracke (als Korreferent): Ich möchte Sie noch auf einen außerordentlich wichtigen Punkt aufmerksam machen, meine Herren! Das Wichtigste, worauf es bei der Arbeiterbewegung ankommt, ist die sozialdemokratische Agitation! Meine Herren, Sie haben ein Programm angenommen, das Ziele aufstellt, die nur mit Anspannung aller Kräfte erreicht werden könnten! Nicht zu erreichen sind sie durch die lokalen Organisationen in den Gauverbänden und Bildungsvereinen, sondern nur durch eine einheitlich geleitete, kräftige, mit aller Macht betriebene Agitation für unsere Prinzipien! Das ist der nervus rerum, das haben wir kennengelernt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein! Wodurch war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stark, wodurch hat er seine Bedeutung erlangt? — Durch die mit aller Macht betriebene politische Agitation! — Und ich bitte Sie alle, zu bedenken, daß es in erster Linie darauf ankommt, in die Herzen der Arbeiter unsere Gedanken hineinzutragen, denn wenn große Ereignisse eintreten und alles drunter und drüber geht in der Welt, so ist es nötig, daß jeder Arbeiter weiß, was vorgeht und worauf es ankommt. Unsere Organisation muß zur Agitation befähigt werden; und wenn alle Bildungsvereine und Gauverbände zugrunde gehen, so mögen sie getrost zugrunde gehen — das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, ist so groß, daß es darauf nicht ankommt! Aber wie die Dinge jetzt liegen, können die Gauverbände, die Bildungsvereine nach unserer Vorlage ruhig bestehen, nur dürfen sie kein Hemmschuh sein für die große soziale Agitation. Agitieren können wir aber nur, wenn die Partei finanziell sicher gestellt ist. Es ist ganz unmöglich, etwas zu leisten, wenn nicht das nötige Geld vorhanden ist! Verkennen Sie die Wichtigkeit dieses Punktes nicht; wollen Sie wirklich mit wahrhafter Liebe wirken und mit ganzer Kraft für die von Ihnen angenommenen Grundsätze eintreten, so müssen Sie vor allem dafür sorgen, daß die großen Ideen hinausgetragen werden in das Volk, und um dies zu ermöglichen, werden auch die armen Leute im Erzgebirge gewiß steuern, wenn sie unsere Idee begriffen haben. Nur dadurch, daß Sie finanziell die größten Opfer bringen, sich das Äußerste abzwacken, können Sie zur Verwirklichung unserer Ideen beitragen! Denken Sie sich, ich schmachtete heute in Ketten, die mir lästig sind, die meine Glieder wund scheuern, und ich könnte meine Ketten durch eine große Kraftanstrengung zerreißen, aber nicht, ohne meine Glieder noch wunder zu scheuern — wäre ich nicht ein Narr, wenn ich diese Anstrengung nicht wagen wollte?! — Und so hier. Es geht nicht mit gemüthlichen Redensarten, wir müssen rückhaltslos eintreten für unsere Sache, wir dürfen keine Opfer scheuen, und wenn sich der Arbeiter das Brot vom Munde entziehen muß! Ich verweise Sie auf die französischen Arbeiter: hätten wir deren bewundernswerte Opferfreudigkeit, dann würden wir bald dahin kommen, daß keine Macht der Erde uns entgegenstehen könnte. Die finanzielle Frage ist die Grundlage der ganzen Agitation! Nicht mit Redensarten, nicht mit Begeisterung, die wir hier unter uns, unter den wenigen Delegierten haben und erwecken, ist es getan — es gilt die Masse zu überzeugen! Es gilt zu agitieren. Und keine Agitation ohne Geld! Ich bitte Sie darum, ja diese finanzielle Frage nicht zu unterschätzen, und sich klarzumachen, daß Sie für die Partei steuern müssen, daß Sie noch viel mehr steuern müssen als

diesen Silbergroschen, daß Sie auch in ihren Vereinen und Gauverbänden agitieren, daß Sie Versammlungen abhalten und Flugschriften drucken lassen müssen usw., wenn wir weiterkommen wollen! — Also lassen Sie alle Bedenken fallen und nehmen Sie die Vorlage an!

Bebel: Bracke hat auf die sozialen Gegner hingewiesen, ich weise Sie auf die politischen hin. Fragen Sie sich doch einmal, wieviel Steuern Sie täglich zahlen müssen für eine Staatsorganisation, die gegen Sie gerichtet ist! — zahlen Sie also auch einmal endlich einige Groschen für Ihre eigenen Zwecke!

Abstimmung. Stolle zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Spiers: „Sache des Ausschusses ist es, für einzelne Parteigenossen die Beiträge zu ermäßigen“, wird angenommen. Die Anträge von Mosig, Stolle, Greulich und Klees werden abgelehnt und der Punkt IV mit den Amendement Spiers angenommen.

Nippoldt (Gotha) bringt folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Der Kongreß erkennt an, daß, nachdem Herr Bebel mitgeteilt, wohor er die zur Agitation notwendig gewordenen Mittel herbekommen hat, alle von dem Sekretär des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, C. W. Tölcke, ausgesprengten hierauf bezüglichen Gerüchte lediglich grobe Unwahrheiten und Verdächtigungen sind, und Herr Tölcke somit die Verachtung aller deutschen Arbeiter verdient.“

Bracke bittet den Antrag so zu fassen, daß Tölcke binnen einer bestimmten Frist aufzufordern sei, seine Angaben zu beweisen, und wenn er dies nicht könne, wie ja von vornherein anzunehmen sei, so könne man ihn der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter überweisen. Zunächst aber komme es darauf an, zu konstatieren, daß er absichtlich verleumdet habe.

Liebknecht: Wir dürfen Tölcke nicht die Ehre antun, hier von ihm zu sprechen, und wir können Bebel nicht die Schmach antun, seine Angaben in Zweifel zu ziehen. Wir kennen Tölcke, und wir kennen Bebel. Tölcke steht vor der ganzen Welt als ein niederträchtiger Verleumder da! (Bravo.)

Bebel bittet den Antrag, wenn überhaupt darüber gesprochen werden soll, doch wenigstens zu vertagen, damit kein Aufschub in der Beratung der Vorlage eintrete. Er sei der Meinung, ihn den Streit mit Tölcke allein austragen zu lassen.

Raspe (Essen): Ich will noch bemerken, daß ich gerade hier die Beweise in der Hand habe, daß Tölcke gegen die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter in einer ganz unehrlichen Weise verfahren ist und sich aus drei, vier Kassen hat bezahlen lassen, daß also Tölcke gar keinen Glauben verdient!

Liebknecht: Ich beantrage, daß wir über Tölcke mit Verachtung zur Tagesordnung übergehen. (Dies wird angenommen.)

Teil IV wird hierauf angenommen.

Hirsch (Nürnberg) beantragt, man solle, da das Wichtigste beschlossen sei und bald viele abreisen würden, zunächst die Gewerkgewerkschaftsfrage zur Beratung ziehen.

Bebel schlägt vor, weiterzuberaten wie bisher.

Spier (Wolfenbüttel) beantragt en-bloc-Annahme der Punkte V—XIX.

Müller (Dresden) wünscht bis zum anderen Morgen eine Vorberatung in betref der Gewerkschaften.

(Schluß der Geschäftsordnungsdebatte und Übergang zur Tagesordnung.)

Diskussion über Punkt V der Vorlage.

Geisenheimer (Augsburg) beantragt hierzu: „Sind an einem Orte weniger als 20 Mitglieder, so können sie die Beiträge vierteljährlich abliefern.“

Bracke (als Referent): Wenn wir diesen Passus aufnehmen, so ist es sehr wahrscheinlich, ja gewiß, daß wir, wenigstens in Preußen, aufgelöst werden. Nun bin ich der Meinung, daß man diese Bestimmung ganz einfach aus den Statuten fortläßt — tatsächlich läßt sich die Sache ja leicht regeln —, dann wird es den Behörden gesetzlich nicht möglich sein, einzuschreiten, denn sie werden uns keinen Zusammenhang im Sinne des Vereinsgesetzes beweisen können. Ich empfehle daher, diesen Antrag zurückzuziehen.

Geisenheimer zieht seinen Antrag zurück; von Bonhorst nimmt ihn auf. Er wird verworfen, und der Punkt V einfach angenommen.

Teil VI, VII und VIII werden ohne Debatte angenommen.

Zu Punkt IX beantragt Kaiser (Erfurt) statt 4 Wochen, 6 Wochen zu setzen, und Scheu am Schluß statt $\frac{3}{4}$ zu setzen: $\frac{1}{2}$.

Punkt IX wird mit diesen Änderungen angenommen.

Zu Punkt X stellt Rüdft die Frage: Wieviel Stimmen soll derjenige haben, der von mehreren Orten delegiert worden?

Bebel zur Antwort: Wir können das Stimmrecht nur so ausüben lassen, daß jeder Delegierte, der zugegen ist, nur eine Stimme hat. Richten wir es anders ein, so haben wir keine Gewähr, ob die von einem Delegierten vertretenen Orte auch alle mit seiner Abstimmung einverstanden sind. Jeder kann nur für seinen eigenen Kopf einstehen.

v. Bonhorst (Wiesbaden) beantragt, Punkt X und XI zusammenzufassen.

Spier (Wolfenbüttel) beantragt: die Worte von „Sonden“ bis „Stimmrecht aus“ zu streichen.

v. Bonhorst (Wiesbaden): Wir wollen direkte Gesetzgebung; ich bitte, daß eine Vorlage in diesem Sinne ausgearbeitet werde.

Dies wird angenommen, und Bebel, Bonhorst, Bracke und Rittinghausen zur Ausarbeitung einer solchen Vorlage erwählt.

(Schluß der Sitzung nach 9 Uhr abends.)

Montag, 9. August

Vorsitzender Geib eröffnet um 9.30 Uhr die Verhandlungen und verliest zunächst folgende Telegramme:

„Delegierte der Opposition, stehet fest wie die Eichen und wanket nicht und schafft einen Bund zum Wohle aller Arbeiter. Es lebe der Kongreß und die Idee desselben!

Arbeiterversammlung Tibholdgasse 102, Köln.“

„Glück auf zu unserer guten Sache, aber ohne Fäuste und Messer.
Mit sozialdemokratischem Gruß Schock, Wälde, Kießler, Eßlingen.“

„Fort Personenkultus. Schafft Organisation, die unsere Partei zum
Sieg führt. Die Sozialisten Wiens. Pentzing, Gobisch.“

„Donnerndes Hoch der deutschen Sozialdemokratie. Größte Freude
für Euer Bestreben zur Einigkeit. Wir stehen fest fürs Programm —
mutig vorwärts für die Einigkeit unserer deutschen Brüder, und Sieg
wird unser. Mit sozialdemokratischem Brudergruß und Handschlag.

Arbeiter Zeltweg. Wien.“

Vorsitzender Geib: Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das
Wort Herrn Liebknecht zu einer persönlichen Bemerkung.

Liebknecht: Meine Herren! Ich habe gestern in bezug auf die gegen
Bebel geschleuderte Verleumdung den Antrag gestellt, mit Verachtung
über Tölcke zur Tagesordnung überzugehen. Wenn ich nun heute über
eine infame Verleumdung, die von derselben Seite gegen mich gerichtet
worden ist, nicht einfach mit Verachtung zur Tagesordnung übergehe, so
geschieht es, weil diese Verleumdung mir Anlaß gibt, das politische
System zu charakterisieren, welches in Preußen herrscht, und eine Persön-
lichkeit an den Pranger zu stellen, die mindestens ebenso einflußreich ist
im „Staat des deutschen Berufes“, als Graf Bismarck — ich meine Herrn
Stieber, der mit vollstem Recht von sich sagen kann: Preußen bin ich!

Und noch einen andern Grund habe ich, der sofort zutage treten wird.

Nun zur Sache:

Im letzten „Sozialdemokrat“ (Nr. 91) steht folgende Notiz:

„Die ‚Ehrlichen‘, welche den Eisenacher Kongreß ausgeschrieben
haben, bilden ein nettes Gemisch. Da prangen die Namen Liebknecht
und Hugo Hillmann einträchtig nebeneinander. Nun haben aber —
siehe die Nummer des ‚Sozialdemokrat‘ vom 26. März 1865 — Liebk-
necht und Genossen dazumal erklärt: ‚Hillmann sei ein Polizei-
spion‘, während von anderer Seite erklärt wurde: ‚Unter den Akten
des Kölnischen Kommunistenprozesses befindet sich ein
von Liebknecht geschriebener denunziatorischer Brief! —
Und jetzt vertragen sich die Herren brüderlich! Nettes Gemisch!“

Ja, meine Herren! es ist eine „nette Gesellschaft“, mit der wir es zu tun
haben! — Gestern, wie ich höre, kam die Sache auch in dem sogenannten
„Kongreß“ der Separatisten vor; die Mitglieder wurden aufgefordert, Be-
weise meiner Schuld zu bringen, und da wurde denn von irgendeinem
Subjekt erzählt, und von anderen Subjekten bestätigt, jener von mir
geschriebene „denunziatorische Brief“ habe einen Arbeiter namens „Rös-
ler“ auf 6 Jahre ins Gefängnis gebracht.

Diese Schandgeschichte hat eine historische Unterlage, und ich werde
jetzt kurz den Sachverhalt erzählen.

Es war im Anfang der 50er Jahre, als die Reaktion überall ihre Orgeln
felerte, Pressfreiheit und Versammlungsrecht überall unterdrückt waren, da
bestand in Deutschland, namentlich im Westen, eine geheime Gesellschaft

— geheim, da öffentliches Wirken unmöglich war — zur Verbreitung sozial-
demokratischer Ideen: der „Kommunistenbund“. Derselbe hatte erst in
London, dann in Köln seine Zentralstelle und umfaßte die Männer der
„Neuen Rheinischen Zeitung“, Marx, Engels usw., kurz die alte Kom-
munistenpartei — der ich damals angehörte, wie ich ihr heute angehöre.
Infolge von Unvorsichtigkeiten wurde im Mai 1851 Nothjung, ein Mit-
glied der Gesellschaft, kurz darauf Röser (das soll wohl der „Rösler“
der Tölcklade sein), Becker, Bürgers u. a. verhaftet. Da der „Komm-
unistenbund“ lediglich propagandistische Zwecke verfolgte, so ließen sich
keine Beweise hochverräterischer Umtriebe, nach denen man schnüffelte,
auffinden; man ließ aber trotzdem die Gefangenen 1½ Tage lang in
Untersuchungshaft und stellte sie dann in Köln vor die Geschworenen,
angeklagt des Komplotts gegen den preußischen Staat, obgleich auch nicht
ein Schatten von Beweis vorlag. Doch ich kann auf die Einzelheiten jenes
Prozesses nicht eingehen, der eine der schmutzigsten Seiten der an solchem
Polizeischmutz so reichen preußischen Geschichte füllt — ich verweise
auf die 1853 veröffentlichte Broschüre von Marx: „Enthüllungen über den
Kommunistenprozeß in Köln“. Genug — um dem Mangel an objektivem
Tatbestand abzuhelfen, wurde den Geschworenen ein sogenanntes Pro-
tokollbuch vorgelegt, das unter andern von mir unterzeichnet sein und
angeblich den Bericht der Verhandlungen der kommunistischen „Zentral-
behörde“ enthalten sollte. Natürlich eine infame Fälschung! Aber sie gab
den Anlaß, daß allerdings ein „denunziatorischer Brief“, geschrieben von
einem Wilhelm Liebknecht, ans Tageslicht kam, aber ein „denunziatorischer
Brief“ nicht für, sondern gegen Stieber. Nämlich, ehe wir von London
aus, wo ich als Flüchtling lebte, etwas zur Aufdeckung der Fälschung
tun konnten, hatte ein Herr Birnbaum in Köln, der mich von der Schweiz
her kannte und den Assisenverhandlungen beiwohnte, einen von mir ge-
schriebenen Brief beigebracht, dessen Handschrift es sofort klarmachte, daß
mein Namenszug unter dem „Protokollbuch“ gefälscht war.

Herr Stieber selbst ward gezwungen, dies vor den Geschworenen zuzu-
geben und zu erklären, daß er mit dem Protokollbuch „betrogen worden sei“.
Kurz — der einzige Brief, der von mir vorgelegt wurde, hat bewiesen,
daß von den Agenten der preußischen Regierung eine niederträchtige,
schuftige Fälschung ausgeführt worden war!

Es versteht sich, daß die Angeklagten von den Geschworenen dennoch
verurteilt wurden. Dies der Hergang! —

Ich versichere nochmals, daß ich die Sache nicht erwähnt habe, um
mich zu verteidigen, sondern nur, weil sie mir eine Angriffswaffe
liefert. Diese Herren Schweitzerlinge würde ich nie einer Aufklärung, ge-
schweige denn einer Verteidigung würdig gehalten haben. Diese Men-
schen sind mir ebenso verächtlich in ihrem blinden Personenhaß als
in ihrem blinden Personenkultus. Prinzipien können sie nicht begrei-
fen, darum halten sie sich an Personen. Mich hassen sie — ich bin stolz
auf ihren Haß; beleidigen können sie mich nicht, denn ich verachte sie; ihre
Schimpfereien und Beleidigungen schätze ich mir zur Ehre. Den Haupt-
grund, warum ich die Angelegenheit hier vorgebracht, habe ich vorhin
mitgeteilt.

Aber ich habe noch einen Grund: Die Leute haben sich auf Herrn Hill-
mann von Elberfeld als Zeugen gegen mich bezogen. Herr Hillmann ist

hier anwesend, ich fordere ihn im Interesse seiner Ehre auf, vor diesem Kongreß zu erklären, ob er jemals von mir behauptet hat, ich habe Röser oder irgend sonst jemanden je in meinem Leben denunziert?

Hillmann: Ihnen eine öffentliche Erklärung in dieser Sache zu geben, muß mir sehr lieb sein. Ich hätte sie selbst provoziert, wenn auch nicht schon im jetzigen Augenblick. Ich habe hier überhaupt noch von mehreren anderen Verleumdungen zu sprechen. Bereits gestern Abend empörte es mich, als ich hörte, daß ich gesagt haben sollte: Herr Liebknecht habe im Kölner Kommunistenprozesse Herrn Röser derart denunziert, daß derselbe auf lange ins Zuchthaus gekommen.

Szymanowsky (unterbrechend): Es wurde gesagt: Sie hätten es öffentlich erklärt, daß Liebknecht den Röser denunziert habe und dieser infolgedessen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei; Sie müßten also ein Lügner sein oder Liebknecht ein Denunziant!

Hillmann (fortfahrend): Ich habe schon gestern Abend Liebknecht erklärt, daß diese ganze Behauptung vollständig erlogen ist, und daß ich mir nicht vorstellen kann, je etwas Derartiges gesagt zu haben. Ich weiß von dem Kommunistenprozeß nur, daß Liebknecht darin verwickelt war, in bezug auf die schändliche Gerede der Schweitzerlinge erkläre ich hiermit an Eides Statt: daß ich niemals eine derartige Aussage gemacht, daß ich nie gesagt habe, Liebknecht habe im Kommunistenprozesse den Röser denunziert und denselben ins Zuchthaus gebracht! Wenn Sie eine anderweitige Erklärung verlangen, so bin ich mit Freuden dazu bereit. Ich habe übrigens Akten mitgebracht über mehrere ähnliche Fälle und will mitteilen, daß ich gegen die Herren vom „Sozialdemokrat“ eine Klage angestrengt habe! —

Liebknecht: Ich verlange keine andere Erklärung. Durch diese Erklärung vor dem Kongreß — eine private konnte mir natürlich nicht genügen — habe ich vollständig erreicht, was ich wollte. Ich will bloß hinzufügen, daß, wenn die sehr mächtigen Feinde, die ich habe, wenn z. B. die preußische Regierung nur irgendein Tüpfelchen gegen meine Ehre vorbringen könnten, dies längst geschehen wäre; Schonung läßt man mir gewiß nicht angedeihen. Aber obgleich man seit Jahren alles durchwühlt hat, um etwas gegen mich zu finden, so ist es doch nicht gelungen, meinem Charakter auch nur den leisesten Makel anzuhängen. Mit diesen Schweitzerlingen befaße ich mich nicht mehr; ich verachte sie, und Herr Hillmann hat ihnen soeben die Lüge ins Gesicht zurückgeschleudert. Aber nun bin ich auch meinerseits Herrn Hillmann eine Erklärung schuldig: Ich erkläre hiermit, daß ich ihn niemals für einen Polizeispion gehalten habe. Auch habe ich nie eine Äußerung schriftlich oder mündlich gemacht, die so gedeutet werden könnte. Doch — lassen wir das. Wozu noch weitere Worte: es steht im „Sozialdemokrat“ — **folglich** ist es gelogen! (Großer Beifall, Bewegung.)

Hillmann: Diese Beschuldigung ist nach dem badischen Feldzuge in London gegen mich erhoben worden, und ich weiß wirklich nicht, von wem sie ausgegangen ist. Aber ich möchte Ihnen empfehlen, ja kein Gewicht auf die Denunziationen des „Sozialdemokrat“ zu legen. Schweitzer hat bisher nur dadurch regiert, daß er die Leute, die es wirklich ernst mit der Sache meinten und die intelligent genug waren, ihn zu durchschauen, systematisch verdächtigt. Fortan wird der ganze „Sozialdemokrat“ aus

weiter nichts bestehen als aus lauter Verleumdungen. Also nehmen Sie stets an: Was im „Sozialdemokrat“ steht, ist das gerade Gegenteil von dem, was wahr ist! — dann sind Sie fertig! (Allgemeines Bravo.)

Vorsitzender Geib: Wir gehen zur Tagesordnung über. Die Kommission, die wir gestern Abend in betreff der §§ X und XI eingesetzt, hat ihre Arbeiten beendet. Herr Rittinghausen wird darüber Bericht erstatten.

Rittinghausen (Köln): Meine Herren! Unsere Kommission wurde gestern von Ihnen beauftragt, die §§ X und XI des Statuts mit dem angenommenen Prinzip der direkten Gesetzgebung durch das Volk in Einklang zu bringen. Es stand von vornherein bei uns fest, daß nach dem Prinzip der direkten Gesetzgebung alle wichtigen Kongreßbeschlüsse einer Urabstimmung der Mitglieder unterworfen werden müssen. Zu gleicher Zeit aber haben wir die Notwendigkeit der Delegation begriffen, eine Notwendigkeit, die auch von der Partei anerkannt ist, indem sie uns, den Delegierten, die Parteioorganisation übertragen hat. Minder wichtige Beschlüsse einer Urabstimmung der Mitglieder zu unterwerfen, wäre nicht zweckmäßig; sie können durch die Delegiertenversammlung endgültig gefaßt werden. Auch empfehlen wir, von der Entscheidung des Volkes ebenfalls auszunehmen die Wahl des Ausschusses und die Bestimmung des Vororts. Es würde allzu schwierig sein, die Wahlen vor die Parteigenossen zu bringen; es würde diesen in den einzelnen Ortschaften an der nötigen Ortskenntnis mangeln. Eine Partei ist ja nicht in der Lage, sich, wie eine Staatsregierung, über alle diese Dinge in kurzer Zeit genügende Auskunft zu verschaffen. Es wurde also von uns dem Artikel X und XI folgende Fassung gegeben:

X. „Jeder Delegierte hat eine Stimme. Die Parteigenossen, welche sich an einem Orte an der Wahl der Delegierten beteiligen, dürfen nur fünf stimmberechtigte Abgeordnete zum Kongreß entsenden. Parteimitglieder, welche nicht delegiert sind, haben nur beratende Stimme.“

XI. „Spätestens drei Wochen nach dem Kongreß muß das Kongreßprotokoll allen Mitgliedern zum Kostenpreise zugänglich gemacht werden. Alle Kongreßbeschlüsse, welche eine Abänderung des Statuts, die Grundsätze und die politische Stellung der Partei oder die Besteuerung derselben betreffen, müssen innerhalb 6 Wochen nach dem Kongreß der Urabstimmung aller Parteimitglieder unterbreitet werden. Einfache Majorität der Abstimmenden entscheidet. Das Resultat der Abstimmung wird im Parteiorgan veröffentlicht.“ —

Es möchte nun noch die Frage auftauchen, ob es nicht notwendig sei, auch einer gewissen Anzahl von Parteigenossen das Recht zu geben, Anträge direkt vor die Partei zu bringen und die Delegierten ganz zu umgehen oder wenigstens das Gutachten der Delegierten einzuholen, und dasselbe dann, wie es auch ausfallen möge, der Partei vorzulegen.

Meine Herren! Es besteht ein großer Unterschied zwischen einer Partei und einem Staate. In einem Staate bilden die Volkssektionen ein beinahe unwandelbares Ganze, in seinen Interessen stehen die einzelnen Teile des Volkes immer ziemlich fest, sie bleiben dieselben und können nicht plötzlich vermehrt werden, sie umfassen fast immer dieselbe Anzahl von Mitgliedern. In einem Vereine ist das ganz anders! Ein Verein kann durch den Zutritt von Gegnern plötzlich in bedeutendem Maße vergrößert werden.

In einem Vereine spielt der Einfluß der Persönlichkeiten oft eine sehr bedeutende Rolle. Diese Gründe haben uns veranlaßt, zu erwägen, ob es den Parteigenossen erlaubt sein sollte, auch Anträge vor die Partei zu bringen. Nachdem wir uns in bezug auf diese Punkte geeinigt hatten, erledigte sich der § X sozusagen von selbst. Es war selbstverständlich, daß jeder Delegierte nur eine Stimme haben konnte, wenn die Beschlüsse der Delegiertenversammlung den Parteigenossen zur Urabstimmung vorgelegt werden sollten. Es geht daraus hervor, daß jeder Delegierte nur seine persönliche Überzeugung ausdrückt, daß diese aber noch nicht als Überzeugung der Parteimitglieder, von denen er sein Mandat erhalten hat, angenommen werden kann. Es konnte auch nicht vernünftig erscheinen, jedem Ort nur einen Delegierten zu geben, indessen, alles muß seine Grenze haben. So ist vorauszusehen, daß in der Umgegend des Kongresses eine gewisse Anzahl von Personen sich delegieren lassen, um ihren Einfluß auf die Beschlüsse zu haben.

Wir waren aber der Überzeugung, daß, wenn eine Versammlung von 400—500 Personen einen Beschluß gefaßt hat, auch durch diesen Beschluß die einzelnen Parteimitglieder beeinflusst werden. Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, die Zahl der Delegierten für die einzelnen Orte zu beschränken.

Vorsitzender Geib: Es ist hier ein Amendement von Greulich eingekommen: „Jeder Delegierte hat nur eine Stimme. Orte unter 500 Mitgliedern haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden, auf jede weitere 500 Mitglieder wieder einen.“ — Ich halte das für überflüssig.

Mühlwasser (Brünn): Meine Herren! Ich habe mich gestern bei Lesung des § X sofort zum Worte gemeldet, bevor die Debatte darüber eröffnet war; aus dem einfachen Grunde, weil mir schon beim Lesen diese Paragraphen ein so wesentlicher Widerspruch mit den Prinzipien der Sozialdemokratie auffiel, ein so wesentlicher Mangel, daß ich schon von vornherein mir klar war, über diesen Punkt muß gesprochen werden.

Wenn Sie das Alinea, daß jeder Delegierte eine Stimme hat, annehmen, meine Herren, so verstoßen Sie gegen das erste und heiligste Prinzip einer echten Volkspartei, gegen das Prinzip der Urwahl. Denn nehmen Sie an: wenn der Kongreß von den Mitgliedern der Partei beschickt wird, so hat nach diesem Grundsatz der Vertreter einer Residenzbevölkerung nicht mehr Vorschlags- und Ablehnungsrecht als der Vertreter des letzten Dorfes. Weiter! Wie leicht ist es möglich, daß, wenn jeder Vertreter nur ein Mandat zu verantworten hat, jeder nur eine Stimme gesetzlich erhält, daß aus der Ferne der Kosten wegen für einen großen Bezirk nur einer kommt, und aus der Nähe vielleicht aus 50 Dörfern 50 Delegierte kommen. Es ist dies um so bedenklicher, da wir eine arme Partei sind. Wenn jeder nur eine Stimme hat, so wird es reichen Gegnern, die sich in die Partei einschleichen und zum Schein das Banner der Sozialdemokratie entfalten, möglich gemacht, durch Geld und andere Mittel — die wir ja kennen — sich Mandate zu verschaffen, und die eigentliche Partei zu majorisieren; sie können so die Bestimmungen derer umwerfen, die von vielen Tausenden gewählt worden sind. Man möge also auf das Prinzip der reinen Demokratie zurückgehen und sagen: Nur wer eine bestimmte Anzahl Wähler vertritt — über die Zahl möge sich der Kongreß verständigen —, kann eine Stimme als Delegierter haben.

Aron (Berlin): Die Bedenken, die ich anfänglich gegen X und XI hatte, sind jetzt durch die Kommissionsvorschläge völlig beseitigt. Ich werde für dieselben stimmen und gegen das Amendement Greulich, und bitte Sie zugleich, den Schluß der Debatte anzunehmen.

(Der Schluß der Debatte wird angenommen.)

Ein Antrag Mühlwassers: „Jeder Delegierte muß von 500 Mitgliedern abgesendet werden“, findet keine Unterstützung. Dagegen werden die §§ X und XI, wie sie von der Kommission vorgeschlagen worden sind, angenommen.

Vorsitzender Geib: Wir kommen zu § XII. Er lautet in der Vorlage:

„Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschuss von fünf Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Kassierer und einem Beisitzer, übertragen. Sämtliche Ausschussmitglieder müssen an einem Orte oder in dessen halbmeiliger Umkreis wohnhaft sein und werden von den am Vororte der Partei wohnhaften Parteimitgliedern in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Treten im Laufe des Jahres im Ausschusse Vakanzen ein, so hat der Vorort, mit Ausnahme des in § 17 erwähnten Falles, nach demselben Wahlmodus die Ergänzungswahlen vorzunehmen.“

Hierzu hat Rüdert (Heidelberg) folgendes Amendement gestellt: „Die Wahl der Ausschussmitglieder hat durch den Kongreß zu geschehen.“

Referent Bebel: Die Frage, die eben Herr Rüdert angeregt hat, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Ausschussmitglieder durch den Kongreß selbst wählen zu lassen, ist auch von den Entwerfern der Vorlage gestellt worden, und zwar hatten wir zuerst in Leipzig den Vorschlag gemacht: daß die 5 Ausschussmitglieder vom Kongreß zu wählen seien. Aber Hamburg und Braunschweig haben sich dagegen ausgesprochen, weil es oft unmöglich sei, eine passende Personenwahl vorzunehmen, da der Ausschuss an einem Orte seinen Sitz haben muß. Ein solcher Ort ist aber oft nur mit 2 oder 3 Mitgliedern auf einem Kongreß vertreten, die Partei aber kann nicht wissen, wer an dem Vorort sich am besten zum Ausschussmitglied eignet — deshalb wollten wir das dem Vororte selbst überlassen. Selbst wenn an einem Orte die besten Redner und Agitatoren sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß einer derselben auch imstande ist, ein Sekretär- oder Kassiereramt zu vertreten. Also aus diesem Grunde ist es notwendig, daß man die Parteimitglieder selbst entscheiden läßt, die ja die nötige Personenkenntnis haben.

Was von dem Ausschuss gilt, gilt noch mehr von der Kontrollkommission, denn 11 Personen lassen sich noch weniger von einem Kongreß richtig wählen als 5. Ich glaube, daß wir am besten tun, wenn wir die Vorlage, so wie sie hier vorgelegt ist, annehmen, denn wenn auch der Kongreß die Wahl der Personen vornimmt, können Sie nicht garantieren, daß wir die geeigneten Personen treffen. Ich würde dagegen aber einen andern Vorschlag machen, nämlich: daß die Parteimitglieder des ganzen Umkreises, aus dem die Ausschussmitglieder genommen werden, mitberechtigt sind zur Wahl, damit auf diese Art eine größere Anzahl von Parteigenossen bei der Wahl beteiligt sind. Ich würde also den § XII dahin amendieren, daß es heißt: „die auf einem einmeiligen Umkreise wohnenden Mitglieder haben die Wahl vorzunehmen“.

Dieses Amendement Bebels wird unterstützt; desgl. ein Amendement Arons: „in besonderen Wahlgängen und durch Stimmzettel zu wählen“.

Nippoldt (Gotha) beantragt: Im § XII den Satz: „Sämtliche — gewählt“ zu streichen und dafür zu setzen: „Der Kongreß bestimmt den Vorort und wählt die Ausschußmitglieder. Sämtliche Ausschußmitglieder müssen am Vororte ihren Wohnsitz nehmen.“

Rüdt (Heidelberg): Bebel hat sehr praktische Gründe angeführt für die Aufrechterhaltung des Passus XII, mich veranlassen aber moralische Gründe, für Abänderung des Passus XII zu sprechen, und zwar weil ich glaube, es könnte, wenn eben der Ausschuß von den Parteimitgliedern am Vororte gewählt wird, sehr leicht möglich werden, daß eine allzu starke Pression ausgeübt wird, einerseits von dem Ausschusse auf die Parteimitglieder des Vororts, wofür wir heute ein warnendes Beispiel innerhalb der Schweitzerschen Partei haben, wo ja Schweitzer die Mitglieder des Vororts Berlin ganz in seiner Gewalt und zu seiner Verfügung hat — und andernteils fürchte ich mich vor einer Pression, wie sie möglich sein könnte von seiten der Parteimitglieder auf den Ausschuß.

Sonnemann (Frankfurt a. M.): Mir scheint auch der Vorschlag in mannigfacher Beziehung bedenklich. Es kann leicht kommen — wenn wir hier den Vorort bestimmen, so haben wir doch wenigstens eine oder zwei Personen ins Auge gefaßt —, daß die Parteimitglieder an dem Vororte die für den Ausschuß passenden Mitglieder nicht richtig herausfinden. Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir den Präsidenten und den Kassierer hier ernennen. Wir werden wohl nie einen Ort zum Vorort ernennen, an dem wir nicht mindestens zwei Personen kennen, die sich drei tüchtige Leute kooperieren; dann haben wir den Ausschuß!

Dr. Walster (Dresden): Meine Herren! Ich möchte Sie doch sehr bitten, daran zu denken, daß wir bereits von unserer alten Organisation, wie sie im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bestanden hat, durch die Beschlüsse, die hier gefaßt sind, ganz bedeutend abgewichen sind. Wir haben allerdings gesehen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bei der sogenannten „straßen Organisation“ nichts Gedeihliches auf die Dauer erreichen konnte, wir haben aber doch auch wieder auf der andern Seite ganz erfreuliche Früchte gesehen. Eins, denke ich, müssen wir festhalten, nämlich: die einheitliche, harmonisch zusammengestellte Spitze! — und diese muß so geschaffen werden, daß nicht vielleicht von vornherein in die Exekutive selbst ganz heterogene Elemente hineinkommen. Wenn wir zum Exempel schon im Kongreß zwei Personen in die Exekutive hineinberufen, die nicht unter sich harmonieren, so haben wir den Miß von vornherein. Wir können das nicht so genau wissen, wie diese Leute zusammenwirken werden; aber die Mitglieder des Vororts, die wissen es. Wir haben früher einem einzigen Manne alles überlassen und anvertraut, jetzt vertrauen wir einer großen Anzahl von Parteigenossen an einem jedenfalls bedeutenden Orte, und da würden wir uns selbst ein Mißtrauensvotum geben, wenn wir den Mitgliedern des Vororts ein Mißtrauen entgegengesetzten. Das Vertrauen müssen wir jederzeit den Mitgliedern am Vororte geben, sonst kommen wir wieder auf den nackten Föderalismus. Wenn wir den Mitgliedern die Wahl überlassen und wenn von der Kontrollkommission die etwa nötige Abhilfe getroffen werden

kann, so haben wir das Möglichste und Nötigste geleistet. Ein Abweichen hiervon halte ich für verderblich und ich fürchte, es geht dann wieder rückwärts!

Sonnemann (Frankfurt a. M.) beantragt: „Der Vorsitzende des Ausschusses und der Kassierer werden vom Kongreß gewählt. Die drei übrigen Mitglieder werden von den am Vororte wohnenden Mitgliedern mit absoluter Mehrheit gewählt.“ (Dieser Antrag wird unterstützt.)

Aron beantragt: „Spätestens 14 Tage nach stattgehabter Ausschusssitzung muß das Protokoll im Parteiorgan veröffentlicht werden.“

Stolle (Krimmitschau): Ich muß mich gegen die Ausführungen Walsters wenden, und zwar weil wir aufgestellt haben: „Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk.“ Gerade hier bei uns, innerhalb der Partei, wollen wir sagen: Wir vertrauen alles dem Volke, dem ganzen Volke an! Wenn nun die Leute an dem Vororte das Recht haben, den Präsidenten der Partei zu erwählen, so wird das Prinzip der Volkssouveränität verletzt. Daher glaube ich darauf bestehen zu müssen, daß wir hier einen Mann wählen, der in der ganzen Partei in gutem Ansehen stehen, der als ein tüchtiger Mann bekannt sein muß. Es ist das besser, als wenn wir das dem Vorort allein überlassen. Die beiden ersten Beamten möchte ich stets durch das Volk gewählt wissen, d. h. durch seine Delegierten.

Vorsitzender Gelb: Ich bemerke, daß wir bereits den § VIII angenommen haben, welcher lautet:

„Mindestens einmal im Jahre findet ein Parteikongreß statt, auf dem über alle die Partei berührenden Fragen beraten und beschlossen, der Vorort der Partei sowie der Sitz der Kontrollkommission und der Ort für den nächsten Parteikongreß bestimmt wird. — Die Entschädigung für den Ausschuß bzw. einzelner seiner Mitglieder setzt der Kongreß fest.“

Rüdt (Heidelberg): Ich bin durch Erfahrung ein abgesagter Feind aller Vertrauensduseleien — der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hat mich davon kuriert! Von dem sogenannten „souveränen Volk“, wie es gerade heute den sogenannten „Intelligenzen“ entgegengesetzt wird, ist Schweitzer durch „Vertrauensdusel“ jetzt erst wieder gewählt worden, der Imperator im kleinen. Es ist das Richtige, daß der Kongreß den Ausschuß erwählt.

Schlömer (Düsseldorf): Auch ich bin dagegen, daß der Ausschuß durch die Mitglieder des Vororts gewählt werde. Wir dürfen allerdings nicht verkennen, daß die Kommission bei der Statutenentwerfung von praktischen Gründen geleitet worden ist. Aber es wäre undemokratisch, wenn wir einer kleinen Anzahl von Mitgliedern solche Befugnisse in die Hand geben wollten. Ich beantrage den Zusatz, hinter dem Worte „gewählt“ zu sagen: „Diese Wahl bedarf der Bestätigung der Parteimitglieder, welche innerhalb 4 Wochen nach Bekanntmachung der gewählten Personen durch das Parteiorgan herbeigeführt werden muß. Hierbei entscheidet einfache Majorität. Erfolgt die Bestätigung nicht, so ist der Ausschuß in den nächsten 4 Wochen direkt von den Parteimitgliedern zu wählen.“ (Wird unterstützt.)

Bennecke beantragt, noch hinzuzufügen, daß der Kassierer eine genügende Kautionsleistung solle. (Wird gleichfalls unterstützt.)

Hillmann (Elberfeld): Ich bin der Meinung, wir sollten uns damit beschäftigen, erst den Vorort selbst ins Auge zu fassen. Erst nachdem wir wissen, welche Personen überhaupt im Vororte und seinem einseitigen Umkreise wohnen, können wir darüber abstimmen, ob es besser ist, daß der Vorort den Ausschuß wählt. Ich stelle also den Antrag, erst über den Vorort zu sprechen. (Wird nicht unterstützt.)

Dr. Walster (Dresden): Ich muß mich vor allen Dingen gegen den Vorwurf wahren, daß ich wieder eine übergroße Vertrauensduselei veranlassen möchte. Aber ich meine, etwas anderes ist es, vor einem allzu großen Mißtrauen zu warnen und ein allzu großes Vertrauen zu gewähren. Wenn Sie einen Ort wählen, nehme ich von vornherein an, daß Sie einen solchen wählen, der eine Anzahl von fähigen Mitgliedern in sich schließt, denn sonst wäre ja die Sache von vornherein ganz unpraktisch. Dabei haben Sie doch gewiß auch denjenigen im Auge, der Vorsitzender des Ausschusses sein soll, und wenn Sie wünschen, daß der Kongreß diesen Mann als Vorsitzenden des Ausschusses bezeichne, so habe ich nichts dagegen. Aber wenn Sie von vornherein zwei erwählen, dann allerdings ist, was ich von Ihrem Vorschlage befürchte, in Wahrheit vorhanden — dann ist es möglich, daß Sie Uneinigkeit in die Exekutive der Partei bringen. Und solange nicht jemand auftritt, der mir beweist, daß durch die Wahl von zweien der Dualismus vermieden werden kann, solange muß ich mich dagegen verwahren und muß das im Namen einer großen Anzahl von Parteigenossen aussprechen! —

Vorsitzender Geib verliest folgendes inzwischen eingelaufene Telegramm:

„Hoch der Kongreß! Proletarier aller Länder vereinigt euch! Laßt allen Parteibaß schwinden! Parteigenossen festhalten!

Sämtliche ehrliche Sozialdemokraten Wiesbadens.“ (Bravo!)

Schrader (Lüneburg): Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären, daß wir die Wahl des Ausschusses dem Vororte überlassen, sondern bin entschieden dafür, daß wir die Wahl hier vornehmen; denn wenn wir dieselbe hier nicht vornehmen, kann es vorkommen, daß wir uns wieder getäuscht finden könnten.

Bronnermeyer (Göppingen) beantragt, nach dem Worte „übertragen“ zu setzen: „Der Vorsitzende ist direkt von dem Kongreß zu bestimmen.“ (Wird unterstützt.)

Stuttman (Rüsselsheim): Meine Herren! Ich glaube, daß einzelne Redner bei Beurteilung dieser Vorlage noch zu sehr in ihrer früheren Parteiorganisation befangen waren. Ich dünke, die Tatsache, daß wir einen Ausschuß wählen wollen, beweist schon, daß wir nicht die Absicht haben, eine einheitliche Spitze zu wählen, sondern nur eine einfache Exekutive für die Partei. Ein Ausschuß kann sein Amt nicht leicht mißbrauchen, und wenn er es versuchen sollte, so würde er ohne Mühe zur Raison gebracht, um so mehr, als ja das Parteiorgan auch wieder in andern Händen sein wird und also eine zweite Kontrolle ausübt. Ich kann daher die hier geäußerten Bedenken nicht teilen.

Sonnemann (Frankfurt a. M.): Was Herr Dr. Walster gesagt hat, bezweckt, glaube ich, gerade das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt. Er sagt, es solle kein Dualismus sein. Wenn wir den Vorsitzenden des

Ausschusses hier wählen, die übrigen Ausschußmitglieder aber erst nach 14 Tagen zu Hause wählen lassen, so wäre das der größte Dualismus! Das Richtige wäre, daß wir die sämtlichen 5 Ausschußmitglieder hier wählen, dann kann keins derselben sagen, daß es bevorzugt sei, daß es direkt von den Mitgliedern oder direkt vom Kongreß gewählt worden sei oder dergleichen. — Warum ich besonders den Kassierer hier gewählt haben wollte? — Ich halte diesen Posten für einen der wichtigsten im Vereine, und ich möchte ihn nicht gerade dem Zufall überlassen.

York (Harburg): Ich bin sehr entschieden dagegen, daß die Ausschußmitglieder hier gewählt werden; ich halte es für viel richtiger, wenn wir den Ort des Ausschusses bestimmen und den Mitgliedern dieses Ortes die Wahl überlassen.

Ich bin dafür, daß das Amendement von Schlömer, welches besagt, daß die von dem Vororte gewählten Ausschußmitglieder dann der Urabstimmung unterliegen, dem Paragraphen zugefügt wird. Die Mitglieder an dem Orte, wohin der Ausschuß verlegt wird, kennen am besten die Personen, denen sie ihr Vertrauen zu schenken haben. Ich will keinem zu nahe treten, aber durch besondere Eigenschaften, z. B. Rednergabe der einzelnen, kann der Kongreß Personen für einen Posten erwählen, die gerade nicht die Besten dafür sind.

Scheu (Wien) beantragt zu Schlömers Amendement: statt „6 Wochen“ zu sagen: „4 Wochen“. (Wird unterstützt.)

Vorsitzender Geib: Die vorliegenden Amendements sind folgende: (Die bereits oben verzeichneten Amendements werden verlesen.)

(Schluß der Debatte wird beschlossen.)

Stacke (als Referent): Ich möchte Sie bitten, alle Amendements abzulehnen bis auf das von Herrn Bebel gestellte: „Einseitigen Umkreis“ und dann die von Aron eingereichten, betreffend die „Wahl durch Stimmzettel“ und „Veröffentlichung des Protokolls der Ausschußsitzungen im Parteiorgan“, sowie das Schlömersche. Wir haben auf der Barmen-Elberfelder Generalversammlung den Vorstand auch durch die Generalversammlung wählen lassen, und da hat sich herausgestellt, daß sämtliche Delegierte nur das getan haben, was Geib, York und einige andere für gut hielten. Wir kannten die Stellung der verschiedenen Leute in Hamburg durchaus nicht, nur Geib und York kannten sie, und diese setzten die Liste der Kandidaten auf und schlugen sie der Versammlung vor, und die Versammlung im Bewußtsein ihrer Unkenntnis wählte diese Leute. Und so wird es in allen Generalversammlungen gehen — die Leute des betreffenden Ortes werden vorgeschlagen, und es wird geschehen, daß eigentlich nicht der Kongreß die betreffenden Wahlen vornimmt, sondern nur die paar Delegierten, die aus dem Orte des Vorortes sind, und es ist doch besser, daß nicht die paar Delegierten dieses Ortes, sondern die ganze dortige Mitgliedschaft die Wahl vornehme. Setzen wir fest, daß nach 4 Wochen die vollständige Urabstimmung stattzufinden habe, dann haben wir alle Bedenken gehoben, die allenfalls noch entstehen können. Es ist nur das eine Bedenken, daß wenn die Urabstimmung den Ausschuß nicht bestätigt, dann sind wir derweilen wochenlang ohne Exekutive; dies Bedenken, das indes gewiß nicht durch die Praxis beseitigt werden wird, gilt aber auch nur für die erste Wahl; in Zukunft nicht mehr, weil ja dann der alte Ausschuß so lange im Amte bleibt, bis der neue da ist.

Wir brauchen und wollen keine persönliche Spitze, wir brauchen nur eine Exekutive. Die Kraft der Bewegung muß in der großen Masse der Parteimitglieder ruhen, nicht in zwei oder vier hervorragenden Personen, die sich durch diese oder jene Eigenschaften hervorragen haben. Unser Ausschuß ist nichts weiter, als ein Verwaltungskomitee, das die verschiedenen Angelegenheiten der Partei so lange zu ordnen hat, als die Partei es zufrieden ist und nicht in irgendeiner Weise Vorschläge darüber zu machen hat. Lassen Sie ja nicht wieder die Parteikraft in eine persönliche Spitze hinauslaufen! Einmal haben wir uns dazu verstanden — wir haben im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein jahrelang der persönlichen Spitze gehuldigt, ihr Konzessionen gemacht, aber wir haben damit ein Vergehen begangen, ich gestehe es ein! Es empfiehlt sich von den Amendements nur der „einseitige Umkreis“, die „Zettelwahl“, die „Veröffentlichung des Ausschußwahlprotokolls“ und Schlömers Amendement; die anderen bitte ich zu verwerfen, sie sind grundfalsch!

Bei der Abstimmung werden die Amendements von Schlömer, Aron, Bennecke und Bebel angenommen, die von Sonnemann und Rüdiger aber verworfen.

Über das Amendement Bronnenmeyer wird die Abstimmung als zweifelhaft erkannt; Hirsch beantragt Wiederaufnahme der Debatte, auch hierüber ist die Abstimmung zweifelhaft; man geht neuerdings zur Abstimmung über den Antrag Bronnenmeyer über, derselbe wird abgelehnt.

Nachdem § XII mit den Abänderungen in Einklang gebracht ist, wird er angenommen.

Greulich beantragt: „Die Höhe der Kautions wird der Kontrollkommission zur Verwaltung anvertraut.“ — (Gleichfalls angenommen.)

Die §§ XIII, XIV und XV werden ohne Debatte angenommen.

§ XVI wird angenommen mit der Abänderung, daß statt „halbmöblichem“ „einseitiger Umkreis“ zu setzen sei; ferner der Antrag Arons: „daß das Protokoll der Kontrollkommission binnen 14 Tagen im Vereinsorgan zu veröffentlichen sei.“

§ XVII wird angenommen mit dem Zusatz von Opificius (Frankfurt): „Die Kontrollkommission ist verpflichtet, die Geschäftsführung, Akten, Bücher, Kasse usw. vierteljährlich mindestens einmal zu prüfen.“

Debatte über § XVIII. Derselbe lautet in der Vorlage:

„Die Partei gründet eine Zeitung als Organ unter dem Namen Das Organ erscheint in und ist Eigentum der Partei, Personen und Gehalt des Redaktions- und Expeditionspersonals, des Druckers, Preis des Blattes wird durch den Ausschuß bestimmt. Streitigkeiten hierüber entscheidet die Kontrollkommission, in letzter Instanz der Parteikongreß. Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramm anzupassen. Einsendungen von Parteigenossen, welche dem entsprechen, sind — soweit der Raum des Blattes ausreicht — unentgeltlich aufzunehmen. Beschwerden über Nichtaufnahme oder tendenziöse Färbung der Einsendungen sind bei dem Ausschuß, in zweiter Instanz bei der Kontrollkommission anzubringen, welcher die endgültige Entscheidung zusteht.“

Referent Bracke: Meine Herren! Es ist am Freitag in der Vorbesprechung auch diese Frage behandelt worden, und es wird sich also zunächst darum handeln, daß wir hier Namen und Ort des Blattes festsetzen und dann beschließen, ob wir ein neues Blatt gründen oder ein schon bestehendes zum Parteiorgan ernennen. Wir glauben, das jetzt in Leipzig erscheinende „Demokratische Wochenblatt“ in das Parteiorgan umwandeln zu können und umwandeln zu müssen. Einestheils steht fest, daß die Neubegründung eines Blattes immer große Opfer erfordert, andernteils steht fest, daß das „Demokratische Wochenblatt“ sich sehr gut zu unserem Parteiorgan eignet, weil es keinem einzelnen Manne gehört, und der Ausschuß der Sächsischen Volkspartei sowie der Verband der deutschen Arbeitervereine gern ihre Zustimmung geben werden. Natürlich ist die heutige Redaktion des Blattes nicht als feststehend anzusehen, und müßte der Ausschuß demnächst die Redaktion bestimmen. Wir schlagen also vor, daß das Organ in Leipzig erscheine, daß mit dem „Demokratischen Wochenblatt“ in dem hier vorgeschlagenen Sinne Verabredung getroffen werde. Aber es wäre unzweckmäßig, den jetzigen Namen beizubehalten und scheint uns der von Johann Philipp Becker vorgeschlagene Titel „Der Volksstaat“ ein sehr passender. Sofort kann jedoch dieser Titel nicht angenommen werden, weil die Veränderung erst der Post angemeldet werden muß; bis 1. Oktober müßte daher das Blatt seinen jetzigen Namen beibehalten.

Nippold (Goltha) beantragt, dem Titel des Blattes zuzufügen „Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Schmidt (Wiesbaden) spricht für Gründung eines neuen Organs. Wir dürfen kein Blatt nehmen, welches mit einer anderen Partei in Verbindung gestanden hat, um den Feinden keine Veranlassung zu geben, zu sagen, daß wir zu den Gegnern übergelaufen seien. Wenn wir das „Demokratische Wochenblatt“ wählen, so könnte das böse Blut setzen.

York (Harburg) beantragt folgenden Titel: „Der Volksstaat, Organ der demokratisch-sozialistischen Arbeiter-Partei“. (Wird unterstützt.)

Liebkecht: Wir sind mit Bracke und Genossen übereingekommen, das „Demokratische Wochenblatt“ zum Parteiorgan zu machen. Wir haben das vollständige Verfügungsrecht über das Blatt und sind dafür, daß dasselbe von jetzt ab, sobald die Konstituierung der Partei erfolgt ist, auch Eigentum dieser Partei wird. Das Wochenblatt ist nicht Eigentum einer einzelnen Person, die Übertragung des Eigentumsrechts wird also absolut keine Haken und Schwierigkeiten zur Folge haben. Ferner sind wir übereingekommen, das Blatt „Volksstaat“ zu nennen mit dem Beisatz: „Organ der Sozialdemokratischen Partei“ oder auch meinetwegen der „demokratisch-sozialistischen“ Partei, wie beantragt worden ist.

Den Namen des Blattes schon jetzt zu ändern, ist unmöglich, oder wenigstens nicht ratsam. Gesähne es, so müßten wir eine neue Kautions stellen; und außerdem würden die Leute, welche jetzt das Blatt halten, etwas stutzig werden, wenn es plötzlich mit einem anderen Titel erschiene. Es schadet auch nach keiner Seite hin, wenn das Blatt seinen jetzigen Namen noch einige Wochen fortführt, denn es hat ihn mit Ehren geführt. (Travo!) Um die Umgestaltung ohne Nachteile vor sich gehen zu lassen, sind wir übereingekommen, in jeder Nummer dieses Quartals fortan an den Kopf zu setzen: Vom 1. Oktober d. J. ab erscheint das „Demokratische

Wochenblatt" unter dem Namen „Der Volksstaat“. Weiter sind wir für den Fall der Übernahme des Blattes durch die Partei übereingekommen, es schon in diesem Quartal wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen (die Kaution wird in der kürzesten Zeit zu beschaffen sein). Das ist allerdings notwendig, denn ein nur einmaliges Erscheinen in der Woche genügt den Parteiinteressen nicht. Herr Schmidt aus Wiesbaden meinte, es sei besser, ein neues Blatt zu gründen. Er scheint von den Kosten der Gründung eines Blattes keine Begriffe zu haben. Ich will ihn nur an eins erinnern: Der „Sozialdemokrat“ hatte eine Schuldenlast von 13 000 Talern, ehe er auf den Punkt kam, seine Kosten zu decken. Herr Schmidt meint ferner, „es könne böses Blut setzen“, wenn unser Blatt zum Organ erwählt würde. Inwiefern? Er denkt dabei ohne Zweifel an das Geschwätz des „Sozialdemokrat“, wir ständen im Sold der Bourgeoisie, der Welken und Gott weiß wessen. Meine Herren! Es waren das Lügen, inäme Lügen, und niemand wußte und weiß das besser als Herr v. Schweitzer, der mich genau kennt. Unser Blatt ist stets ebenso radikal sozialistisch gewesen, wie es das Organ dieser Partei nur je sein wird.

Herr Schmidt glaubte offenbar, der „Sozialdemokrat“ überträte das „Demokratische Wochenblatt“ an radikaler Gesinnung; ich kann ihm erklären, daß ich nicht bloß politisch — auf diesem Gebiet wird es mir ja wohl nicht bestritten —, sondern auch sozialistisch viel weitergehè als Herr v. Schweitzer und überhaupt die spezifischen Lassalleaner. Wie schon gesagt, ich gehöre der Kommunistischen Partei an, die ein viel weiteres Ziel verfolgt als der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Vergleichen Sie nur die Schriften von Marx und Lassalle.

Wenn hier von „Rücksichten“ gesprochen wird, wenn gesagt wird, man dürfe Herrn v. Schweitzer keine Handhabe geben zu der Äußerung: „sie sind zu den Gegnern übergelaufen!“ — so bemerke ich Ihnen: Vor den Lügen der Gegner werden Sie sich nicht schützen können, Sie mögen tun, was Sie wollen, dem müssen Sie sich entgegensetzen; haben Sie nicht den Mut, der Lüge und Verleumdung zu trotzen, so bleiben Sie dem öffentlichen Leben fern, so bleiben Sie ruhig zu Hause hinter dem Ofen.

„Übergelaufen!“ Sie zu uns übergelaufen. Sie sind doch Sozialisten. Nun, meine Herren! Wir sind Sozialisten gewesen, ehe die meisten von ihnen das Wort nur gekannt haben! Also Sie laufen ebensowenig zu uns über, wie wir zu Ihnen. Wir haben gefunden, daß wir zusammengehören, daß nur Mißverständnisse und Intrigen uns auseinandergelassen haben, und wir vereinigen uns — Sozialisten Sie, Sozialisten wir. Ich kann überdies versichern, daß im „Demokratischen Wochenblatt“ nie eine Zeile gestanden hat, die ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Recht als beleidigend betrachten könnte.

Herr v. Schweitzer ist von uns angegriffen, nie die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wir haben stets die Person von der Sache getrennt, und der Vorwurf, daß wir Feinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen seien, ist ebenso abgeschmackt wie der andere Vorwurf, daß wir Feinde des preußischen Volkes seien, weil wir Bismarck bekämpften: Bismarck ist nicht das preußische Volk, Schweitzer nicht der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, im Gegenteil, er ist dessen größter Feind, wie Bismarck der größte Feind des preußischen Volkes ist.

Hier sitzt York; er kann bezeugen: ich habe, während Schweitzer uns bekämpfte, bei der Hannöverschen Volkspartei nach Kräften gewirkt, daß

sie in Celle die Kandidatur Yorks unterstützen möge. Ich bin für jeden Ihrer (des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins) Streiks eingetreten, zum Exempel auch für den Leipziger Zigarrenmacher-Streik, obgleich die dortigen Zigarrenmacher, von Schweitzer aufgehetzt, mich mit Bebel für unwürdig erklärten, in einer Versammlung zu reden! Ich fühlte mich wirklich von jenen Angriffen nicht berührt; ich wandte meine Waffen gegen den Hetzer und bedauerte die Gehetzten. Ich wußte, daß sie zur Einsicht kommen würden. Begraben wir die vergangenen Streitigkeiten.

Also: Sie gehen nicht zu uns über, wir nicht zu Ihnen — wir treten gemeinschaftlich in eine neue Organisation, nachdem wir beiderseits unsere alten Organisationen mangelhaft befunden haben. Auch unsere Leute haben mit vielen Vorurteilen zu brachen, welche die notwendige Folge der jüngsten Kämpfe sind. Schütteln wir das gegenseitige Mißtrauen ab, wir sind ja nicht Feinde, sondern Brüder, Mitglieder derselben Partei. (Bravo.)

Tannert (Leipzig): Herr Liebknecht behauptet, daß die Zigarrenmacher Leipzigs sich von Herrn v. Schweitzer hätten aufhetzen lassen. Ich muß mich dagegen verwahren, da dies in keiner Weise der Fall gewesen ist. Die Zigarrenmacher Leipzigs haben sich nie dazu verleiten lassen, die eine oder die andere Partei anzugreifen. Wir haben bis jetzt noch gewissermaßen unentschieden dagestanden. Unsere Delegierten sind hierbei geschickt worden, einfach zu prüfen. Also ich weise die Behauptung zurück, daß wir jemals von Schweitzer aufgehetzt gewesen seien!

Liebknecht: Ich habe die gesamte Korporation der Zigarrenarbeiter nicht gemeint, das versteht sich von selbst, denn ich weiß ja sehr gut, daß die Zigarrenarbeiter in ihrer großen Mehrheit auf unserer Seite stehen; daß aber in der Versammlung, wo der bekannte alberne Beschluß gegen mich und Bebel gefaßt wurde, eine beträchtliche Anzahl Zigarrenarbeiter anwesend waren, das ist nicht zu bestreiten.

Wöller (Nürnberg) beantragt als Nebentitel: „Organ der Sozialdemokratischen Partei“.

Bebel ersucht, die Titelfrage solange ruhen zu lassen, bis die anderen Punkte in bezug auf das Blatt festgestellt seien.

Vorsitzender Geib bittet, die in bezug auf den Titel gestellten Anträge einstweilen zurückzuziehen.

Scheu (Wien): Da wir am Schlusse des Programms sind, so halte ich es für gut, wenn wir die Frage über den Titel der Partei und des Organs zugleich jetzt behandeln. (Wird angenommen.)

Vorsitzender Geib verliest folgende inzwischen eingelaufene Telegramme:

Hiesige Parteigenossen bestätigen den Bericht Bonhorsts über die hier stattgehabte Versammlung als wahr, Fricks Erklärung im „Sozialdemokrat“ als unwahr! Wahret die Sozialdemokratie!

Ronsdorfer Parteigenossen: Haufmann, Henning. (Bravo.)

Den Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unsern Gruß. Kein Lassalleanismus, sondern Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Donnerndes Hoch von Ronsdorfer Parteigenossen:

J. Wilke.

(Bravo.)

Scheu beantragt, bei der Bezeichnung „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ das Wort „Deutschlands“ fortzulassen, um das Blatt auch den anderen Nationalitäten Österreichs, z. B. der tschechischen, zuzuführen.

Bebel: Ich bitte einfach zu setzen: Partei, nicht Arbeiterpartei. Unsere Partei umfaßt allerdings hauptsächlich Arbeiter, aber doch auch viele, die nicht Arbeiter sind. Ferner bin ich dafür, anstatt „sozialdemokratisch“ zu setzen: „demokratisch-sozialistisch“, weil man heute mit dem Worte „sozialdemokratisch“ soviel Mißbrauch treibt, wie z. B. im „Sozialdemokrat“; und weil ich den Namen „demokratisch-sozialistisch“ für viel richtiger halte, da wir ja in Deutschland sozialistisch erst dann vorgehen können, wenn wir den demokratischen Staat haben. Man wird dem entgegenhalten, daß „sozialdemokratisch“ den Leuten geläufiger ist, aber es ist auch eine Tatsache, daß, als das Wort „Sozialdemokrat“ auftauchte, es auch für viele von uns ein „böhmisches Dorf“ war, und ich glaube, daß „demokratisch-sozialistisch“ bald ebenso geläufig sein wird als „sozialdemokratisch“. Nehmen wir die Bezeichnung also ungescheut an, sie ist zweckmäßiger und richtiger als die andere!

(Schluß der Debatte wird angenommen und beschlossen, daß nur der erste Gegner des vorgeschlagenen Titels „demokratisch-sozialistische Partei“ noch das Wort haben soll.)

Bremer (Magdeburg) spricht für „sozialdemokratische Arbeiterpartei“: Wir wollen nicht für verwandte Parteien eintreten, diese mögen zu uns kommen. Die Arbeiterpartei ist die Partei der Menschheit, wer in ihr kämpfen will, er sei Arbeiter oder nicht, ist uns willkommen.

Bebel bittet, seine Worte nicht so auszulegen, als wolle er, weil jetzt die politischen Forderungen für uns in den Vordergrund treten, die sozialen beiseite liegen lassen. Er habe nur gemeint, daß wir die Erfüllung unserer sozialen Forderungen erst im demokratischen Staate zu erwarten hätten.

Bracke (als Referent) erwägt in längerer Ausführung die Gründe, die für den einen oder den anderen Titel sprechen. Er findet, daß „demokratisch-sozialistisch“ richtiger sei; wenn sich jedoch die Mehrheit für Beibehaltung der Bezeichnung „sozialdemokratisch“ ausspreche, so sei auch er dafür, den alten, trotz Mißbrauchs ehrlichen Titel beizubehalten. Das Wort „Arbeiter“ solle man jedoch fortlassen, denn darin liege eine Ausschließung der Nichtarbeiter, unter denen wir von jeher die tüchtigsten Sozialisten gehabt hätten. Selbst die Gründer des Sozialismus, wie Fourier, St. Simon, Marx usw., seien keine „Arbeiter“ gewesen. Auch Lassalle nicht.

(Schluß der Debatte hierüber.)

Bebel: Das Gründen einer neuen Zeitung ist mit großen Opfern verknüpft. Das „Demokratische Wochenblatt“ hat eine Schuldenlast von 600 bis 800 Talern. Diese müssen natürlich mit übernommen werden, dafür werden die jedenfalls größeren Kosten für ein neues Organ erspart.

Bracke: Es ist selbstverständlich, daß die Partei auch die Schulden, die auf dem Blatte lasten, mit zu übernehmen hat.

Rittinghausen: Ich halte es für sehr bedenklich, einen gewohnten Parteinamen, der eine historische Bedeutung hat, zu ändern. Bei jeder Ent-

wicklung hat die Partei ihren Parteinamen geändert. Die richtige Bezeichnung ist jetzt: „sozialdemokratische“.

Bremer beantragt: „Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu setzen.

Wöller (Nürnberg) beantragt, als Nebentitel: „Organ der Sozialdemokratischen Partei“ zu setzen. (Wird angenommen.)

Polling (Dessau): Meine Herren! Mit diesem Beschlusse haben Sie die Arbeiter aus der Partei hinausgeworfen. (Rufe: Oho! — Bewegung.)

Fritzsche: Ich erkläre hiermit, daß ich nach diesem Beschlusse mein Mandat zurückziehe und nicht mehr der Beratung beiwohnen kann! (Sensation.)

Bremer (Magdeburg): Auch ich sehe mich genötigt, mein Mandat zurückzuziehen. (Großer Sturm in der Versammlung.)

York beantragt namentliche Abstimmung, Raspe die Wiederaufnahme der Debatte. (Dieser Antrag wird angenommen.)

Raspe (Essen): Es hat einige Delegierte unangenehm berührt, daß die große Mehrzahl den Beschluß faßte, das Wort „Arbeiter“ fallen zu lassen. Ich muß doch vor allen Dingen daran erinnern, daß die große Mehrzahl der Delegierten das Wort „Arbeiter“ ablehnte, worunter doch die Arbeiter bedeutend überwiegend sind; gerade deshalb sind wir aber auch gewillt, selbst wenn nur zwei darauf beständen, das Wort, gegen das wir soeben gestimmt, wieder aufzunehmen, damit ja nicht der Gedanke aufkommen kann, als hätten Arbeiter die Arbeiter von sich gestoßen. (Allgemeines Bravo!)

(Das Wort „Arbeiter“ wird nun durch einstimmigen Beschluß in den Titel aufgenommen.)

v. Hofstetten (Berlin): Ich glaube, daß es von großem Interesse ist, wenn man darauf hinweist, daß der „Sozialdemokrat“ auch nicht die Bezeichnung: Organ der Arbeiter-Partei führt, sondern „Organ der Sozialdemokratischen Partei“.

York (Harburg): Ich hatte, jedoch nicht aus irgendwelcher Animosität, namentliche Abstimmung beantragt. Ich lege zwar kein Gewicht auf das Wort „Arbeiter“, aber ich wünsche, daß dem Übergangsstadium aus dem Alten ins Neue eine Brücke gelegt werde. Wenn nun Herr von Hofstetten sagt, daß der „Sozialdemokrat“ das Wort „Arbeiterpartei“ nicht trägt, so ist das aus Klugheitsrücksichten geschehen, um auch andere Personen mit in die Partei hereinanzuziehen.

Oberwinder (Wien): Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir in Wien beschlossen haben, unsere Versammlungen nicht „Arbeiter“-Versammlungen, sondern „Volks“-Versammlungen zu nennen, damit man uns nicht vorwerfen kann, daß wir eine Kaste bilden.

Fritzsche: Indem ich vorhin infolge des gefaßten Beschlusses hier erklärte, mein Mandat zurückzuziehen, hatte ich nicht die Absicht, etwa eine Pression auszuüben, sondern ich habe es getan, weil ich der Ansicht bin, daß auf jegliche Art das Klassenbewußtsein der Arbeiter geweckt werden muß. Ich erkläre mich für den Titel „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, weil es noch andere Arbeiterparteien gibt, wie z. B. die Schulzesche, mit denen wir nicht in einen Topf geworfen werden wollen.

Durch erfolgte Abstimmung wird der Titel: „Der Volksstaat“ für das Parteiorgan angenommen; ebenso Leipzig zum Sitz des Organs bestimmt. Mit den erwähnten Einfügungen wird hierauf der ganze § XVIII angenommen.

Debatte über § XIX.

Opificius (Frankfurt) fragt, ob denn alle Vereine, die sich zu diesem Programm bekennen, den Namen „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“ annehmen müssen.

Bebel: Die alten Vereine können ihren Namen beibehalten — wenn sie es für nötig erachten; die neu sich bildenden Vereine müssen jedoch den Namen „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“ annehmen.

§ XIX wird angenommen.

Die Beratung über das Parteiprogramm ist somit beendet. Es folgt die Beratung der Statuten für die Lokalvereine.

Rittinghausen (Köln) wünscht die Bestimmung, daß alle Delegierten nur in Volksversammlungen zu wählen seien.

Bebel: Ich habe Ihnen als Referent einige Vorschläge zur Abänderung des vorliegenden Statuts für die Sozialdemokratischen Arbeitervereine zu machen, und zwar glaube ich, daß Sie, wenn Sie sich mit diesen Abänderungen einverstanden erklären, dann das ganze übrige Statut en bloc annehmen können. Wir sind nämlich auch in unserer Vorberatung zu der Ansicht gekommen, daß wir den § 2 gegenüber dem Vereinsgesetz nicht aufrechterhalten können. Herr Rittinghausen hat zwar beantragt, man solle diesen Paragraphen für die in Preußen begründeten Vereine außer Kraft setzen; aber was für Preußen gilt, gilt ganz besonders auch für Sachsen und den größten Teil der deutschen Staaten. Die Polizei wird in dem Augenblicke, wo ihr dies Statut eines Lokalvereins eingereicht wird, sagen: Ja, da wird das Programm der Sozialdemokratischen Partei erwähnt — zeigt mir doch das Programm! — und dann unterliegt es keinem Zweifel, daß man in Preußen, Bayern und Sachsen sagen wird: Wenn ihr die Punkte des Programms verwirklichen wollt, so seid ihr ein revolutionärer Verein. Das sächsische Vereinsgesetz aber hat einen Paragraphen, worin es heißt, daß alle Vereine, welche auf Untergrabung der Existenz des heutigen Staates hinzielen, zu verboten sind, und ist so z. B. der Reichenbacher Verein auf Grund dieses Paragraphen nicht erlaubt worden. Die Behörde ist nach dem Gesetze vollständig im Recht, und es ist zu erwarten, daß, wenn wir eine derartige Bestimmung aufnehmen, dann die Regierungen erst recht die Vereine auflösen; daß aber vorerst keine Aussicht vorhanden ist, ein freieres Vereinsgesetz zu erlangen, bezweifelt wohl niemand. Deswegen beantragen wir, den § 2 der Vorlage zu streichen und im § 7 für das Wort „Parteizwecke“ das Wort „Agitationszwecke“ zu setzen. Unsere Vereinsgesetze machen dies nötig.

Rittinghausen (Köln): Wenn Sie meinen Antrag nicht in das Statut aufnehmen wollen, so sorgen Sie aber dafür, daß wenigstens von dem Ausschuss unserer Partei die Verfügung getroffen wird, alle Vereine anzuweisen, die Delegierten nur von Volksversammlungen wählen zu lassen, denn es muß streng darauf gesehen werden, daß die Vereine nicht als Vereine delegieren, sondern als Volksversammlungen!

(Pause von 1 bis 2¼ Uhr mittags.)

Nachmittagssitzung

(Wiedereröffnung gegen 15 Uhr.)

Vorsitzender Geib verliest folgende Depesche:

„Ein dreifaches Hoch sämtlichen Delegierten.

Im Auftrage der Gothaer Parteigenossen.“

(Fortsetzung der Debatte über die Statutenvorlage.)

Die Anträge Bebels: den § 2 zu streichen, und im § 7 statt „Parteizwecke“ „Agitationszwecke“ zu setzen, werden angenommen.

Mit diesen Änderungen wird das ganze Statut en bloc angenommen.

Scheu (Wien): Nach dem Gehörten muß ich auch den § XVI des Programms noch beanstanden, und möchte Ihnen anheimgen, ob nach dem Antrage Arons eine Kontrollkommission bestehen und ihr Protokoll veröffentlichen kann, ohne daß sie selbst als ein Verein gelten würde.

Bebel: Sollte die Polizei wirklich einzuschreiten versuchen, was ich auf Grund der mir bekannt gewordenen Vereinsgesetze nicht annehmen kann, so glaube ich, müssen wir es hier einmal auf einen Prozeß ankommen lassen.

Oberwinder (Wien): Die Bedenken Scheus sind begründet; die Kontrollkommission soll 11 Mitglieder haben. Nun wird eine Kommission von 11 Mitgliedern in Österreich schon als ein Verein betrachtet, während eine Kommission von 5 Mitgliedern noch nicht als ein solcher betrachtet werden kann.

Hillmann (Elberfeld): Die Auffassung, daß die Kontrollkommission einen Verein bilde, würde sich auch bei uns geltend machen.

Vorsitzender Geib: Es fragt sich nur, ob, da die Kontrollkommission mit dem Ausschusse in Verbindung steht, dies dem Gesetze gegenüber aufrechterhalten werden kann.

Bebel: Es ist doch anzunehmen, daß die Kontrollkommission und der Ausschuss bei der Musterkarte von Staaten, die wir in Deutschland noch aufzuweisen haben, in den wenigsten Fällen innerhalb eines Landes liegen, und da wäre es doch wohl äußerst schwer, das Bestehen und die gegenseitige Verbindung beider Korporationen nachzuweisen. Das Schlimmste, was geschehen kann, ist aber, daß man die Kommission auflöst. Ich beantrage deshalb, daß der Kongreß dem Ausschuss die Befugnis einräume, daß er bei Veröffentlichung der Kontrollkommission den bestehenden Gesetzen Rechnung tragen und dieselbe eventuell unterlassen könne. (Wird angenommen.)

Rüdt (Heidelberg) beantragt: Weder Redakteure noch Expeditoren des Parteiorgans dürfen im Ausschusse sein. (Wird angenommen.)

Es wird ein Protest eingereicht dagegen, daß man die Zucht hausarbeit nicht in der Vorlage erwähnt habe; derselbe ist unterzeichnet von zirka 20 Delegierten.

Rüdt (Heidelberg) beantragt, dem Punkt III, 8 des Programms noch hinzuzufügen: „Einführung der im Verkehr gebräuchlichen Löhne für die Arbeiter in Strafanstalten, sowie Beschäftigung in den von den Sträflingen

erlernten Handwerken.“ — Er glaubt, daß nur im Drange der Geschäfte gestern über einen so wichtigen Punkt hinweggegangen sei.

Schulz (Mainz) beantragt: „Beschränkung der Frauenarbeit“.

York (Harburg) beantragt: „Besetzung der durch die Zuchthausarbeit den freien industriellen Arbeitern geschaffenen Konkurrenz“.

Walster empfiehlt hierzu die Einschaltung: „und Arbeitshaus“.

York ist damit einverstanden.

Es sprechen noch zu diesen Anträgen die Herren Rüdft, Schulz, Schlömer und Nippoldt.

Wächter (Erfurt) beantragt: „die industrielle Arbeit in Strafanstalten ist abzuschaffen“.

(Der Antrag Yorks mit der Ergänzung Walsters wird angenommen. Alle anderen Anträge werden abgelehnt.)

Metzner (Berlin) beantragt den Zusatz: Verbot der Kinderarbeit in Fabriken „und auf dem Lande“, und motiviert seinen Antrag damit, daß dem Kongreß sonst der Vorwurf gemacht werden könne, er ließe die ländliche Bevölkerung, die bei allen politischen Aktionen den Ausschlag gebe, unberücksichtigt.

Opificius (Frankfurt) spricht gegen diesen Antrag, da ein himmelweiter Unterschied zwischen der Kinderarbeit in den Fabriken und derjenigen auf dem Lande sei.

Schlömer (Düsseldorf) beantragt, im Metznerschen Antrage zu sagen: „erwerbsmäßigen Kinderarbeit“.

Bebel: Es heißt in der Vorlage: „Verbot der Kinderarbeit“, und darunter ist alle Kinderarbeit verstanden! Es genügt dies für den radikalsten Standpunkt.

Metzner und Schlömer ziehen ihre Anträge zurück.

Zu Punkt X des Programms beantragt Werner (Leipzig) noch den Zusatz: „Die Diäten und Reisegehälter der Delegierten sind nach der Kopfzahl auf alle Mitglieder zu repartieren, insoweit sie nicht durch freiwillige Sammlung aufgebracht werden.“

Schulz (Mainz): Dann wäre es auch nötig, daß der Ausschuß bestimmte, wieviel Delegierte jeder Verein zu schicken hat, sonst wird mancher Verein Delegierte schicken, und der Ausschuß wird nicht wissen, woher er das Geld nehmen soll.

Dr. Walster (Dresden): Ich habe aus dem Protokoll zu konstatieren, daß mit dem Fritzeschen Amendement schon gestern der Wegfall aller Kinderarbeit beschlossen worden ist.

Schrader (Lüneburg) spricht für Erhebung einer Kopfsteuer zum Zweck der Entsendung von Delegierten, damit nicht die Delegierten aus eigenen Mitteln die Reisekosten bestreiten müßten.

Bebel legt in längerer Ausführung die Unzulänglichkeit des Wernerischen Antrages dar. (Derselbe wird verworfen.)

Hillmann (Elberfeld) beantragt Aufnahme der Spezialdebatte über die Frage: „Ob nach den Vereinsgesetzen der Ausschuß eines Vereins nicht als ein Verein betrachtet werden könne“.

Nippoldt (Gotha) stellt hierauf den Antrag: „Der Kongreß wolle alle Anträge, welche die Abänderung der einmal beschlossenen Statuten bezwecken, zurückweisen.“ (Wird angenommen, und ist somit der Antrag Hillmanns beseitigt.)

Die Programm- und Organisationsdebatte ist hiermit geschlossen.

Vorsitzender Geib: Es ist nunmehr die Programm- und Organisationsfrage vollständig zum Abschluß gediehen, und somit erkläre ich hiermit auf Grund des Programms und der Statuten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei für konstituiert. (Begeisterte Bravos.)

(15.30 Uhr.)

Scheu (Wien) beantragt: „Der Kongreß möge für diesmal betreffs der Wahl des Ausschusses eine Ausnahme machen und bestimmen, daß der jetzt zu wählende Vorort den Ausschuß definitiv erwähle, für diesmal also eine Genehmigung durch die Parteigenossen mittelst Urabstimmung nicht vorzunehmen sei.“

Bracke: Es wird nur notwendig sein, daß heute eine provisorische Kommission bestimmt wird, welche interimistisch die Geschäfte leitet, bis der Vorort den Ausschuß gewählt hat. Es ist durchaus nicht notwendig, daß der Ausschuß zum ersten Male nicht durch Urabstimmung bestätigt werden soll. Haben wir einmal diesen Satz in dem Programm aufgestellt, so müssen wir auch daran festhalten; außerdem aber glaube ich, daß diese Wahlversammlungen einen großen agitatorischen Wert haben, insofern dadurch eine sehr nützliche Agitation in Deutschland hervorgerufen wird. Jedenfalls macht es einen größeren Eindruck, wenn der Ausschuß nach ein paar Wochen von Tausenden deutscher Arbeiter bestätigt, als wenn er nur von dem Vorort allein erwählt wird. Setzen Sie also heute eine provisorische Kommission ein, die das ganze Statut und alles, was drum und dran hängt, handhabt, bis der Ausschuß definitiv konstituiert ist.

Scheu zieht seinen Antrag zurück.

Nippoldt macht auf die Wichtigkeit eines genauen Berichts der Kongreßverhandlungen aufmerksam und fragt, ob die nötigen Maßregeln getroffen seien.

Vorsitzender Geib: Es ist Herr Roller aus Berlin als Stenograph hier, der die Verhandlungen wortgetreu nachschreibt. Nebenbei hat Herr Dr. Walster mit großem Fleiß ein Protokoll über dieselbe geführt. Ich würde nun vorschlagen, daß wir von Herrn Roller unter redaktioneller Mithilfe des Herrn Dr. Walster ein ausführliches stenographisches Protokoll anfertigen lassen, und daß wir außer diesen zwei Herren noch drei ernennen, die das Protokoll durchzusehen haben. Ich stelle den Antrag, zunächst die Herren Dr. Walster und Roller in diese Kommission zu erwählen und alsdann drei Herren aus einem und demselben Orte zur Durchsicht des Protokolls zu ernennen. Von den einzelnen Orten sind dann die Bestellungen auf das Protokoll, das zum billigsten Preis geliefert werden wird, an den Ausschuß zu richten.

In betreff des Abdruckes der Verhandlungen im Parteiorgan wird Dr. Walster gebeten und beauftragt, eine Abschrift seines Protokolls an Liebknecht auszufertigen.

Bei der Abstimmung werden zunächst die Herren Dr. Walster und Roller erwählt und die Kommission durch die Herren Bebel, Werner und Liebknecht vervollständigt.

Vorsitzender Geib: Wir hätten jetzt überzugehen zur Wahl des Vororts und eines Ortes für die Kontrollkommission. Vorgeschlagen sind Hamburg, Leipzig und Braunschweig.

Schrader (Lüneburg) spricht gegen Hamburg, wo die Zerfahrenheit noch so groß sei, als daß dort ein Ausschuß gewählt werden könne, der eine festgeregelte Tätigkeit entwickle.

Bracke: Gestatten Sie mir, Ihnen meine Gründe für die Notwendigkeit der Wahl eines ganz anderen Ortes zu entwickeln als diejenigen, welche bisher vorgeschlagen sind. Meine Herren! Gegen Hamburg spricht der Umstand, daß die Mehrzahl der dortigen Arbeiter noch fanatisch auf Schweitzers Seite steht. Wird nun aber der Ausschuß an seinem Sitze fortwährend von diesen Gegnern behelligt, so kann er nicht die Tätigkeit entfalten, die für die Entwicklung der Partei durchaus notwendig ist. Es ist ferner vorgeschlagen: Leipzig. Ich würde mit Freuden für Leipzig stimmen, weil ich dadurch den so viel geschmähten Herren Bebel und Liebknecht die ihnen gebührende Anerkennung wegen ihrer Verdienste um die Partei gezollt sehen würde. Allein, noch ist das Vorurteil gegen die beiden genannten Herren in manchen Kreisen zu tief eingewurzelt, und dem müssen wir im Interesse der Einigkeit Rechnung tragen. Wenn wir Leipzig wählten, würden die Verdächtigungen des „Sozialdemokrat“, daß wir nur übergegangen seien zur Volkspartei, eine scheinbare Grundlage bekommen. Sie machen sich keinen Begriff, wie blind alles, was im „Sozialdemokrat“ steht, von einer gewissen Klasse von Lassalleanern geglaubt wird, und wenn jetzt Leipzig Vorort würde, dann könnte selbst mancher, der zwar zu uns hält, aber noch mit Mißtrauen auf Bebel und Liebknecht hinblickt, sich sofort umwenden und ein Umschlag zugunsten Schweitzers eintreten. Braunschweig würde ich empfehlen, weil wir von der Polizei ziemlich unbehelligt sind. Allein wird Braunschweig-Wolfenbüttel gewählt, so ist vorauszusehen, daß damit Spier und ich in den Ausschuß gewählt werden; was mich betrifft, so muß ich aber erklären, daß ich — zwar nicht durch meine „Bourgeoisstellung“, aber durch Rücksichten, die ich meinem alten Vater schulde, gehindert bin, meine ganze Kraft der Partei zu widmen. Ich würde nur täglich 2—3 Stunden der Arbeitersache widmen können, und dies ist zur Erledigung der Parteigeschäfte vollständig ungenügend, denn diese werden sehr, sehr viel Zeit beanspruchen. — Ich empfehle Ihnen daher als Vorort Wien! Wien ist ein Ort, der allseitig von den Parteigenossen mit der größten Verehrung betrachtet und genannt wird. Wenn ein Ort in Deutschland existiert, auf den alle Arbeiter mit Vertrauen hinblicken, so ist das Wien. Die sogenannten Schweizerianer haben den größten Respekt vor Wien, und die Vorliebe der Süddeutschen für Wien ist sprichwörtlich. Zudem hat Wien die geeignetsten Männer, und es läßt sich auch ermöglichen, daß noch einige tüchtige Kräfte der Partei nach Wien übersiedeln. — Ich weiß, meine Herren, es ist das die beste Wahl; wählen wir Wien, und es wird ein Umschwung in der Partei hervorgerufen, der von den bedeutungsvollsten Folgen sein wird. Nun habe ich einige positive Vorschläge zu machen. Man wendet nämlich — die Sache ist privatim vielfach debattiert worden — gegen Wien

ein, es sei unmöglich, daß die dortigen Parteigenossen die Parteiverhältnisse des übrigen Deutschland, besonders Norddeutschlands genügend kennen; es sei also unmöglich, daß sie z. B. zweckmäßige Anordnungen gegen Schweitzers mit sehr großen Geldmitteln unterstützte Agitation treffen werden. Es ist richtig, die Wiener können das nicht! Aber wenn Sie in Hamburg ein Agitationskomitee niedersetzen, das mit der Agitation im außerösterreichischen Deutschland beauftragt wird, so wäre auch diesem Mangel abgeholfen. Es versteht sich, daß dieses Komitee unter Leitung des Ausschusses und in beständigem Wechselverkehr mit demselben zu handeln hätte.

Ferner ist es von Bedeutung für die Partei, daß die Beiträge von jemand in Empfang genommen werden, der das allgemeine Vertrauen genießt. Ich weiß, daß ich dieses Vertrauen habe, und ich erkläre mich hiermit bereit, die Parteibeiträge entgegenzunehmen. Auf diese Weise erleichtern wir auch die Last des Ausschusses. Wir dürfen unsere tüchtigsten Kräfte nicht von solchen geschäftlichen Dingen absorbieren lassen, sonst werden wir die Bewegung ganz wesentlich hemmen. Nehmen Sie dem Ausschuß ab, was Sie ihm abnehmen können. Ich sehe mich gewiß nicht nach dem Amt, zu dem ich mich anbiete, ich würde viel darum geben, wenn ich die Parteibeiträge niemals mehr zu sehen bekäme; ich sehe aber, daß es für die Entwicklung der Partei wichtig ist, wenn Sie außerhalb Österreichs eine Finanzkommission konstituieren, die die Beiträge an den Wiener Ausschuß zu vermitteln hat. Was für die Partei notwendig ist, das muß geschehen, und niemand darf sich bedenken, der Partei Sorge und Arbeit auf sich zu laden.

Und nun, meine Herren, muß ich Ihnen nochmals auf das wärmste empfehlen: Wählen Sie Wien als Vorort, und setzen Sie in Hamburg ein Agitationskomitee ein, welches die Agitation außerhalb Österreichs zu leiten hat.

Oberwinder: Der Vorschlag Brackes, Wien zum Vorort zu wählen, hat mich innig gefreut; nicht, weil ich als Vertreter der Wiener Arbeiter mich dadurch geschmeichelt fühlte, sondern weil der Vorschlag meiner Ansicht nach ein sehr zweckmäßiger ist und von richtigem Verständnis der politischen Verhältnisse Deutschlands zeugt. Ich weiß nicht, ob der Antrag zur Annahme gelangt; es werden vermutlich viele Gründe dagegen geltend gemacht werden. Aber so viel steht fest: Die gegenwärtige Lage Europas verlangt mit innerer Notwendigkeit, daß für Deutschland Wien der Zentralpunkt der sozialdemokratischen Agitation werde. Die Geschicke Europas werden in Paris, Wien und Berlin entschieden. Die entwickelteren Verhältnisse Frankreichs haben Paris schon lange zum Zentralpunkt der französischen Demokratie gemacht. Was Berlin betrifft, so bin ich fest überzeugt, daß die dortigen Arbeiter zu uns halten, daß sie auch am Sitze des Hohenzollernthums dem Prinzip der Sozialdemokratie Achtung verschaffen werden. Aber, meine Herren, die Hauptstadt Preußens ist lahmgelegt, dormalen durch eine starke Regierung, eine Regierung, der es nicht an kühner Initiative fehlt, woher es auch kommen mag, daß das Volk für den Augenblick wenig Initiative zeigt — es kann aber nicht. In Österreich dagegen vollzieht sich ein für die Demokratie außerordentlich wichtiger Zersetzungsprozeß. Wir haben dort eine Regierung, welche, weil sie den verschiedenartigsten Interessen Rechnung tragen will, stets schwankt und deshalb nicht die Gewalt der Initiative besitzt. Auf der anderen Seite

haben wir gesehen, daß die Bewegung des arbeitenden Volkes in Österreich eine urwüchsige Frische und Energie zeigt. Unter solchen Umständen kann es keinem Zweifel unterliegen: Sollte Wien Sitz des Parteiausschusses werden, so wird die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland, im Norden und im Süden, einen bedeutenden Aufschwung nehmen. In Österreich selbst würden die großen Arbeitermassen und selbst die intelligenten Teile des Bürgertums dadurch mehr und mehr an die Partei gekettet werden. Bei uns, meine Herren, sind wirklich die herrlichsten Elemente vorhanden, dort ist das Volk noch nicht politisch korrumpiert, wie dies in Kleindeutschland, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Fall ist. Ich könnte noch viele Gründe zugunsten Wiens entwickeln, aber es ist überflüssig. Im übrigen schließe ich mich auch den Vorschlägen des Herrn Bracke an, insbesondere dem Vorschlag zur Bildung einer Agitationskommission in Hamburg.

Ich schließe, meine Herren, und wiederhole nur: Wenn Sie auch diesmal Wien noch nicht wählen — Sie werden sich bald für Wien als Vorort entscheiden müssen!

Liebknecht: Ich bin hier in einige Verlegenheit gesetzt worden: Bracke hat einen Vorschlag gemacht, der ursprünglich auch der meinige war. Auch ich war der Ansicht, daß man Wien als Vorort wählen müsse. Allein nach einer längeren Beratung mit Parteigenossen sind wir zu dem Schlusse gekommen, Wien jetzt noch nicht zu wählen, und ich muß bekennen, weder Oberwinder noch Bracke haben die Bedenken, welche in unserer Beratung geltend gemacht wurden, aus dem Wege geräumt. Die Hauptgründe, welche gegen Wien sprechen, sind kurz folgende: Erstens sind die Wiener polizeilichen Verhältnisse fast ebenso ungünstige für die Arbeiterbewegung wie in Berlin. Ich bin zwar überzeugt, daß die Arbeiterbewegung in Österreich mächtig genug ist, das Bürgerministerium zu Konzessionen zu zwingen, aber bis jetzt ist es nicht geschehen. Ferner ist es allerdings nicht möglich, daß unsere Agitation gegenwärtig von Wien aus ordentlich geleitet werden kann. Was zur Entkräftung dieses Einwands gesagt wurde, berührt den Kern der Sache nicht. Es handelt sich jetzt gar nicht darum, eine allgemeine Richtschnur der politischen Tätigkeit zu geben, sondern im Gegenteil, eine ganz bestimmte, detaillierte Tätigkeit zu entwickeln und auf einen bestimmten Punkt hinzuleiten, und dieser Aufgabe sind nur solche Parteigenossen gewachsen, welche die letzten Kämpfe mitgemacht oder doch bis ins einzelne verfolgt haben. Das ist aber bei unseren Wiener Freunden nicht der Fall, höchstens bei dem einen oder dem anderen. Wenn Wien ein Jahr in dieser Organisation gewesen ist, dann wird es sich unzweifelhaft besser als jede andere Stadt eignen und Vorort werden müssen. Ich spreche nun bloß über die zwei anderen Orte, von denen ernstlich die Rede sein kann: Braunschweig-Wolfenbüttel und Leipzig; Hamburg kann vorläufig nicht in Betracht kommen, das ist uns von den Hamburgern selbst erklärt worden. Was nun Leipzig betrifft, so haben Bebel und die anderen Mitglieder des Vorortes deutscher Arbeitervereine schon anderweitig hervorgehoben, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen aus taktischen Gründen die Interessen der Partei zu schädigen glauben, wenn wir für Leipzig die Wahl zum Partei-Vorort annehmen würden. Wir sind noch vor kurzem im Kampfe gewesen, die Wunden, die wir geschlagen haben, sind noch zu frisch und unsere Wahl würde noch vielfach verletzen. Ferner wollen wir denen nicht

Recht geben, die so oft zu uns sagten: „Ihr kämpft gegen Schweitzer nur, um ihn von seinem Präsidensessel zu verdrängen und euch dann selbst darautzusetzen!“ — Wir wollen zeigen, daß wir nicht nach der „Führerschaft“ gestrebt haben und streben. Ich bitte Sie daher, nicht an Leipzig zu denken. Wir würden die Wahl unter keinen Umständen annehmen.

Was nun Braunschweig-Wolfenbüttel betrifft, so vereinigt sich dort alles, um die Wahl zu empfehlen. Wir haben daselbst tüchtige Männer, die sich obendrein nach keiner Seite Feindschaft zugezogen haben, obgleich sie in der schärfsten Weise für das Prinzip vorgegangen sind; Polizeihindernisse liegen nicht vor; die Arbeiter sind vom besten Geist beseelt, die Lage des Ortes, im Zentrum der Bewegung, ist eine vortreffliche. Wenn wir Braunschweig-Wolfenbüttel wählen, so strecken wir auf der einen Seite den noch jetzt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein des Herrn v. Schweitzer befindlichen Arbeiter die Bruchhand hin, auf der anderen Seite kehren wir die Spitze unserer Schlachtordnung nach Norden. Wählen Sie Braunschweig zum Vorort, wählen Sie Wien als Sitz der Kontrollkommission — und denken Sie nicht an Leipzig!

Oberwinder (Wien): Ich wollte nur bemerken, daß ein Komitee von 5 Mitgliedern für die Polizei nicht erreichbar ist, was dagegen mit einer Kommission von 11 Personen der Fall ist, denn bei einer Anzahl von 6 Personen beginnt nach den österreichischen Polizeigesetzen der Begriff des „Vereins“!

Neumayr (Wiener Neustadt): Polizeimaßregeln wären wohl nicht zu fürchten; aber etwas anderes, was zugunsten des Brackeschen Vorschlags spricht, ist der Umstand, daß von Österreich aus eine riesige Agitation gegen Schweitzer ins Werk gesetzt, daß durch große Volksversammlungen und selbst durch die dortige Bourgeoispreßé Schweitzer bekämpft werden kann, aus welchen Rücksichten ich Sie bitte für Wien als den Sitz des Ausschusses zu stimmen.

York (Harburg): Als zuerst unter den Parteigenossen die Frage auftauchte, welcher Ort Vorort werden soll, da war es instinktiv bei allen „Wien“, welches die Sympathien für sich hatte. Wir alle waren davon überzeugt, daß durch die Wahl Wiens zum Vorort der neuen Bewegung ein immenser Aufschwung gegeben würde. Wir dachten an die Kämpfe, die im Jahre 1848 in Wien stattgefunden haben; wir dachten daran, daß Wien damals unbedingt in der revolutionären Bewegung den Vorrang vor Berlin errungen hatte und verdiente. Nachdem wir aber die Frage näher erwägt, kamen wir aus praktischen Gründen zu einem andern Entschlusse. Wir erachteten die geographische Lage Wiens für nicht geeignet, glaubten vielmehr, daß ein solcher Ort gefunden werden müsse, der mehr im Mittelpunkt der heutigen Arbeiterbewegung liegt. — Diese Erwägung führte mich zu der Ansicht, daß wir unbedingt für diesmal Braunschweig zum Sitze des Ausschusses wählen müßten, weil die umliegenden Länder sozusagen den Herd der Bewegung bilden. Soll Wien diese Rolle späterhin zugebracht werden, so ist es notwendig, daß die dortigen Arbeiter sich genau mit den Parteiverhältnissen des übrigen Deutschland bekannt machen, daß die Blicke der übrigen deutschen Arbeiter in der Zwischenzeit mehr nach Wien gelenkt werden. Außerdem aber spricht noch eins dafür, vorerst noch von Wien abzusehen, und das ist eine Frage, die weniger

mit der Agitation als mit der Organisation zusammenhängt. Es muß nämlich unsere Partei im Innern organisiert und gekräftigt werden, was unbedingt von dem ferner liegenden Wien nicht in der Weise erreicht werden kann, als dies von dem in der Mitte der Bewegung liegenden Braunschweig aus möglich ist. Im Laufe eines Jahres ändern sich sicherlich die Verhältnisse innerhalb der Partei, und wird sich Wien möglicherweise alsdann für den Sitz des Ausschusses eignen. Für jetzt jedoch bitte ich Sie für Braunschweig zu stimmen.

Reichelt (Hannover): Ich stimme ebenfalls nicht für Wien und entgegen zugleich der Ansicht Neumayrs, als könnten wir durch die Wahl Wiens die österreichische Bourgeoisie für uns gewinnen. Als ehrlicher Sozialdemokrat muß ich eine solche Ansicht ganz entschieden zurückweisen. Die Arbeiter, die heute noch von Schweitzer am Gängelbände geführt werden, könnten uns dann mit Recht den Vorwurf machen, daß wir uns mit der Bourgeoisie verbündet hätten; diesen Vorwurf dürfen wir aber durchaus nicht hervorrufen. Was den Vorschlag, Leipzig zum Vorort zu wählen, anbetrifft, so habe ich darüber nichts mehr zu sagen, nachdem Herr Liebknecht das ins klare gebracht. Ich habe den Auftrag von den hannoverschen Arbeitern — wenn auch der „Sozialdemokrat“ noch so glänzende Berichte bringt, die meisten Arbeiter dort sind doch schon wankelmütig — weder auf die eine Seite noch auf die andere Seite mich unbedingt hinzuneigen, d. h. weder Schweitzer noch Bebel und Liebknecht als Führer anzuerkennen. Die Liebknecht-Bebelsche Spitze muß so gut abgebrochen werden als die Schweitzersche, weshalb ich für Braunschweig als Sitz des Ausschusses stimme.

Liebknecht: Der Vorredner scheint Bebel und mich mit Herrn von Schweitzer in eine Kategorie stellen zu wollen, was ich nachdrücklich zurückweisen muß. Wir haben, während Schweitzer seine Partei zu blinden Werkzeugen zu machen sucht, stets unseren Parteigenossen erklärt: Wir sind keine Führer und wollen es nicht sein! Und wir haben von Anfang an jede Führerschaft prinzipiell bekämpft! Ich protestiere also entschieden gegen die Voraussetzung, wir teilten die selbstsüchtigen Diktaturgelüste eines Schweitzer.

Bebel: Wir haben heute eine Organisationsvorlage beschlossen und es ist unser aller Absicht, dieselbe aufrechtzuerhalten. Es wurde bei der Beratung wiederholt betont, daß die Einheitlichkeit und Zentralisation der Leitung unerläßlich sei. Wenn nun aber Bracke Wien als Sitz des Ausschusses, Braunschweig als Kassenort, Hamburg als Agitationsort vorschlägt, so erkennt er damit nicht bloß an, daß Wien noch nicht imstande ist, die Agitation zu leiten, sondern sein Vorschlag steht auch im schärfsten Widerspruch mit der Einheitlichkeit der Organisation. Wir würden dadurch eine Föderation im schlimmsten Sinne, wenn nicht gar eine zweite „Mainlinie“ in der Organisation schaffen. Die Parteiführer wären in Unklarheit, würden sich einmal nach Wien, das andere Mal nach Hamburg wenden, was nur Verwirrung und Unordnung in der Partei herbeiführen würde. Ich halte deshalb unbedingt Hamburg oder Braunschweig als den Vorort der Partei fest.

Die Debatte wird geschlossen, und aus den vorgeschlagenen Orten Leipzig, Braunschweig-Wolfenbüttel, Wien und Hamburg — Braunschweig-Wolfenbüttel als Sitz des Ausschusses gewählt.

Vorsitzender Geib verliest folgende inzwischen eingelaufenen Depeschen:

„Wie weit sind die Verhandlungen gediehen? Bald Schluß? Auf welcher Seite gesiegt?“

Im Auftrage der Demokraten:

Gewerkschaftsbevollmächtigter Erfurt in Krimmitschau.
(Rückantwort bezahlt.)“

Bebel: Die Antwort ist erfolgt.

„An Ellner: Fritz, sei gelosten Mutes! Vorwärts sei die Losung, es lebe die Vereinigung aller Sozialdemokraten!“

Neues: Antwort.

Hellbig, Kretschmar, Lindheimer, Imhof. Frankfurt a. M.“

(Es folgt die Debatte über den Sitz der Kontrollkommission.)

Dr. Walster (Dresden): Meine Herren! Es ist eine alte Erscheinung in unserer politischen Entwicklung, daß einerseits die Versuche Norddeutschlands mit Österreich in freundschaftlichere Verbindung zu treten, in Österreich nicht den gewünschten Anklang finden, und daß andererseits wieder die Annäherungen Österreichs von hier sehr spröde zurückgewiesen werden. Ich halte es aber, als entschiedener Gegner der Regierungshetze, für nötig, daß wenigstens Österreich in den sozialdemokratischen Verband hereingezogen und ihm eine Rolle eingeräumt werde. Wien wurde aus praktischen Gründen nicht zum Sitz des Ausschusses bestimmt. Aber dagegen wird sich gewiß kein Bedenken erheben, daß wir Wien als Sitz der Kontrollkommission wählen. In dieser Funktion hat es nur alle Vierteljahre einzugreifen. Hier ist die Gelegenheit geboten, Österreich mit in unser Parteileben hineinzuziehen, lassen wir die Gelegenheit nicht unbenutzt: Wählen wir Wien als Sitz der Kontrollkommission!

(Wien wird hiernach einstimmig zum Sitz der Kontrollkommission gewählt.)

Vorsitzender Geib: Es liegt ein Antrag folgenden Inhalts vor: „Die Entschädigungen für den Ausschuß bzw. für einzelne seiner Mitglieder setzt der Kongreß fest.“

Bebel: Es sind drei Beamte im Ausschuß, die unbedingt eine Entschädigung erhalten müssen: Vorsitzender, Kassierer und Sekretär. Diese Leute haben eine so bedeutende Arbeitslast auf ihren Schultern, daß ein großer Teil, wo nicht ihre ganze Zeit zur Erledigung der Geschäfte in Anspruch genommen wird. Nun ist es aber schwierig, jetzt, wo man noch keine genaue Übersicht über den Umfang der Geschäfte hat, so ohne weiteres über die Höhe der Entschädigungsgelder zu beschließen. Ich würde deshalb vorschlagen, der Kongreß möge beschließen, daß diese drei Beamten entsprechend zu besoldet sind, daß ihnen vorläufig bloß Vorschüsse gemacht, nach einem Jahre aber ihre Gehalte definitiv festgesetzt werden. Wenn wir für jetzt hier aussprechen, daß die Herren entsprechend entschädigt werden sollen, so haben sie die nötige Garantie, und beim nächsten Kongreß haben wir dann schon eine bessere Übersicht und können von der Kontrollkommission, die ja am besten Gelegenheit hat, die Arbeiten des Ausschusses zu übersehen, im nächsten Jahre Vorschläge über die Höhe der einzelnen Gehalte verlangen. (Bebels Vorschlag wird angenommen.)

Bracke beantragt, jedem Parteigenossen sofort eine Extrasteuer von 2 Groschen zur Deckung der 300 Taler Kongreßschulden aufzuerlegen, und gegen Einzahlung dieser Beiträge Parteikarten auszugeben.

Bebel spricht entschieden dagegen, da sonst viele mit dem Eintritt zuwarten würden, b.: die Schuld gedeckt sei.

Leyendecker (Mainz): Ich bin ebenfalls entschieden dagegen. Ich weiß, daß viele Delegierte um ihrer Herreise willen schon Schulden gemacht haben. Wir in Mainz z. B. haben die größten Opfer gebracht für die streikenden Zimmerleute. Wir sind vom „Sozialdemokrat“ nicht unterstützt worden, und wenn wir nun unsere Parteigenossen nicht übermäßig anstrengen wollen, so dürfen wir ihnen keine Extrasteuern auferlegen.

Bracke: Es ist sehr schön zu sagen: Die Parteigenossen können das nicht leisten. Aber wenn Sie das aussprechen, meine Herren, dann ist es überhaupt unmöglich, daß die Partei ihre Lebensfähigkeit entwickelt. Wenn die Parteigenossen nicht imstande sind, die Gelder aufzubringen, die zur Fortexistenz der Partei notwendig, so ist sie nicht lebensfähig. Sie ist aber lebensfähig, und ich weiß bestimmt, daß viele Tausende deutscher Arbeiter sofort bei Entgegennahme der Parteikarte 2½ Groschen zahlen werden. Aber, meine Herren, wenn Ihnen dieser Betrag zu hoch ist, so nehmen Sie einen Groschen an, auch das wird genügen; vor allem aber ist dafür Sorge zu tragen, daß die Partei nicht durch Geldmangel im Anfang erstickt und erdrückt wird. Eine Zahlung von 1 Groschen wenigstens muß stattfinden; wie sollen wir denn sonst der Agitation des Herrn von Schweitzer gegenüberreten, die jetzt jedenfalls mit allem Kraftaufwand betrieben werden wird. Wer am besten agitiert, gewinnt jetzt.

Stolle (Krimmitschau) ist gegen den Vorschlag Brackes. Man soll lieber zu Hause freie Volksversammlungen einberufen, und dort zur Deckung der Kosten Beiträge sammeln; damit gewinnt unsere Sache und werden zugleich die Kosten aufgebracht.

Bebel: Es sind hier 193 Orte vertreten. Ich beantrage anstatt der von Bracke vorgeschlagenen Steuer, daß der Kongreß den Parteigenossen empfehle, aller Orten eine freiwillige Sammlung zur Deckung der Parteischulden zu veranstalten, und die Gelder an den Ausschuß einzusenden. Es wäre doch kurios, wenn nicht mindestens ein Taler an jedem Orte zusammenkäme. Da aber die meisten Orte bedeutend mehr einsenden werden, so wird die ganze Schuldenlast durch diese einzige Sammlung getilgt sein. (Dieser Antrag wird angenommen.)

Vorsitzender Geib: Wir haben jetzt den Ort des nächsten Kongresses zu bestimmen.

Leyendecker schlägt hierzu „eine Stadt in Süddeutschland“ vor, speziell Frankfurt oder Mainz.

Rüdt ist gegen Frankfurt a. M., weil dort die preußischen Polizei- und Vereinsgesetze jede freie Bewegung hemmen.

Carl Hirsch empfiehlt Nürnberg; auch München wird aus der Mitte der Versammlung betont.

Bürger (Göppingen) empfiehlt Stuttgart oder Göppingen in Württemberg. —

Bei der Abstimmung wird Stuttgart mit großer Majorität als Ort des nächsten Kongresses bestimmt.

Lorenz (Stuttgart) spricht über diesen Beschluß seine lobhafte Freude aus; er versichert den Kongreß der gastlichsten Aufnahme und knüpft die Hoffnung daran, daß das Tagen des Kongresses in Stuttgart sehr wesentlich die sozialdemokratische Bewegung in Württemberg fördern werde.

Vorsitzender Geib dankt für die freundlichen Worte des Vorredners und spricht die Hoffnung aus, daß der Kongreß im nächsten Jahre die Partei in voller Stärke zeigen werde.

Es folgt die Beratung über die Stellung der „Gewerksgenossenschaften“ zur Partei.

Es liegt jedoch von Joh. Philipp Becker folgender Antrag vor:

„Der Unterzeichnete beantragt im Namen seiner Auftraggeber: Der Kongreß möge eine Kommission von fünf Mitgliedern ernennen, welche

1. die Frage zu untersuchen hat, in welcher Weise die Beziehungen zwischen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und der Internationalen Arbeiter-Assoziation herzustellen sind, und

2. ob es geeignet erscheine, diese Frage auf gegenwärtigem Kongresse zu erledigen, oder ob es nicht angemessen sei, eine Delegation zu wählen, welche diese Angelegenheit auf dem bevorstehenden Kongresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel zum Austrage bringe.“

(Die Versammlung lehnt vorläufig die Behandlung dieses Antrages ab, da die Gewerksgenossenschaftsfrage mit unabweisbarer Dringlichkeit auf der Tagesordnung steht.)

Leyendecker (Mainz) beantragt, daß über die Gewerksgenossenschaftsfrage zunächst die anwesenden Präsidenten von Gewerksgenossenschaften getragt werden möchten.

York (Harburg): Es ist Ihnen ja allen bekannt, wodurch der Zwiespalt in die Gewerkschaften hineingebracht worden ist, und Sie haben wohl alle mehr oder minder den Wunsch, daß auch auf diesem Gebiete eine möglichste Vereinigung erzielt werde. Ich halte nun dafür, daß, solange als die verschiedenen Gewerkschaften noch in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverbände unter Schweitzer sich befinden, keine Vereinigung erzielt werden kann. Es ist dies durch Verhältnisse begründet, welche ja eben den Austritt der Mitglieder zu Wege gebracht und die Entsetzungen der Präsidenten durch den Verbandsausschuß zur Folge gehabt haben. Was die spezielle Frage anbetrifft, in welcher Weise in den einzelnen Gewerkschaften vorgegangen werden kann, so muß das den Fachgenossen überlassen bleiben. Einer Vereinigung der noch unter meiner Präsidentschaft stehenden Holzarbeiter mit den Mitgliedern der Internationalen Gewerksgenossenschaft steht durchaus nichts entgegen. In theoretischer Beziehung ist die Vereinigung schon vollzogen worden und in praktischer Beziehung wird sie sich vollziehen, ohne daß ein Hindernis in den Weg tritt. Was nun die Vereinigung im großen und ganzen anbelangt, so wird sie erfolgen können, wenn Schweitzer nicht mehr Präsident des Gewerkschaftsverbands ist. Es ist eben die einzige Person, die der Einigung entgegensteht, und ich von meinem Standpunkte aus kann Ihnen weiter nichts empfehlen, als die gegründeten Gewerksvereine, die unter Schweitzers Leitung stehen, zu veranlassen, aus diesem Verband auszutreten, solange darin die ungeheuerliche Bestimmung existiert, daß jeder der politischen Richtung des Präsidenten unbedingt angehören muß, wenn

er nicht verfolgt, ja ausgestoßen werden will. Mein Vorschlag wäre also der: Organisieren Sie sich vorläufig unter sich selbst, bilden Sie feste Gewerkschaftskörper, und die Zeit wird ja kommen, wo Schweitzer nicht mehr Präsident des Berliner Gewerkschaftsverbandes ist, dann steht ja der Einigung aller Arbeiter nichts mehr entgegen.

Schob (Köln): Meine Herren! Ich gehöre ebenfalls zu denjenigen, die, wie Herr York erwähnte, als Gewerkschaftspräsidenten abgesetzt und angefeindet wurden. Wir haben heute mittag den Versuch gemacht, ob es wohl möglich wäre, eine Verständigung mit den im Schweitzerschen Lager Verbliebenen anzubahnen, damit nicht das Ganze sich zersplittere. Wir haben jedoch gesehen, daß jede Vereinigung unmöglich, indem sich jene sogar erdreisten zu sagen: „Wer nicht der politischen Ansicht Schweitzers huldigt, der kann nicht einmal Vereinsmitglied sein!“ Solchen Leuten gegenüber hört alle Gemütlichkeit auf. Man rechnete es mir sogar als Verbrechen an, Mitglieder aufgenommen zu haben, die nicht Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen seien! — Unter solchen Umständen ist also durchaus eine Verständigung nach jener Seite hin nicht mehr möglich; doch bin ich der Meinung, daß die Gewerkschaften dennoch ihr Bestehen ermöglichen können, und zwar wenn sie den Passus ins Statut aufnehmen, daß auch die Berufsgenossen in Österreich und der Schweiz als Mitglieder aufnehmbar sind. Es ist das von der Polizei nicht beanstandet worden. Leider hat man in Kassel auf Schweitzers Veranlassung einen Passus ins Statut aufgenommen, der die österreichischen Arbeiter von uns ausschließt. Demgegenüber bin ich der Meinung, daß die österreichischen Gewerkschaften wie die anderen das volle Recht haben, wenn sie die statutengemäßen Beiträge zahlen, Mitglieder unserer Gewerkschaft zu sein, und ich trage daher darauf an, daß diejenigen von unserer Gewerkschaft, die hier anwesend sind, sich damit einverstanden erklären, daß wir auf dem vor der Kasseler Generalversammlung gültigen Statut stehenbleiben, das keinen seiner Nationalität halber ausschließt, und daß wir möglicherweise auf dem Baseler Kongreß durch Hinzutritt zu dem Internationalen Gewerkschaftsverbände eine Vereinigung aller Arbeiter herbeiführen. Das ist das Ziel. Doch wollen wir nichts versäumen, um die Schweitzerländer in gewerklicher wie in politischer Hinsicht mit uns zu vereinigen, und ich glaube, daß, wenn wir auf diesem Standpunkte verharren, wir bald die Schweitzerländer gewonnen haben und auch in Österreich und anderwärts Mitglieder in den Gewerkschaften zählen werden. (In Steiermark bestehen deren ja schon.) Unseren sozialökonomischen Zwecken kann nach meiner Ansicht keine Regierung etwas in den Weg legen, und ist es daher unsere Pflicht, die österreichischen Fachgenossen heranzuziehen zu suchen und uns mit ihnen zu vereinigen, ohne daß man, wie dies bei den Schweitzerschen Gewerkschaften der Fall ist, jemand wegen seiner politischen Ansicht des Rechts der Mitgliedschaft beraubt.

Werner (Leipzig): Nachdem mir erteilten Mandate ist für mich nächst der Programm- und Organisationsfrage die Beratung über die Gewerkschaften von höchster Wichtigkeit, da es gilt, sich Klarheit über die Stellung derselben zur Partei sowie den Gewerkschaften des Schweitzerschen Arbeiterschaftsverbandes zu verschaffen. Ich betrachte die Gewerkschaften als Mittel, die Arbeitermassen in die soziale Bewegung hereinzuziehen. Daß Wander-, Kranken- und Invalidenunterstützung notwendig sind, begreift jeder Arbeiter, und bald finden sie, daß sie unter

den heutigen Lohnverhältnissen nicht in der Lage sind, die Mittel zu diesen Unterstützungen aufzubringen, sondern daß sie auf Erhöhung des Verdienstes und, als Vorbedingung, auf Abkürzung der Arbeitszeit hinwirken müssen. So werden sie der sozialen Bewegung zugeführt. Die Gewerkschaften können, wenn sie sich lediglich auf Unterstützung beschränken, sehr reaktionärer Natur sein und den alten Innungszopf wieder in die Arbeiter hineintragen. Es kommt nun darauf an, daß die Leiter immer das richtige Ziel im Auge behalten. Ein Eintreten in eine politische Partei ist für die Gewerkschaften nicht gut möglich; einmal geslatten dies die Gesetze nicht, und dann sind in den Gewerkschaften Mitglieder der verschiedensten politischen Anschauungen. Doch kann die Partei sich und den Gewerkschaften sehr viel nützen, wenn ihre Mitglieder an allen Orten Mitgliedschaften für dieselben gründen. Damit kettet die Partei die Gewerkschaften an sich, und indem ihre Leute für dieselbe wirken, werden die sozialpolitischen Ideen hineingetragen. Die formelle Einigung mit den Schweitzerschen Gewerkschaften ist, nach meinen Erfahrungen, jetzt nicht zu erwarten; es muß dies der Zeit überlassen werden.

Bebel: York scheint mir sehr treffend als Haupthinderungsgrund einer Vereinigung der Gewerkschaften die Person Schweitzers angegeben zu haben. Ich stimme dem vollständig bei. Dort, wo die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß mit Herrn von Schweitzer nicht mehr zu verhandeln und zu paktieren ist, dort ist ja die Vereinigung sehr leicht. Ich erkläre, daß ich für meine Person bei der Internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter dahin wirken werde, daß sie sich der Gewerkschaft Yorks anschließt, denn die Vereinigung der Kräfte ist jetzt die Hauptsache. Später wird es zweckmäßig sein, einen Kongreß einzuberufen, auf dem die Konstituierung der jetzigen Allgemeinen Deutschen Holzarbeitergewerkschaft auf internationaler Grundlage vorgenommen wird. Das halte ich für notwendig, aus welchen Gründen hat bereits mein Vorredner dargetan. Diese Umänderung nicht sofort vorzunehmen, empfiehlt sich schon in Rücksicht auf den Kostenpunkt. Auf diese Weise wird sich vielleicht in der einen oder anderen Gewerkschaft eine ähnliche Vereinigung herbeiführen lassen. Aber es ist notwendig, daß wir denen gegenüber, die sich noch nicht haben entschließen können, sich von Schweitzer loszusagen, erklären, daß wir gern erbötig sind, ihnen die Hand zu reichen. Ich beantrage daher folgendes: „Der Kongreß erklärt: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet es als die Pflicht eines jeden Parteigenossen, auf die Vereinigung der Gewerkschaften mit allen Mitteln hinzuwirken, stellt aber die Bedingung, daß diejenigen, welche einer unter dem Präsidium des Herrn von Schweitzer stehenden Gewerkschaft angehören, sich von der Person des Herrn von Schweitzer lossagen. Der Kongreß empfiehlt die Begründung und Weiterbildung von Gewerkschaften auf internationaler Grundlage.“

Binkert (Darmstadt) spricht in ähnlichem Sinne wie Werner, glaubt aber doch, den Kranken- und Versorgungskassen die größte Bedeutung belegen zu müssen, und spricht über deren Zweck und Nutzen.

Seifert (Leipzig): Mein Vorredner scheint eine besondere Vorliebe für die Krankenkassen zu haben; ich meine aber, wir haben es jetzt hier mit der Erörterung der Frage der Stellung der Gewerkschaften zu der heute begründeten Parteiorganisation zu tun. Wir können bei den Gewerk-

schaffen nicht ohne weiteres den Geldbeutel der Mitglieder übermäßig in Anspruch nehmen, damit wir selbige nicht lahmlegen. Es wäre mir am liebsten gewesen, wenn man das Programm der „Internationalen“ hätte annehmen können, weil darin alles enthalten wäre. Und nun handelt es sich darum, wie wir es halten wollen mit der Gewerkschaftsfrage. Sie läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen; wir sehen, daß Schweitzer seinen Verband zu fördern sucht, und wir müssen daher ein Gleiches tun. Es müssen diejenigen, die zu den Holzarbeitern gehören, sich dem Präsidenten York anschließen, und müssen wir suchen, in dieser Weise fortzuagitierten. Aber wir müssen auch vor allen Dingen dahin streben, daß wir den Egoismus, der leicht in die Gewerkschaften hereingebracht wird, nicht aufkommen lassen und die Ansprüche nicht zu hoch stellen. Die Kassen verlangen außerordentliche Opfer, und schließlich gehen manche altersschwache Arbeiter nur zu dem Zwecke hinein, um später Nutzen davon zu ziehen, und der eigentliche Zweck wird damit geschädigt. Meine Herren! Ich meine, wir müßten hauptsächlich darauf sehen, daß die Gewerkschaften die Vorschule zu den künftigen Produktivgenossenschaften bilden und daß die Abschaffung des Lohnsystems als Ziel auf die Fahne geschrieben wird, damit wir endlich bessere Zustände herbeiführen.

Vorsitzender Geiß: Ich bitte, mehr auf die Verbandsfrage Rücksicht zu nehmen, und die Einrichtung der einzelnen Gewerkschaften Sache der Gewerkschaften selbst sein zu lassen.

Reimann (Berlin): Nach den Auslassungen Bebels und Yorks verbleibt mir wenig zu sagen übrig, sie haben nach meiner Überzeugung den Nagel auf den Kopf getroffen. Daß in der vorgeschlagenen Resolution gar nicht auf die Statuten Bedacht genommen wird, das ist um so besser, weil es jeder Genossenschaft überlassen bleiben muß, wie sie sich einrichten will. Aber, meine Herren, Sie werden einsehen, daß die Gewerkschaften eventuell sowohl für als gegen unsere Bestrebungen benutzt werden können. Schweitzer hat uns das zur Genüge gezeigt. Nun fragt es sich: Wie machen wir es, daß wir die Gewerkschaften zu Trägern der sozialdemokratischen Ideen machen? Neben der Agitation ist hier das Hauptmittel die Presse; wir haben heute beschlossen, das neu zu begründende Organ „Volksstaat“ zu nennen; in diesen Volksstaat gehören auch die Gewerkschaften, und ich schlage daher vor, das Parteiorgan zugleich zum Gewerkschaftsorgan zu erklären. Neben den auf die Gewerkschaften sich beziehenden Bekanntmachungen erhalten so die Leute die nötige „Belehrung“, und das ist nötig, um sie zu Sozialdemokraten zu machen. Wenn darauf hingewirkt wird, daß der „Volksstaat“ Gewerkschafts- bzw. Verbandsorgan wird, so wird der „Sozialdemokrat“, der in der letzten Zeit nur Schmutz enthalten hat, gegenüber dem „Volksstaat“ bald verschwinden.

Werner und Motteler beantragen: „Der Kongreß möge den Parteigenossen empfehlen, soweit sie innerhalb der Gewerkschaften stehen, möglichst dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften auf dem Wege gegenseitiger Rückversicherungsverträge (Kartells) sich ihr Bestehen möglichst zu sichern suchen.“

Schrader (Lüneburg): Ihr alle wißt, daß auch ich, der ich bis zum Ausbruch des Streites kräftig zur Gewerkschaft gehalten habe — ausgestoßen und zum „Verräter“ gestempelt bin, weil ich die „Flugblätter“ annahm und verteilte. Unsere bisherige Mitgliedschaft wird unzweifelhaft

zerfallen, und es wird nichts übrigbleiben, als eine neue Körperschaft zu gründen, und zu diesem Zweck schließe ich mich dem Vorschlage der Gründung von Gewerkschaften auf internationaler Grundlage an.

Naters (Halberstadt): Mit vollem Recht ist schon hervorgehoben worden, daß gerade die Gewerkschaften einer der wichtigsten Hebel unserer Agitation sind, und zwar auch unter den ländlichen Arbeitern, wo alles sozusagen noch sehr im argen liegt, die ländliche Bevölkerung, deren wir bedürfen, wird für unsere Prinzipien gewonnen werden, wenn sie etwas geboten erhält, was sie leicht begreift, wie Unterstützung in Krankheitsfällen usw., denn gerade bei der ländlichen Bevölkerung sind es die materiellen Vorteile unserer Sache, was den Leuten in die Augen sticht und den Prinzipien Bahn bricht. Es ist nun freilich hier schon erwähnt, daß die Gewerkschaften unmöglich unter Schweitzers Führung stehen dürften. Treten wir in die Schweitzerschen Gewerkschaften, so würden wir den Gegnern ganz bestimmt in die Hände arbeiten, weil zur Zeit die Gewerkschaftspräsidenten, welche noch am Ruder sind, größtenteils auf Seite des Herrn von Schweitzer stehen; darum möchte auch ich beantragen, den internationalen Gewerkschaften uns anzuschließen; es ist eben der einzige Weg, auf dem sich die Agitation für unsere Sache betreiben läßt. Wir können dadurch nur gewinnen, und ich lege es Ihnen dringend ans Herz: Stoßen Sie die Gewerkschaften nicht ab, sie sind das wichtigste Agitationsmittel, durch welches wir unsere Ideen der Moral und der Menschheit zur Geltung bringen können.

Schmidt (Wiesbaden): Schweitzer mit seinem Anhang, das ist die Mauer, welche zwischen der deutschen Arbeiterbevölkerung heute noch steht, und wir haben uns deshalb zu fragen: wie können wir dieses Hindernis, diese Scheidewand hinwegräumen oder umstürzen! Nun, meine Herren, die Aufgabe ist nicht so leicht, wir haben zu diesem Zweck vor allen Dingen unser Auge auf die Vergangenheit zu lenken und daraus unsere Pläne für die Zukunft zu machen, demgemäß müssen die Ausgetretenen ihr Augenmerk darauf richten, diejenigen Gewerkschaften, die noch im Schweitzerschen Verbands sind, zu uns herüberzuziehen. Es wäre alsdann ein Kongreß von den verschiedenen Gewerkschaften einzuberufen, um darüber zu entscheiden, welches von den verschiedenen Statuten beibehalten werden soll, unseres oder jenes. Durch die jüngsten Vorgänge sind die Gewerkschaften der Schneider, Holzarbeiter, Schuhmacher und Zigarrenmacher schon alle erschüttert worden, nur die Metallarbeiter stehen, weil sie sich an dem Personenstreite nicht beteiligt haben, noch fest und können im Augenblicke auch nichts Klügeres tun, als ihre Gewerkschaft nach dem alten Statute weiterführen. Da wir aber doch einmal heute eine allgemeine sozialdemokratische Partei in Deutschland gegründet haben, so ist wohl auch keine Fraktion außerhalb derselben möglich, weshalb ich einen Kongreß, der die Wiedervereinigung der gesprengten Teile bezwecken würde, für sehr vorteilhaft halte.

Was nun das Prinzip unserer Gewerkschaften betrifft, so muß unsere Tätigkeit auf das Heranziehen und die Belehrung der Arbeitermassen gerichtet sein, wir müssen sie heranbilden zu Gliedern der sozialdemokratischen Partei, müssen dieselben aber ablenken von der Ansicht, als könne durch das Palliativmittel des Streiks auf die Dauer etwas erreicht werden.

Raspe (Essen): Ich spreche über die Gewerkschaften nur, weil ich ganz bestimmt voraussehe, daß unter Schweitzer dieselben nicht mehr lange bestehen werden können, denn es hat sich bei den Berg-, Hütten- und Salinenarbeitern gezeigt, daß Schweitzer seinen Pflichten nicht mehr nachkommt. Sobald die, welche ins Netz gegangen sind, dies einsehen, werden sie zu uns kommen. Es ist nun unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie recht bald zu dieser Einsicht gelangen. Jedenfalls ist es notwendig, daß diejenigen Gewerkschaften, welche sich von Schweitzer losgesagt haben, in der gewohnten Weise fortfahren, ihre Mitglieder zu erhalten und zu vermehren, und sich vorläufig noch nicht einem anderen Verbände anschließen. Zum Eintritt in den internationalen Verband müssen wir den Zeitpunkt abwarten, bis Schweitzer gefallen ist, weil es alsdann erst möglich sein wird, daß sämtliche Gewerkschaften wieder sich vereinigen können. Rekrutieren wir also weiter, und wir werden den Schweizerischen Gewerkschaften in kurzer Zeit die Spitze bieten können.

Leyendecker (Mainz): Sämtliche Mitglieder der Mainzer Gewerkschaften sind vor die Türe gesetzt worden, obgleich sie sich bereit erklärt haben, als Mitgliedschaft fortbestehen zu wollen. Wir dürfen auf Schweitzers Sturz nicht warten, was möglicherweise noch einige Zeit dauern kann bei der Hartköpfigkeit vieler Arbeiter, sondern wir müssen uns, um verschiedene Mißverhältnisse, namentlich in bezug auf die Reiseunterstützungen, zu beseitigen, sofort der Internationalen anschließen, dann wird binnen Jahresfrist unsere Partei mächtig erstarkt sein und Schweitzer fällt von selbst.

Kobitzsch und Reimann beantragen: „Der Kongreß möge erklären, dahin zu wirken, daß das Organ der Sozialdemokratischen Partei, „Der Volksstaat“, auch zugleich Organ der Gewerkschaften werde.“

York beantragt: „Der sozialdemokratische Kongreß erklärt: daß eine vollständige Vereinigung der deutschen Arbeiter endgültig nur auf dem Boden der Internationalen Arbeiter-Assoziation möglich ist, und macht es deshalb allen Mitgliedern zur Pflicht, Gewerkschaften auf internationaler Grundlage zu schaffen.“

Schulz (Mainz): Für die, welche bereits aus dem Schweitzerschen Verbände ausgetreten sind, ist der Anschluß an die „Internationale“ eine leichte Sache; aber für diejenigen, deren Gewerkschaften noch bestehen und große Summen an die Verbandskasse gezahlt haben, ist die Sache um so schwerer. In Mainz besteht noch ruhig die Metallarbeiterschaft fort, weil sich ihr Präsidium neutral verhalten, d. h. sich in den Schweitzerschen Handel nicht eingelassen hat, sie haben schon 4000 Taler an die Verbandskasse und an die Verbandskasse 600 Taler eingezahlt, wenn sie also jetzt austreten, so geht ihnen dies ganze Geld, das sie eingezahlt haben, verloren und sie haben gar nichts dafür erlangt, fahren sie aber fort, in die Schweitzersche Verbandskasse zu bezahlen, so — ich erkläre es öffentlich — kann ich nicht mehr für diese Gewerkschaft weiterwirken, ich füge mich der Organisation, die hier geschaffen worden ist, und mag nun ausgesprochen werden: „Du kannst nicht mehr Mitglied dieser Metallarbeiterschaft bleiben!“, so steht mir keine andere Wahl offen, als mich der Internationalen anzuschließen. Die Mainzer Schuhmacher haben bereits einen neuen Präsidenten gewählt; die Zimmerer sind im Streik und die hier anwesenden Vertreter sollen für den Streik sprechen. Wenn diese nun nach

Hause kommen, was sollen sie sagen? Sollen sie für Anschluß an die International wirken oder sollen sie beim Schweitzerschen Verbände bleiben? — Mit den Holzarbeitern ist es ebenso — sie wissen auch nicht, auf welche Seite sie sich halten sollen. Wir wenigstens werden alle darauf hinwirken, daß sie sich der Internationalen anschließen.

Leyendecker (Mainz): Die Zimmerer von Mainz haben erklärt, daß sie von jetzt ab Schweitzers Präsidentschaft nicht mehr anerkennen; wir werden dahin wirken, daß sie sich der Internationalen anschließen.

Mühlwasser (Brünn) hebt im allgemeinen die politische Tragweite einer internationalen Vereinigung der Arbeiter für Österreich hervor. Die Nationalitätenfrage, als die Krankheit des österreichischen Staates, werde durch eine solche Vereinigung der unteren Volksschichten am besten geheilt werden.

Greulich (Zürich): Ich muß sagen, es berührt mich tief und schmerzlich, daß noch eine Masse von Arbeitern vorhanden ist, die einen Menschen wie Schweitzer mit ihren Mitteln nach Willkür wirtschaften lassen. Ich frage: Sind diese Arbeiter denn Sklaven? Sonst müßten sie doch fragen: Schweitzer, was hast du mit unserem Gelde zu schaffen?! — Ich glaube, die aus ihren Gewerkschaften gemäßregelten Arbeiter müßten gerichtliche Klage führen können. Im allgemeinen möchte ich noch sagen, daß die Gewerkschaften nicht anders als international organisiert werden können. Den Metallarbeitern möchte ich, wenn dieselben noch nicht die Kraft haben, sich von Schweitzer loszusagen, den guten Rat geben, sich mit der Metallarbeiterschaft Englands in Verbindung zu setzen. Diese Arbeiterschaft hat schon oft versucht, mit den Berufsgenossen anderer Länder Verbindungen anzuknüpfen. Ich weiß z. B., daß sie schon extra Delegierte nach Amerika gesandt haben, um eine Verbindung mit den Metallarbeitern drüben anzuknüpfen, damit diese bei ihren Streiks keinen Zuzug herüberlassen und die Löhne nicht heruntergedrückt werden können. Die verschiedenen Gewerkschaften hätten also international dastehende Körperschaften zu bilden; um nun aber ein gemeinsames Organ zu haben, wodurch sie alle zusammengehalten werden, können sie zwar nicht direkt, aber indirekt mit dem Generalrat in London als zentralisierendes Organ in Verbindung treten. Die Statuten hätten, um polizeiliche Eingriffe zu verhindern, einfach zu besagen, daß zur Herstellung des Verkehrs mit anderen Gewerkschaften ein Zentralbüro bestünde. Das wäre eine unbestimmte Erklärung, in Wirklichkeit aber stehen sie unter dem Generalrat und zahlen einen Beitrag für die Bürokosten. Dadurch werden die Gewerkschaften tatsächlich zu Teilen der Internationalen Assoziation gemacht. Die Bevollmächtigten an den einzelnen Orten könnten dann ganz gut das Agitationskomitee bilden und die Leute zu uns herüberziehen. Es ist gesagt worden: die Gewerkschaften brauchten stets lange Zeit, bis sie die nötigen Geldmittel zusammenbrächten; das ist dann gar nicht mehr notwendig, denn wenn die Gewerkschaften einmal international organisiert sind, dann ist die Zeit gekommen, wo sie respektvollend zusammentreten und den Kapitalisten höhere Löhne abverlangen können. Nur vor unseren Massen hat der Kapitalist Angst, nicht vor unseren paar elenden Pfennigen.

Vorsitzender Geib: Müller (Dresden) beantragt, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich während der Dauer des Nachmittags zu einer besonderen Sitzung vereinigen, ihre Entschlüsse fassen und hernach dem Kongreß darüber Mitteilung machen.

Bebei und York haben ihren Antrag dahin vereinigt: „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet es als eine Pflicht eines jeden Parteigenossen, auf eine Einigung der Gewerkschaften mit allen Mitteln hinzuwirken, hält aber als Bedingung fest, daß die Gewerkschaften sich von dem Arbeiterschafts-Präsidium des Herrn v. Schweitzer lossagen. Zugleich empfiehlt der Kongreß die weitere Bildung von Gewerkschaften auf internationaler Grundlage.“ (Der Antrag wird angenommen.)

Der Antrag Reimann und Kobitsch: daß der „Volksstaat“ zugleich Organ der Gewerkschaften werde, wird angenommen, ebenso der Antrag von Werner und Motteler: Der Kongreß möge den Parteigenossen empfehlen, soweit sie es vermögen, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften im Wege gegenseitiger Rückversicherungsverträge (Kartells) sich möglichst ihr Bestehen zu sichern suchen.

Die Frage der Gewerkschaften für den Kongreß ist somit erledigt.

Vorsitzender Geib verliest folgende Depesche:

„Ein donnerndes Hoch allen Delegierten, welche für die Vereinigung sämtlicher sozialdemokratischer Parteien kämpfen.“

Im Auftrage der Mainzer Arbeiter: Kühne und Basting.“

Bonhorst verliest einen Brief von Plate in Remscheid, der Zustimmungserklärungen enthält.

Es folgt jetzt der Bericht der Mandatsprüfungskommission, erstattet durch

Bonhorst: Meine Herren! Wir haben zunächst elf Mandate beanstandet, welche von Gotha ausgestellt waren, da in diesen nicht die Zahlen der Mandatgeber angegeben sind. Sollen wir hier nun annehmen, daß nur ein Mandat Geltung habe mit der ganzen Stimmenzahl, oder sollen wir alle Mandate für ungültig erklären?

York: Alle für ungültig erklären! (Dies wird angenommen.)

Bracke: Im übrigen habe ich zu bemerken, daß diese Delegierten von vornherein andere, gültige Mandate übertragen erhalten haben.

Bonhorst: Beanstandet war ferner der Vertreter der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation aus der Schweiz, weil die Zahl seiner Auftraggeber nicht angegeben.

J. Ph. Becker: Die Gesamtzahl unserer Auftraggeber ist 5000, von diesen hat Stumpf 1500 zu vertreten.

Vorsitzender Geib: Ist die Versammlung damit einverstanden. (Zustimmung.)

Bonhorst: Die Vertreter der Dienstagsgesellschaft sind nicht angegeben.

(Die Zahl derselben wird auf 25 festgestellt.)

Bonhorst: Das Mandat Pollings mit 44 Stimmen ist fehlerhaft ausgestellt, bei Fritzsches Mandat, Zigarrenarbeiter Berlins, fehlt die Zahl, in Bergs Mandat fehlt Angabe des Ortes, bei der Schuhmachergenossenschaft Bamberg fehlt die Zahl der Auftraggeber.

Die mangelnden Zahlen und Bestimmungen werden aus der Mitte der Versammlung durch nähere Mitteilungen über die betreffenden Versammlungen ergänzt und danach von der Versammlung genehmigt.

Bonhorst: Das Zusammenstellen der Namen der Delegierten sowie der Orte in alphabetischer Ordnung, und die Angabe der Stimmenzahlen in geordneter Reihe war bis jetzt noch nicht möglich. Bis gestern abend waren wir, mit Beiseitesetzung der beanstandeten Mandate, zu folgendem Resultate gekommen:

262 Abgeordnete
324 geprüfte Mandate
26 beanstandete Mandate
193 vertretene Orte
148 250 vertretene Arbeiter.

Stolle (Krimmitschau): Aus dem Zeitaufwande, welchen die Prüfungskommission gehabt, um zu einem Endresultate zu gelangen (wir haben die halbe Nacht mit durcharbeiten müssen), widerlegt sich wohl am besten die Anschuldigung der Schweizerlinge, als hätten wir die Mandate vor Eintritt in die Verhandlungen prüfen müssen. Was jene mit vorgängiger Prüfung gewollt, liegt klar auf der Hand. Der Kongreß sollte über Formalitäten nicht hinauskommen.

(Der Kongreß enthebt die Prüfungskommission „mit Dank“ ihrer Pflicht.)

Vorsitzender Geib: Wir kommen jetzt zu dem Antrage von Johann Philipp Becker.

Liebknecht: Ich möchte bitten, den Antrag dahin zu modifizieren, daß einfach eine Kommission niedergesetzt wird, um darüber zu beraten, wie unsere Beziehungen zur Internationalen zu regeln sind, und daß wir zweitens einen Delegierten für den Baseler Kongreß ernennen.

J. Ph. Becker: Ich erkläre mich damit einverstanden, schon deshalb, weil die Zeit drängt. Auf den Antrag, den ich hier für die Internationale Arbeiter-Assoziation zu vertreten hatte, habe ich verzichtet, und zwar ebenfalls im Einverständnis mit vielen hier anwesenden Mitgliedern der Assoziation, erstens, weil dieser Antrag die Möglichkeit zur Voraussetzung hatte, man könne durch das darin angegebene Verfahren den Schweizerischen Verein mit heranziehen, welche Hoffnung wir jedoch aufgeben mußten, nachdem wir uns von der „Brüderlichkeit“ jener Leute überzeugt haben; zweitens, weil die Kongreßvorlage meinem Antrage in weiterer Beziehung Rechnung getragen hat. Nur glaube ich, daß wir nicht auseinandergehen können, ohne einen bestimmten Beschluß über die Beziehungen zur Internationalen zu fassen, damit wir nicht nur auf dem Papier miteinander in Verbindung stehen. Jedes Parteimitglied muß mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation wirkliche Fühlung haben, denn bloß dadurch bekommt ein jeder Parteigenosse Mut und Tatkraft, wenn er weiß, daß er überall Brüder hat als Kampfgenossen.

Vorsitzender Geib: Es tut mir leid, daß der Antrag nicht hat eher zur Beratung kommen können.

Liebknecht: In bezug auf das Resultat ist es vollständig gleichgültig, ob der Antrag gestern oder heute zur Abstimmung kam, denn die Aufgabe läßt sich hier doch nicht vollständig lösen. Wir, die deutsche Sozialdemokratie, sind zwar jetzt wohl hier vertreten, aber die Internationale Arbeiter-Assoziation ist doch in Wirklichkeit nicht vertreten. Es kann ein Resultat nur dadurch erzielt werden, daß sich nächsten Monat eine Delega-

tion nach Basel zum Kongreß der Internationalen begibt. Von einem wird aber Becker sich gewiß überzeugt haben: daß unser ganzer Kongreß vom Geist der Internationalen Arbeiter-Assoziation erfüllt ist!

Werner (Leipzig): Es ist dem heutigen Kongreß durchaus nicht abzusprechen, daß er sich als auf dem Boden der Internationalen stehend gezeigt hat. Aber wir müssen auch unseren Gesinnungen gemäß handeln. Wir müssen mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation völlig konform werden, in eins verwachsen. Es läßt sich jedoch heute nicht feststellen, in welcher Weise dies zu geschehen hat. Auch ich halte es für notwendig, daß eine Kommission gewählt wird, welche die Anträge prüft und Vorschläge macht; und zwar halte ich dafür, daß man gerade die Leute, die man nach Basel schickt, auch damit beauftragt.

Rittinghausen (Köln): Dieser Antrag hat seine großen Bedenken. Nach unserem -- d. h. nach dem preußischen -- Vereinsgesetz dürfen wir mit keinem anderen politischen Verein in Verbindung treten. Ich glaube, daß wir uns durch Annahme eines solchen Beschlusses nicht nur der Gefahr aussetzen, aufgelöst zu werden, sondern daß man auch die Mitglieder als solche einer starken Verfolgung aussetzen wird. Ich kenne nur ein Auskunftsmittel: alle Sozialdemokraten müssen persönlich, für sich, in die Internationale Arbeiter-Assoziation eintreten.

Liebknecht: Was das Letztere betrifft, so bitte ich Herrn Rittinghausen, meinem Antrag noch hinzuzufügen: daß der Kongreß jedem einzelnen Parteigenossen empfiehlt, als selbständiges Mitglied in die Internationale einzutreten. Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß der Kongreß kein Verein ist und hier in Sachsen-Weimar stattfindet, wo es kein Vereinsgesetz gibt. Wir haben vor elf Monaten in Nürnberg, also in Bayern, wo ein sehr schlechtes Vereinsgesetz besteht, getagt und einen ähnlichen Beschluß gefaßt, nämlich Delegierte zur Landesversammlung der Deutschen Volkspartei zu schicken, und es hat trotzdem kein Hahn danach gekräht.

Werner beantragt, 3 Delegierte nach Basel zu schicken.

Greulich (Zürich): Die Bedenken des Herrn Rittinghausen, unsere Organisation könne wegen ihres Verhältnisses zur Internationalen aufgelöst werden, müssen nach meiner Ansicht schwinden, wenn wir bestimmen, daß unsere Parteikarte zugleich das persönliche Mitgliedsdiplom für die Internationale Sektionsgruppe deutscher Sprache sein soll.

Bebel: Ich bin ganz mit dem Antrag einverstanden, eine Kommission aus 3 Personen niederzusetzen, welche zu beraten hat, wie die Verbindung mit der Internationalen herzustellen sei; ich bin auch damit einverstanden, daß jemand nach Basel geschickt wird, aber ich bin dagegen, daß die Kommissionsmitglieder nach Basel gehen sollen; von hier oder gar von Norddeutschland aus nach Basel ist kein Katzensprung, und wenn drei Leute hinreisten, würde das zirka 150 Taler kosten; auch glaube ich, daß, nachdem drei Kommissionsmitglieder über die Sache beraten und sich mit dem Parteiausschuß in Einvernehmen gesetzt haben, es vollständig genügt, einen Delegierten nach Basel zu schicken. Wenn in dieser Debatte schon Beschlüsse über die Art des Anschlusses gefaßt werden sollen, so wäre die Kommission überflüssig. Ich sehe keinen anderen Weg, als daß sich jeder für sich als Mitglied der Internationalen aufnehmen läßt, und ich kann mitteilen, daß auch Karl Marx sich in diesem Sinn ausgesprochen

hat. Unter allen Umständen muß zunächst die Sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituieren, da neben den internationalen auch die nationalen Organisationen unentbehrlich sind; und jene ohne diese nur ein Schatten wären. Dagegen, daß jedes Mitglied der deutschen Sozialdemokratischen Partei für sich auch noch Mitglied der Internationalen wird, kann die Polizei nicht einschreiten -- es ist durchaus gesetzlich. In Frankreich bestehen ganz ähnliche Vereinsgesetze, und Marx führte mir das Beispiel der 10 000 Lyoner Arbeiter an, die erst kürzlich öffentlich erklärt haben, sie könnten sich zwar nicht in corpore der Internationalen anschließen, weil die Gesetze dies verbieten, aber sie seien persönliche Mitglieder der Internationalen geworden, was das Gesetz nicht verbiete. Mit der Ernennung einer Kommission bin ich einverstanden und ich rate Ihnen, den Antrag anzunehmen, daß nicht drei Personen, sondern nur eine nach Basel geschickt wird.

Mühlwasser beantragt, den ohnehin zum Baseler Kongreß reisenden Parteigenossen Mandate des Kongresses zu übertragen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wird zunächst der Liebknechtsche in allen seinen Punkten (mit dem Amendement Rittinghausen) in folgender Fassung angenommen:

„Der Kongreß ernennt eine Kommission, welche zu beraten hat, wie die Beziehungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands zu der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu regeln seien.“

Der Kongreß ernennt eine Delegation, welche auf dem Baseler Kongreß das Verhältnis zur Internationalen Arbeiter-Assoziation definitiv zu regeln hat.

Der Kongreß empfiehlt allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands den persönlichen Eintritt in die Internationale Arbeiter-Assoziation.“ --

Vorsitzender Geib: Es handelt sich nun um die Wahl der Kommissionsmitglieder: ich bitte um Vorschläge.

Genannt und gewählt werden Rittinghausen, Greulich und Liebknecht. Zum Delegierten beim Baseler Kongreß wird Liebknecht gewählt.

Schulz (Mainz) beantragt, im Parteiorgan keinerlei Angriffe auf Herrn von Schweitzer und dessen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu bringen und auf die Angriffe des „Sozialdemokrat“ nichts zu erwidern, sondern dieselben mit Verachtung zu ignorieren. (Wird nicht hinreichend unterstützt.)

Bracke (zu tatsächlicher Mitteilung): Soeben habe ich gehört, daß etwa 40 „Agitatoren“ nach allen Richtungen hin mit Geldmitteln durch Herrn Tölcke geschickt worden sind, um überall Volksversammlungen im Interesse des Schweitzerschen Vereins abzuhalten. Es ist daher dringend nötig, daß auch die Partei aus allen Kräften für die Aufbringung finanzieller Mittel Sorge trägt, um überall den Schweitzerschen Agenten die Spitze bieten zu können. Wir müssen diesen letzten Verzweiflungsversuch der Schweitzerlinge im Keim ersticken.

Lasch (Chemnitz): Ich kann Ihnen im Auftrage meiner Mandatgeber versichern, daß die Schweitzerlinge in Chemnitz unter den Mitgliedern des ehemaligen Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keinen Boden finden werden.

Der Vorsitzende Geib verliest eine Depesche aus Koblenz:
„Kämpft für die Einigkeit, prüfet alles und wählt das Beste.

Arbeiter von Koblenz.“

Thürmann (Magdeburg) beantragt, eine Kommission behufs Abfassung eines Begrüßungsschreibens an die am 10. und 11. August in Weimar tagende Lehrerversammlung zu erwählen.

Der Antrag wird angenommen, und als Kommissionsmitglieder werden die Herren Joh. Phil. Becker, Geib und Oberwinder gewählt.

Mühlwasser (Brünn) beantragt Erlaß eines Aufrufs der Sozialdemokratischen Partei an die verschiedenen Nationalitäten Österreichs behufs Anschluß an die Partei.

Liebknecht beantragt demgegenüber Erlaß eines Manifestes an die Arbeiter aller Länder, das in die verschiedenen Sprachen zu übersetzen sei.

(Mühlwasser zieht seinen Antrag zugunsten dessen zurück.)

Oberwinder stellt hierzu das Amendement, eine Kommission von drei Personen zur Abfassung dieses Manifestes einzusetzen.

Beides wird angenommen und die Herren J. Ph. Becker, Liebknecht und Oberwinder zu dieser Kommission erwählt.

Becker beantragt im Namen der Zentralkommission der Sektionsgruppe deutscher Sprache (Internationale Arbeiter-Assoziation) 2 Proklamationen zu erlassen, eine an das Proletariat wesentlicher Schriftarbeit, besonders die Lehrer, und die andere an das landwirtschaftliche Proletariat, um beiden Klassenteilen in brüderlicher Weise einen guten Anstoß zu geben, sich in Fachabteilungen zu gruppieren und tatsächlich und förmlich den allgemeinen Regenerationsbestrebungen sich anzuschließen.

Der Antrag wird angenommen und die Herren J. Ph. Becker, Liebknecht und Oberwinder auch mit dieser Arbeit betraut.

Schmidt (Wiesbaden): Ich möchte noch an alle die Mahnung richten, einzutreten wie ein Mann für das, was Sie heute beschlossen.

Vorsitzender Geib: Wir haben noch einige Personen zu bestimmen, denen die Leitung der Partei bis zur erfolgten Wahl des definitiven Ausschusses übertragen werden soll. Ich bitte, Vorschläge zu machen.

Es werden vorgeschlagen und gewählt: die Herren Bracke, Ehlers, Neidel in Braunschweig und Spier in Wolfenbüttel.

Vorsitzender Geib erklärt nunmehr die Geschäfte des Kongresses für beendet und fragt, ob jemand noch etwas vorzubringen habe, worauf sich nachstehende Redner zum Wort melden:

Rüdt (Heidelberg): Werte Sozialdemokraten! Wir sind am Schlusse des Kongresses angelangt. Wenn wir auf denselben zurückblicken, müssen wir uns sagen, daß wir sowohl von freudigen als von trüben Erregungen ergriffen worden sind; von trüben Erregungen — sage ich, ja, aber sie sind Gott sei Dank nicht von uns verschuldet worden, sondern von jenen, die nicht hierhergekommen sind, um sich brüderlich mit uns zu vereinigen, sondern im Gegenteile, um eine brüderliche Vereinigung zu hintertreiben.

Weit mehr hat uns aber der Kongreß freudige Erregungen verursacht; denn wir haben durch ihn das Fundament gelegt zu einem großen Werke der Zukunft, an dem wir weiterzubauen haben. Und wenn wir dieses tun

in Einigkeit und Freiheit, so werden wir unser erhabenes Ziel erreichen. Ich will nicht viele Worte machen, meine Herren, sondern nur daran erinnern, daß wir Tausende von Feinden haben, die sich uns entgegenstellen werden, aber nicht verzagt! — mit den Waffen der Wahrheit und des Rechtes — die wir führen — werden wir gegen eine Welt von Feinden stehen, werden wir eine Welt erobern können, denn gegen uns werden nur die Waffen der Lüge und des Unrechts sein. Wir sind in der Nähe der Wartburg, die uns an Martin Luther gemahnt, gegen den auch Tausende und aber Tausende von Feinden der Wahrheit und des Lichts sich verschworen hatten, und der, dennoch nicht verzagend, ausrief:

„Und wenn die Welt voll Teufel wär
Und wollt' uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr —
Es muß uns doch gelingen!“

Meine Herren! So lassen Sie auch uns rufen, wenn wir unseren Feinden gegenüberstehen, und erinnern wir uns daran, daß wir hierher gezogen sind an den Fuß der Wartburg, um den Grundstein zu dem künftigen freien Volksstaat zu legen. Der Sieg unserer Sache, der Sieg des Volkes über seine Feinde, wird unser Werk krönen und den alten Spruch neu bewähren:

„Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme!“

In diesem Geiste lassen Sie uns vom Kongreß heimziehen, um rüstig fortzuwirken für die Sache der Enterbten, für den endlichen Sieg des Proletariats! (Bravo.)

Naters (Halberstadt): Erst gestern hier angekommen, waren mir die Vorgänge vom verflorenen Samstag unbekannt, und da ich wußte, daß der Kongreß im „Goldenen Löwen“ stattfinden sollte, überdies aber kein bestimmtes Mandat für diese oder jene Partei erhalten hatte, begab ich mich in den genannten Gasthof, wo die Schweizerianer versammelt waren. Als ich nun dort gegen einzelne meine Meinung dahin aussprach, daß eine Versöhnung der sich gegenüberstehender Fraktionen der Arbeiter vor allem anzustreben sei, drang man von allen Seiten mit dem Rufe: „Dann sind Sie ein Verräter!“ auf mich ein. Also nicht das sozialistische Prinzip der Brüderlichkeit und der Liebe, sondern das Prinzip der Trennung und des Hasses liegt dem Streben jener Leute zugrunde. Da stand es bei mir fest: mit dieser Fraktion kannst du nimmermehr gehen; ich bin also zu Ihnen hergekommen und kann Ihnen sagen, daß hier die Verhandlungen mit der Würde und dem Ernst geleitet wurden, wie es Sozialdemokraten geziemt. Ich beantrage, daß den Delegierten aus Österreich der Dank des Kongresses ausgesprochen wird, weil sie, als Unparteiische, sich auch auf die gerechte Seite gestellt haben.

Bremer (Magdeburg) spricht warme Worte der Anerkennung für die vortreffliche Leitung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden Geib.

Bonhorst (Wiesbaden) erinnert an die trübe Stimmung, welche alle zur Zeit der Einberufung des Kongresses beherrscht habe, und an die freudige Stimmung jetzt nach gelungenem Werke. Er spricht sodann im Namen der ganzen Versammlung dem ganzen Büro seinen Dank für dessen Mühewaltung aus.

Hillmann: Ich komme aus dem Hauptlager der Schweitzerlinge. Gestatten Sie auch mir, meinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Ein alter Kämpfer der Sozialdemokratie seit 1848, mußte ich mit Schmerzen mit ansehen, wie der von mir mitbegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Schweitzer auf so schmachvolle Weise zu seinen selbststüchtigen Zwecken gemißbraucht wurde. Und weil ich mich diesem Treiben 1867 bei der ersten Reichstagswahl, wo Herr von Schweitzer in Elberfeld-Barmen kandidierte, widersetzte, wurde ich als „Verräter“ gebrandmarkt und als „von der Bourgeoisie gekauft“ hingestellt. Aber in schweren Zeiten haben meine Freunde und ich standgehalten gegen die imperialistischen Gelüste Schweitzers im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Um so größer ist daher jetzt unsere Freude über die erfolgte Begründung einer großen und wirklich demokratisch-sozialistischen Partei.

Vorsitzender Geib: Ich danke Ihnen von Herzen für die Anerkennung, welche Sie mir vorhin ausgesprochen haben. Aber nicht ich war es, der den Kongreß so trefflich leitete, sondern der gute Geist, in dem wir alle hierhergekommen sind. Im Namen des Kongresses spreche ich vorzüglich dem Lokalkomitee unsern Dank aus: dasselbe hat durch seine aufopfernde Tätigkeit viel zu dem gedeihlichen Verlauf des Kongresses beigetragen!

Meine Herren! Wir sind am Ende des Kongresses angelangt; aber nicht ist er zu vergleichen der niedergehenden Sonne, sondern der aufsteigenden Sonne einer großen, für die Zukunft der Arbeitersache bedeutungsvollen Bewegung der Arbeiter Deutschlands. Ich erinnere Sie hierbei an ein bekanntes Märchen:

Es gibt einen Baum, der goldene Früchte trägt; wenn aber diejenigen, die ihn gepflanzt haben, die Hand nach den Früchten ausstrecken, so ziehen sie sich zurück. Es liegt auch um den Baum geschlungen eine Schlange, die jeden davon abhält. Dieser Baum ist die heutige Gesellschaft; die Schlange — das sind die heutigen Zustände, die uns den Genuß der goldenen Früchte verwehren. Meine Herren! Wir sind entschlossen, die goldenen Früchte zu genießen und die Schlange zu verscheuchen: — sollte das nicht auf gutlichem Wege gelingen, wohlan, dann sind wir als Männer, die vor der Tat nicht zurückbeben, bereit, den alten Baum zu fällen und an seiner Stelle einen neuen kräftigen Baum erstehen zu lassen. Wie können wir am ehesten unser Ziel erreichen? — Indem wir den Geist der Brüderlichkeit und Freiheit in die Herzen der Arbeiter verpflanzen und unseren Brüdern in allen Teilen der Erde die Hand reichen. Und so schließe ich denn den Kongreß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Hoch! Hoch! Hoch! (Die Versammlung stimmt mit Begeisterung in dieses Hoch ein und knüpft daran ein dreifaches Hurra!)

Der Kongreß ist geschlossen!

Stenographiert nach dem Arendsschen Kurzschriftsystem von Heinrich Roller in Berlin, Sebastianstraße 4. Bearbeitet von A. Otto Walster, Schriftführer des Kongresses; durchgesehen von der durch den Kongreß bestellten Redaktionskommission: H. Roller, Berlin; A. Otto Walster, Dresden; A. Bebel; W. Liebknecht und Werner in Leipzig.

Alphabetisches Verzeichnis

der im

Kongreß zu Eisenach tätig gewesenen Delegierten

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
1	Abe, A., Eisenach	Pöltzig b. Ronneb.	Arbeiterverband	60
2	Andres, Th., Eisenach	Krimmitschau	Metallarbeitergew.	70
3	Anschütz, Alex.	Gotha	Arbeiterversammlung	18
4	Arnold, F., Eisenach	Braunschweig	Tischler	100
5	Aron, Berlin	Berlin	Untorz. Auftraggeber	9
	—	Linz	Sozialdemokraten	300
6	Artmann, F.	Weimar	Zentralverein	130
7	Bär, W.	Leipzig	Int. Gew. d. Manuf.-A.	31
8	Bauer, W., Eisenach	Oberndorf	Arbeiterbildungsverein	26
9	Baumann, Ed.	Glauchau	— Versammlung	600
	—	—	Volksverein	60
10	Bebel, A., Leipzig	Neustadt a. O.	Arbeiterbildungsverein	30
	—	Cainsdorf	Volksverein	45
	—	Gohlis bei Leipzig	Verein Vorwärts	62
	—	Wien	Schneidergehilfensch.	6000
11	Becker, J. Ph.	Genf	D. Sekt. d. Int. Arb.-A.	2000
12	Bemme, C., Eisenach	Berlin	Untorz. Auftraggeber	7
13	Bennecke, Hamburg	Altona	Untorz. Auftraggeber	23
14	Berg, Carl	Köln	Lassalleaner	120
15	Binkert, Frz. Jos.	Darmstadt	Arbeiterverein	123
16	Blanchard, Rud.	Altenburg	Holzarb.-Genossensch.	30
	—	Eisenberg	Stuhlarbeiter	37
17	Blechschmidt, Ort- mannsdorf	Niedermülsen	Spar- u. Konsumverein	30
	—	Mülsen St. Jakob	Arbeiter- u. Volksverein	60
	—	Mülsen St. Niklas	Arbeiterverein	30
	—	St. Micheln	— Fortbildungsverein	60
	—	Stangendorf	— Konsumverein	57
	—	Thurm	— Verein	60
18	Boas	Reichenberg i. B.	— Verein	562
19	Bock, W.	Gotha	— Versammlung	30
20	Böhm, A., Gotha	Heilbronn	— Bildungsverein	60
21	Böhm, Carl	Nürnberg	Int. Gew.-Gen. d. Holzarb.	35
22	Böll, Peter	Mainz	Allg. Arb.-Versamml.	320
23	Bolze, F., Eisenach	Braunschweig	Arb. d. Helftschen Fabrik	20
24	Bönecke, H., Eisenach	Mainz	Allg. deut. Zimmererov.	65

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
25	v. Bonhorst, Wiesb.	Erbach i. Rheing.	Lassalleaner	31
	—	Herborn	—	26
	—	Dotzheim, Sobg.	—	773
	—	Rambach, Wiesb.	—	50
26	Bönicke, H., Eisenach	Schönfels b. Zw.	Int. Manufaktur Gen.	50
27	Borck, C., Eisenach	Hainichen	Arb.-Bild.-Verein	90
28	Bössel, A., Gotha	Zwickau	Manuf.-Handarb. Gen.	80
29	Bracke jr., W.	Braunschweig	Bahnarbeiter	146
	—	Bielefeld	Tab.- u. Zigarrenarb.	52
	—	—	Unterz. Auftraggeber	6
30	Brätter, Carl	Gera	Arbeiterverein	45
31	Braune, Eisenach	Braunschweig	Stellmacher	45
32	Bremer, J., (zugleich mit Klees, Buckau)	Magdeburg und Umgegend	Volksversammlung	2000
33	Bronnenmeyer	Göppingen	Arb.-Bild.-Verein	325
34	Buchheim, Eisenach	Magdeburg	Lassalleaner	100
35	Bürger, Karl	Göppingen *	Arb.-Bild.-Verein	1370
36	Colditz, A. F.	Krimschau	Fortbildungsverein	96
37	Creuznacher, Eisnch.	Peine	Lassalleaner	39
38	Dannhauer, Ed.	Lauterberg	—	105
39	Daßbach, Matth.	Hanau	—	42
40	Dell, J., Eisenach	Wien	Kürschner-Gehilfen	600
41	Demmler, K., Geyer	Ehrenfriedersdorf	Arb.-Bild.-Verein	150
	—	Hormersdorf	Arbeiterverein	60
42	Dieterle, F. W.	Altona	Zigarrenarbeiter-Vers.	?
43	Dinter, Joh. Gottl.	Zwickau	Berg- u. Hüttenarb. Gen.	2122
44	Dorn, Julius	Apolda	Dienstagsverein	25
45	Dotzauer, Herm.	Zwickau	Volksverein	150
46	Ebert, C.	Mainz	Mal., Tüsch. usw. Gew.	43
47	Eckardt, R., Gotha	Bischofswerda	Konsumverein	180
48	Ehrlich, F., Eisenach	Geyer	—	120
49	Ehrlich, Th., Eisenach	Mainz	Schreiner-genossensch.	90
50	Eichel, Eisenach	Bethmar	Lassalleaner	20
51	Eichhoff, W., Berlin	Wien (Landgrab.)	Sozialdemokraten	1200
52	Ellinger, Eisenach	Wien	Drechl., Pfeisch., Bildh.	4000
53	Eilner, A., Koblenz	Höhr	Lassalleaner	80
54	Ellner, Friedrich	Frankfurt a. M.	—	100
	—	Mühlheim b. Offb.	Arbeiterverein	20
55	Engelhardt, Friedr.	Ronneburg	—	150
56	Ettlinger, Eisenach	Stuttgart	Eisen-Arbeiterverein	152
57	Feuerstein, kl. Lohma	Gaudendorf, Meidl., Hildf.	Allg. Arbeiterschaft	5000
58	Finold, L., Weimar	Niederzönitz	Arb.-Bild.-Verein	60
59	Fritzsche, Caspar	Werdau	Volksverein	168
60	Fritzsche, F. W.	Berlin	Zigarren- u. Tabakarb.	108
	—	Melle	Arbeiter-Vers.	17

* als Vorort des Gaueverbands württemb. A.-B.-V.

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
61	Fuchs, Eisenach	Lichtenstein	Arbeiter-Lese-Verein	40
62	Gabriel, Eduard	Leipzig	Zigarrenarbeiter	400
63	Gebauer, Heinrich	Erfurt	Lassalleaner	?
64	Geib, August	Hamburg	—	94
	—	Heide (Holstein)	Sozialdemokraten	17
65	Geier, Louis	Burgstädt	Arbeiterverein	90
	—	—	Int. Manufakt. usw.	27
66	Geißenberger in Ptersee	Augsb., Lechh., Ptersee	Sozialdemokraten	536
67	Gepfert, C., Eisenach	Braunschweig	Zwickertsche Knopffabr.	14
68	Giertz, Friedrich	Weimar	Int. Holzarbgen.	20
69	Giesecke, C., Gotha	Braunschweig	Mech. Spinnereifabr.-Arb.	25
70	Goldschmidt, Eisnch.	Winkel, Mittelrh.	Arbeiterverein	47
71	Graefe, R., Eisenach	Braunschweig	Zimmerer	40
72	Gralle, Heinrich	—	Arbeiter-Vers.	45
73	Greube, C., Gotha	Schwiebus	Arb.-Bild.-Verein	34
74	Greulich, Hermann	Zürich	Deut. A.-B.-V. d. Schw.	400
75	Groß, C., Eisenach	Meerane	Int. Manufaktur usw.	152
76	Haase, C., Eisenach	Preetz	Sozialdemokraten	11
77	Hack, Hugo	Gotha	Arbeiterversammlung	11
78	Hadlich, Chr.	Großenhain	Arb.-Bild.-Verein	56
79	Hahn, Ed., Eisenach	Mainz	Schreiner-Gen.	109
80	Hahn, M., Eisenach	Erfurt	Zigarrenarb.-Verein	17
81	Harn, Chr.	Gotha	Arb.-Versammlung	148
82	Hartmann, Hartw.	Münchenbernsdrf.	Arbeiterverein	105
	—	Braunschweig	Hand- u. Fabrikarb.	120
83	Haupt, F., Eisenach	Mainz	Sozialdem. Verein	17
84	Heine, F., Eisenach	Fürth	Schreiner-Genossensch.	30
85	Heinemann, Rest.	Gotha	Arb.-Vers.	40
86	Hellmund, Eisenach	Fallersleben	Sozialdemokraten	11
87	Hellmund, Joh.	Braunschweig	Eisenb.-Sattler-Werkst.	11
88	Heppner, Berlin	Simmering b. Wien	Schmidtsche Akt. M.-F.	1300
89	Herrmann, Carl	Staßfurt	Berg-, Hütt. u. Salin.-Arb.	421
90	Heß, E., Eisenach	Werdau	Intern. Metallarb.	39
91	Hestner, L., Eisenach	Braunschweig	Grimms Nähmasch.-Fabr.	45
92	v. d. Heyden, Gust.	Ronsdorf	Volksversammlung	600
	—	Velbert	Unterz. Sozialdemokrat.	16
93	Hild, H., Eisenach	Nürnberg	Schneidergehilfen	80
94	Hillmann, Hugo	Elberfeld-Barmen	Int. Arb.-Assoziation	36
95	Hirsch, Carl	Nürnberg	Verband	36
96	Hirsch, J. M., Winkel	Biebrich	Sozialdemokraten	100
97	Hoffmeier, Theod.	Kassel	Arbeiter-Vers.	?
98	v. Hofstetten, Berlin	Dresden	Lassalleaner	52
99	Horndorf, Carl, in Salzungen	Groß-Ottersleben	Allg. deut. Zimm.-Ver.	38
	—	Lunzenau	Arbeitervereine	80
100	Hupfer, C. F.	Mittweida	—	30
101	Jungk, Chr.	Salzungen	Zigarrenarbeiter	17
102	Kayser, H., Erfurt	Reutlingen	Arb.-Bild.-Verein	86

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
103	Kellner, Chr.	Gotha	Arb.-Vers.	8
104	Klauber, Gotha	Köln	Holzarb.-Gen.	79
105	Klees, W., Buckau	Magdebg. u. Umg.	Volksversammlung	1000
106	Klink, Carl	Apolda	Volksverein	25
107	Knapp, B., Eisenach	Gotha	Schlosser	12
108	Knapp, H., Eisenach	Gotha	Tischler	48
109	Knapp, W., Eisenach	Magdeburg	Allg. deut. Schneid.-Ver.	52
110	Koeb, Hermann	Gotha	Arb.-Vers.	4
111	Kobitzsch, Moritz	Dresden	Int. Gew. d. Schuhm.	85
	—	Dresden	Vereinigte Schuhmach.	1285
112	Kohrausch, Eisenach	Schönau b. Wildf.	Arb.-B.-V.	71
113	Kolbe, Eisenach	Görkau in Böhm.	— u. Versammlg.	480
114	Kölz, C. F.	Lichtenst.-Cailnb.	—	50
115	Kömecke, W.	Hohendodeleben	A. D. Handarb.-Gen.	60
116	Kormann, Eisenach	Giengen (Württ.)	Arb.-B.-V.	20
117	— Hch., Eisenach	Backnang (Württ.)	—	50
118	Kraft, Karl	Weimar	Arbeiterverein	100
119	Kraft, Weimar	Temesvar	Allg. Arbeiterverein	481
120	Kranich, Eisenach	Löderburg	Arbeitervers.	150
121	Krebs, H., Eisenach	Eisenach	Zigarrenarb.	11
122	Krell, W., Eisenach	Berndf. b. Lichtst.	Arb.-Lese-Ver.	51
123	Kriegel, F., Werdau	Werdau	Arb.-Bild.-V.	300
124	Krüger, E., Werdau	Groß-Ottersleben	Allg. D. Maurer-Verein	150
125	Kugler, T., Gotha	—	Allg. D. Handarb.-Ver.	220
126	Kummer, W.	Erfurt	D. Holzarb.-Genossensch.	25
127	Ladeendorf, Dr. A.	Genf	Arb.-B.-V. d. Schweiz	400
128	Lasch, Franz	Reichenbrandt	Lassallescher A. D. A.-V.	100
	—	Neukirchen	—	150
	—	Mittelbach	—	26
	—	Selfersdorf	—	11
	—	Leukersdorf	—	61
	—	Krummhennersdt.	—	150
	—	Grüna	—	62
	—	Markersdorf	—	15
	—	Gablenz	—	5
	—	Alt-Chemnitz	—	9
	—	Schlößch.-Porschd.	—	40
129	Leinhos, C., Eisenach	Wien	Gold-,Silb.- usw. Arb.	1800
130	Leinhos, Chr., Eisenach	Wien	Manufakturarbeiter	6000
131	Leißner, Erfurt	Celle	Holz- u. Zigarrenarb.	98
132	Leyendecker, J.	Mainz	Deutscher Schneider-V.	72
	—	Mainz	Zimmerer	65
133	Lichtenberg, P.	Genf	Zentr.-Kom. dtsch. A.B.V.	400
134	Liebknecht, Leipzig	Wien	Schuhmacher	7000
135	Linde, Eisenach	Mainz	Allg. D. Zimmerer-Ver.	64
136	Lindig	Gera	Holzarbeiter	22
137	Lorenz	Reichenbach i. V.	Int. Gew.-G. d. Manuf.-A.	90
138	Lorenz, Tischler	Gotha	Arb.-Vers.	?
139	Lorenz	Stuttgart	Demokr. Arb.-Verein	50

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
140	Löwenstein, Gabriel	Fürth	Arb.-Verein „Zukunft“	70
141	Malech, Franz	Meerane	Volksverein	685
142	Marschall, A., Gotha	Werdau	Int. Gew.-G. d. Manuf.-A.	243
143	Mehlig, K., Eisenach	Krimmitschau	Int. Gew.-G. d. Schuhm.	40
144	Mendel, Nürnberg	Krimmitschau	Spinn- u. Web.-Genoss.	87
145	Methe, H.	Ottensen	Zigarrenarb.	8
146	Metzner, Theodor	Berlin	Demokr. Arb.-Verein	64
147	Meusemann, H., Eis.	Fürth	Tüncher u. Maler	95
148	Meusemann, Ph., Eis.	Hainichen	Int. Gew.-G. d. Manuf.-A.	36
149	Mietz	Erfurt	Lackierer u. Maler	36
150	Morgenstern, A.	Fürth	Volks-Verein	90
151	Mosig, Gustav	Kirchberg	—	240
	Mosig, F., Kirchberg	Niederhaßlau	—	140
	—	Milkau	—	90
152	Motteler, Julius	Krimmitschau	Int. Gew.-A. d. Manuf.-A.	518
153	Motz, Hr.	Gotha	Arb.-Vers.	?
154	Mühlwasser, Ed.	Brünn	Die Brünner Arbeiter	25 000
155	Müller	Wolfenbüttel	Versch. Arb.-Korp.	140
156	Müller, Geometer	Weimar	Arb.-Verein	50
157	Müller, W.	Dresden	Int. Maur.- u. Zimm.-G.	275
158	Müller, W., Weimar	Wien	Buchb.- u. Portef.-Arb.	1000
159	Müller, Wilhelm	Bieber b. Offenb.	Arb.-Vers.	150
160	Naters, C.	Halberstadt	Zigarrenarb.	150
	—	Stadt Leehausen	Arbeiter-Versammlung	2000
	—	Kochstedt	—	500
	—	Schneidlingen	—	200
	—	Börnecke	—	500
	—	Altenweddingen	—	800
	—	Königsau	—	600
161	Neidel, F.	Braunschweig	A. Zigarrenarb.-Ver.	150
162	Neu, Carl	Reichenbach	Arb.-Bild.-V.	105
163	Neuenhahn, V.	Geyer	Int. Gew. d. Manuf.-A.	55
164	Neumayr, Ludwig	Wiener Neustadt	Volksversammlung	4000
165	Nippoldt, J.	Gotha	Arb.-	20
166	Nitsche, B., Apolda	Geyer	— Bild.-V.	60
167	Oberlack, Eisenach	Luckenwalde	Kranken- u. Unterst.-V.	425
168	Opificius, s. Sonn.	Frankfurt a. M.	Arb.-Bild.-V.	50
169	Otto, Carl	Eisenach	Zigarrenarb.	11
170	Oxford, A., Gotha	Tuttlingen	Arb.-Bild.-V.	180
171	Faatz, Johann	Nürnberg	Int. Gew.-G. d. Metallarb.	95
172	Pfeiffer, Emil	Gotha	Verschiedene Arbeiter	47
173	Polling, F., Dessau	Neudorf	Volks-Vers.	500
	—	Stauffurt	Arbeiter-Vers.	2000
	—	Bernburg	—	450
	—	Stauffurt	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	606
	—	Heiklingen	Arb.-Vers.	516
174	Popp, Eugen	Bamberg	— Bild.-Ver.	116
175	Quick, Michael	Genf	Zentr.-Kom.d.d.B.-V.d.S.	400
176	Rabbich, Eisenach	Stuttgart	Int.G.-G.d. Schuhmacher	160

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
177	Ramm, H., Leipzig	Aalen (Württ.)	Arb.-Bild.-V.	100
178	Raspe, Fr.	Essen	Unterr. Arb.	13
179	Reichelt, C. A.	Apolda	Arb.-Vers.	100
180	Reichelt, E., Eisenach	Wildenfels	Volkverein	130
181	Reichelt	Hannover	Lassalleaner	60
182	Reimann, A.	Gera	Allg. D. Schneider-Ver.	22
	—	Gera	Versch. Arb.	84
183	Remmler, Eisenach	Braunschweig	Deickes Wagentabrik	121
184	Riebel n. Surber	Erfurt	Holzarbeiter	25
185	Rittinghausen, M.	Köln	Lassalleaner	8
	—	Fruhen	Unterr. Arb.	41
	—	Solingen	Soz.-Demokr.	28
186	Ritzmann, Gotha	Geißling. (Württ.)	Arb.-Bild.-V.	15
	—	Harburg	Unterr. Arb.	20
187	Roller, H., Berlin	Braunschweig	Maler, Lackierer usw.	52
188	Rudloff, Eisenach	Bischofswerda	Fortbildungsverein	38
189	Rüdt, August	Heidelberg	Hand-, Fabr., Metallarb.	45
	—	Mannheim	Allg. Arb.-Vers.	500
	—	Karlsruhe	Lass., Metallarb., Holzarb.	166
	—	Worms	Lass., Maur., Zim., Fabr.	445
190	Rüger, Carl	Coburg	Arb.-Verein	60
	—	Coburg	Allg. D. Schneiderverein	11
191	Rüll, Conrad	Nürnberg	Polit. Arb.-Bild.-Ver.	120
	—	Schwabach	Arb.-Bild.-Ver.	7
192	Salmann, Wilh.	Saalfeld	Arb.-Bild.-Ver.	30
193	Sauerteig, Gotha	Waldenburg i. S.	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	52
194	Saul, Julius	Harburg	Holzarbeiter	20
195	Schäfer, C., Eisenach	Braunschweig	Eisenbahntischler	60
196	Schäfer, Chr. —	Obergrunb. i. S.	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	23
197	Schein, Fr. —	Harburg	Köbersches Eisenwerk	30
198	Scheller, E. —	Braunschweig	A. Tab.- u. Zig. Arb.-V.	160
199	Schenk, W. —	Chemnitz	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	15
200	Scheu, Andr. und	Wien	Handschuhmachergeh.	1000
201	Oberwinder, H.	Judenburg	Arb.-Bild.-Verein	900
	—	Wien	Sozialdm. Partei	9000
	—	—	Tischler-Geh.-Gen.	8845
	—	—	Sämtl.A.d.Elis.-W.-B.	13 000
202	Schieber, Wiesb.	Braunschweig	A. D. Schneiderverein	54
203	Schiller, Eisenach	Mezingen (Württ.)	Arb.-Bild.-Ver.	55
204	Schilling, Heinrich	Leipzig	—	350
205	Schimmel u. Geb.	Erfurt	Lassalleaner	21
206	Schlönstein, Salzg.	Neustadt-Magdeb.	A. D. Holzarbeiter	80
207	Schmalz, s. Schillg.	Leipzig	Arb.-Bild.-Ver.	?
208	Schmiedel, Jul.	Oberlungwitz	Volk-Verein	36
	—	Hohenst.-Ernstthal	—	120
209	Schmidt, Eduard	Leipzig	Metallarbeiter	750
210	Schmidt, Wiesbaden	Braunschweig	Zig.-Fabr. v. Himmel u. Br.	26
211	Schneider, Eisenach	Limbach	Lassalleaner	38
212	Schneider, G. —	Gera	Int.G.-G. d. Man.-usw.-A.	25

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
213	Schneider, H. —	Stuttgart	Int. Buchb.-Ver.	80
214	Schneider, W. —	Braunschweig	Eisenbahnmaler	20
215	Schob, H.	Köln	Arb.-Vers.	250
216	Schönstedt, Eisenach	Mylau	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	86
217	Schrader, Aug.	Braunschweig	Pianof.-Arb. b. Steinweg	63
	—	—	D.Holzarb.-Genossensch.	80
	—	Lüneburg	Zigarrenarbeiter	30
	—	—	Lassalleaner	44
218	Schulz, Ernst	Mainz	A. D. Metallarb.-Ver.	100
	Schulz, Ernst	Mainz	Maler, Tüncher usw.	44
219	Schütz, Fritz	Apolda	Volkverein	25
220	Seidel, Robert	Krimmitschau	Konsumverein	320
221	Seifert, Instrum.	Leipzig	Holzarbeiter	248
222	Simon, Christian	Löbtau u. Umg.	Spar- u. Unterst.-Ver.	507
223	Sonnemann, Leop.	Frankfurt	Arb.-Bild.Ver.	50
224	Stauch, Eisenach	Braunsch.-Hlmst.	Eisenbahnarbeiter	260
225	Stephan, Franz	Werdau	Konsumverein	112
226	Stolle, W.	Krimmitschau	Volkverein	600
227	Storch, Aug.	Gotha	Arbeiter-Vers.	?
228	Stöbel, Aug.	—	—	?
229	Stuttmann, Rüss.	Wiesbaden	Arb.-Bild.-Ver.	100
	—	Darmstadt	Maschinenbaugesellsch.	200
230	Stumpf, Mainz	Genf	Deutsche Sekt. d. I. A.-A.	1500
231	Sy, Dr. Herm.	Jena	Thür. Wahlverein	25
232	Szymanowsky	Luckenwalde	Arb.-Verein	250
233	Tannert, Gustav	Leipzig	Zigarrenarbeiter	400
234	Taute, W.	—	Int. Arbeiter-Assoz.	17
235	Thärmann, Gomm.	Dorfchemnitz	Krb.-Verein	30
236	Thiele, F., Leipzig	Gr. Ottersleben	Arb.-Vers.	400
237	Uhlig, H., Eisenach	Meerane	Ver. f. Schutzverwandte	104
238	Ullrich, Peter	Leipzig	Schuhmacher	400
239	Vahlteich, Maxen	Dresden	Arb.-Bild.-Ver.	300
240	Vogel, Aug.	Niederlungwitz	Volkverein	60
	—	St. Egydien	—	130
	—	Remse	—	21
	—	Waldenburg	—	40
241	Volland, Karl	Erfurt	Zigarrenarbeiter	18
242	Voß, H., Eisenach	Eßlingen	Int.G.-G.d.Man.-usw.-A.	96
243	Wabst, W., Gotha	Rottweil	Arb.-Bild.-V.	42
244	Wächter, L.	Erfurt	Schneider u. Kürschner	34
245	Wagner, F., Gotha	Oberleutensdorf	Versch. Arbeiter	300
246	Walster, Dresden	Plauenscher Gr.	Berg-, Hütter- u. Sal.-Arb.	25
	—	Deuben	Arb.-Vers.	250
247	Wehner, A., Eisnch.	Graz u. Umg.	Verschied. Arbeiter	6 000
	—	Gishorn u. Triang.	Sozialdemokraten	63
248	Wehner, C., Eisnch.	Krimmitschau	Int. G.-G. d. Maur. u. Z.	50
249	Wiefenbach, Gotha	Gotha	Arb.-Vers.	37
250	Weise, Ernst	Münchenbernsdt.	— Verein	105

Nr.	Name	Ort der Vollmacht	Arbeitergruppe	
251	Welke, A.	Frankenhausen	Unterr. Arb.	156
252	Weller, Emil	Nürnberg	Volkverein	69
253	Werner, Ernst	Leipzig	Int. Buchbinderverein	950
254	Wetzel, P.	Buckau	Lassalleaner	90
	—	—	Metall-, Hand- u. Fabr.-A.	98
255	Winter, H., Eisenach	Hall (Württ.)	Arb.-Bild.-Ver.	120
256	Wolf, A., Gotha	Stollberg	— Fortb.-Ver.	60
257	Wunderlich, Eisenach	Hannover	Schneidergesellen	40
258	York, Harburg	Altona	Holzarb.- u. Tischler-V.	300
	—	Pinneberg	—	25
259	Zenngraf, Theodor	Gotha	Arb.-Vers.	?
260	Zimmermann, W.	Naumburg	Lassalleaner	20
261	Zirbs, C.	Göppingen	Arb.-Bild.-Ver.	162
262	Zirfaß, Anton	Mainz	— Vers.	320

Nachtrag

263	Neumayr, W.-Nst.	Wöllersdorf	Unterr. Auftraggeber	70
	—	Pottendorf	—	69

Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

(Beschl. in Eisenach 1869)

- I. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates¹.
- II. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:
 1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
 2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrenschaft.
 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
 4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
 5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
 6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereins-

¹ Zum „freien Volksstaat“ vgl. die Stellungnahme von Marx (vorl. Ausgabe S. 28/29), von Engels (vorl. Ausgabe S. 41) und von Lenin (vorl. Ausgabe S. 122-125). Die Red.

gesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügend Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Programm der Sächsischen Volkspartei

(Angenommen am 24. August 1866 in Chemnitz)

Forderungen der Demokratie

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammern der Einzelstaaten, die Gemeinden usw.). Volksheer an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. — Kein Klein-Deutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Groß-Deutschland unter österreichischer Führung, keine Trias (Dreihheit). Diese und ähnliche

dynastisch-partikularistischen Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.

4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung. Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwichenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes zur Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtseins im Volke durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Preßprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

(Angenommen am 19. Dezember 1866 im „Odeon“ in Leipzig)

„Die Arbeiterpartei oder die Partei des vierten Standes bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Unterdrückten aller europäischen Länder ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung auf gegenseitigen Beistand und auf Vereinigung durch ihr Interesse angewiesen sind.

Ihr Ziel besteht in der Beseitigung der Unterdrückung jeglicher Art, namentlich im Wegfall der Ausbeutung der kapitallosen Arbeit durch das Kapital, und sie ist sich vollständig darüber klar, daß sie dieses Ziel nur durch einen gründlichen Umschwung, welcher zur Herstellung des europäischen sozialdemokratischen Staates und zur Eroberung des Weltmarktes führt, erreichen kann.

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht betrachtet die Arbeiterpartei dabei als den selbstverständlichen Ausgangspunkt, und darum ist dasselbe in ihren Augen nur dann von Wert, wenn die Unterdrückten und Ausgebeuteten es als freie Gleiche zu gebrauchen und es in ihrem eigenen Interesse anzuwenden wissen.

Sie macht keine künstliche Trennung zwischen dem Politischen und Sozialen; denn sie weiß, daß eine jede solche Trennung nur Verwirrung erzeugt und schließlich darauf hinausläuft, ihre gerechten Ansprüche auf Selbstherrschaft entweder ganz zum Schweigen zu bringen oder doch mit unwesentlichen kleinen Zugeständnissen abzulinden. Sie kann bloß siegen als Klasse im großartigen Klassenkampfe, indem sie den jetzigen Staat, in welchem die Unterdrückten ja die ungeheure Mehrheit bilden, ihren gerechten Ansprüchen gemäß umgestaltet. Die Einführung von Produktiv-Assoziationen im größtmöglichen Maßstabe vermittelt der Solidarität der Gesamtbevölkerung steht bei ihren Forderungen zunächst obenan.

Unter diesen Forderungen ist natürlich auch inbegriffen vollständige Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, allgemeines deutsches Bürgerrecht, unbeschränktes Versammlungsrecht, vollkommene Preßfreiheit, die Erzielung der größtmöglichen Volksbildung, namentlich durch gründliche Verbesserung der Volksschulen, und wie die von der sogenannten „bürgerlichen Demokratie“ gewöhnlich vorgeschlagenen Palliativmitteln sonst heißen mögen.

Da die Arbeiterpartei die Festigung, Fortdauer und Erweiterung des Norddeutschen Bundes nicht wünschen kann, so benutzt sie einfach das von der preußischen Regierung oktroyierte allgemeine, direkte Wahlrecht und das ebenfalls oktroyierte Bundesparlament als eine willkommene Gelegenheit, um durch ihre Deputierten von der Tribüne herab vor ihren Brüdern in ganz Europa vorstehende Grundsätze ungeschminkt und ohne alle Scheu proklamieren zu lassen. Nur derjenige ist ein ihrer würdiger Vertreter, welcher den Mut besitzt, allein in jeder Beziehung die sozialdemokratischen Interessen geltend zu machen.

Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralisierten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staats.

Die Kämpfe zwischen den verschiedenen monarchischen Parteien liegen ihr gleich fern, mögen nun letztere für despotische preußische Einheit arbeiten oder für die Erhaltung der gegenwärtigen Dynastien wirken, oder aber eine österreichische despotische Einheit einzuführen bemüht sein.

Ebenso weist die Arbeiterpartei die Föderalisten zurück, die entweder unter dem Aushängeschilde föderalistischer Gesinnungen ihren monarchischen Partikularismus verstecken oder, wenn sie nicht unaufrichtig sind, wirklich eine Bundesrepublik nach schweizerischem oder amerikanischem Muster bezwecken. Sie läßt sich zu keinen fremden Zwecken mißbrauchen: darum agitiert sie auf eigene Rechnung und wirkt bloß für ihre eigene Befreiung.

Sie erniedrigt sich zu keinem Kompromiß, sondern sie stellt ihre eigenen Kandidaten auf — unbekümmert darum, ob dieselben siegreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen oder nicht. Doch tritt sie sofort zu fester Wahlorganisation zusammen, setzt alle Kräfte in Bewegung und bringt alle ihr möglichen Opfer, um für ihre Kandidaten den Triumph zu erzwingen. Ihr Wahlspruch lautet nach wie vor: „Es lebe die sozialdemokratische Agitation, es lebe das Recht der freien Gleichen, es lebe der von jeder Unterdrückung gereinigte sozialdemokratische Staat!“

Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

(Angenommen auf der Generalversammlung des A. D. A.

am 27. Dezember 1866, Erfurt.)

1. Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann.

Durch Einheit zur Freiheit!

2. Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung für die staatlichen Volksvertretungen im gesamten deutschen Vaterlande. Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte.

3. Forderung, daß dem jetzt zusammenberufenen Parlament das Recht der beschließenden und nicht bloß beratenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe.

4. Anbahnung der Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiterassoziationen mit Staatshilfe nach den Prinzipien Lassalles.

Entwurf Schweitzers des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

(Angenommen am 19. Mai 1867 in Braunschweig)

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bekämpft jeden despotischen Druck und jede Bevormundung von oben, wie jede bundesstaatliche Gestaltung; er will das ganze Deutschland zu einem einheitlichen und freien Volksstaate verbunden wissen.

In sozialer Beziehung erklärt er:

Die heutige Gesellschaft ist auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, auf die Ausbeutung der Massen zugunsten weniger begründet. Damit wenige in schädlichem Überfluß schwelgen können, müssen Millionen im Elend verkümmern. Wahre Zivilisation ist erst vorhanden, wenn in der Gesellschaft nicht nur gesetzlich, sondern auch den tatsächlichen Bedingungen nach allen gleiche Rechte zustehen, wenn jedem die Entwicklung seiner Fähigkeiten und die Teilnahme an den Segnungen des Staates und der Gesellschaft gesichert sind. Die Grundlage des körperlichen Wohlseins und der geistigen Vervollkommnung aber sind die materiellen Verhältnisse.

Aus diesen Gründen ist der A. D. A. bestrebt, an die Stelle der jetzigen Produktionsweise, unter welcher die Masse des Volkes, die Arbeiter, zugunsten des Kapitals mit einem kärglichen Lohne abgefunden werden, eine neue Produktionsweise zu setzen, durch welche eine gerechte Verteilung der durch die gemeinsame gesellschaftliche Produktion hergestellten Wertgegenstände verwirklicht wird.

Zur Anbahnung dieses neuen Gesellschaftszustandes verlangt der A. D. A. die Begründung von Produktiv-Assoziationen von Staats wegen nach dem Plane Ferdinand Lassalles.

Da die Lage der Arbeiterklasse in allen modernen Kulturländern der Hauptsache nach dieselbe ist und nachhaltig nicht in einem einzelnen Lande zum Bessern umgewandelt werden kann, so erkennt der A. D. A. die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturländern.

Das Nürnberger Programm

(Angenommen auf dem Verbandstag in Nürnberg vom 5. bis 7. Sept. 1868)

Der zu Nürnberg versammelte fünfte Deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klasse ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher in dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt, und dessen Lösung von der prakti-

schen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt, beschließt der Fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der internationalen Arbeiter-Assoziation.

Karl Marx zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

(Angefordert durch von Schweitzer)

„Was den Berliner Kongreß betrifft, so war zunächst die Zeit nicht dringend, da das Koalitionsgesetz (gemeint ist der Entwurf der Gewerbeordnung, in der das Koalitionsrecht mitgeregelt werden sollte) noch nicht votiert ist. Sie mußten sich also mit den Führern außerhalb des Lassalleschen Kreises verständigen, gemeinsam mit ihnen den Plan ausarbeiten und den Kongreß berufen. Statt dessen ließen Sie nur die Alternative, sich Ihnen anzuschließen oder Front gegen Sie zu machen. Der Kongreß selbst erschien nur als erweiterte Auflage des Hamburger Kongresses (der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins). Was den Statutenentwurf betrifft, so halte ich ihn für prinzipiell verfehlt, und ich glaube so viel Erfahrung als irgendein Zeitgenosse auf dem Gebiet der Trade Unions (englische Gewerkschaften) zu haben. Ohne hier weiter auf Details einzugehen, bemerke ich nur, daß die Organisation, so sehr sie für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen taugt, dem Wesen der Trade Unions widerspricht. Wäre sie möglich — ich erkläre sie aufrichtig gestanden für unmöglich —, so wäre sie nicht wünschenswert, am wenigsten in Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an gewöhnlich unter der Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren.

Ihr Plan ist auch sonst unpraktisch. Im Verband drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs: 1. der Ausschuß, gewählt von den Gewerken; 2. der Präsident — eine ganz überflüssige Person, gewählt durch allgemeines Stimmrecht; 3. Kongreß, gewählt durch die Lokaltäten. Also überall Kollisionen, und das soll rasche Aktion befördern. Lassalle beging großen Mißgriff, als er den Gewählten des allgemeinen Stimmrechts der französischen Konstitution von 1852 entlehnte. Nun gar in einer Trades-Unions-Bewegung! Diese dreht sich größtenteils um Geldfragen, und Sie werden bald entdecken, daß hier alles Diktatortum aufhört.

Indes, welches immer die Fehler der Organisation, sie können vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden. Ich bin bereit, als Sekretär der Internationale den Vermittler zwischen Ihnen und der Nürnberger Majorität, die sich direkt der Internationale angeschlossen hat, zu spielen — auf rationaler Grundlage, versteht sich. Ich habe deshalb nach Leipzig geschrieben. Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Willen abhängt.

Ich verspreche Ihnen unter allen Umständen die Unparteilichkeit, die meine Pflicht ist. Andererseits kann ich aber nicht versprechen, daß ich eines Tages als Privatschriftsteller — sobald ich es für absolut durch das Interesse der Arbeiterbewegung diktiert halte — offene Kritik an dem Lassalleschen Aberglauben üben werde, wie ich es seinerzeit an dem Proudhonschen getan habe."

Der Beschluß des Leipziger Komitees, Oktober 1868

„Die von der Mehrheit des Nürnberger Arbeitsvereinstags und der Mehrheit des Berliner Arbeiterkongresses gegründeten respektive zu gründenden Gewerksgenossenschaften haben darauf hinzuwirken:

1. Daß von beiden Seiten nach gegenseitiger Verabredung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde.

2. Daß, bis eine Einigung und Verschmelzung zustande kommt, die beiderseitigen Gewerksgenossenschaften in ein Vertragsverhältnis zueinander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen.

3. Daß beide Teile unter allen Umständen jede Gemeinschaft mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerksgenossenschaften zurückweisen, die, von den Feinden der Arbeiter gestiftet, keinen anderen Zweck haben, als die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben und die Arbeiter zu Werkzeugen der Bourgeoisie herabzuwürdigen."

Ich verspreche Ihnen unter allen Umständen die Unparteilichkeit, die meine Pflicht ist. Andererseits kann ich aber nicht versprechen, daß ich eines Tages als Privatschulmeister — sobald ich es für absolut durch das Interesse der Arbeiterbewegung diktiert hätte — offene Kritik an dem Lassalleschen Aberglauben üben werde, wie ich es seinerzeit an dem Proudhonschen getan habe."

Der Beschluß des Leipziger Komitees, Oktober 1868

„Die von der Mehrheit des Nürnberger Arbeitsvereinstags und der Mehrheit des Berliner Arbeiterkongresses gegründeten respektive zu gründenden Gewerksgenossenschaften haben darauf hinzuwirken:

1. Daß von beiden Seiten nach gegenseitiger Verabredung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde.

2. Daß, bis eine Einigung und Verschmelzung zustande kommt, die beiderseitigen Gewerksgenossenschaften in ein Vertragsverhältnis zueinander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen.

3. Daß beide Teile unter allen Umständen jede Gemeinschaft mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerksgenossenschaften zurückweisen, die, von den Feinden der Arbeiter gestiftet, keinen anderen Zweck haben, als die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben und die Arbeiter zu Werkzeugen der Bourgeoisie herabzuwürdigen."

In der Reihe »AKTUELLE SCHRIFTEN« sind bisher erschienen:

- Heft 1: **Marxismus - Schlagwort oder Begriff?**
Eingeleitet u. bearbeitet v. Willy Banse (16 Seiten) Preis: RM 0.50
- Heft 2: **Vom Kriegsgeld zur Friedensmark**
Von A. Montag (44 Seiten) Preis: RM 1.50
- Heft 3: **Vom Werden der Verfassung in Hessen**
Von Friedrich Caspary (76 Seiten) Preis: RM 2.-
- Heft 6: **Deutschland - Schmelztiegel oder Vulkan?**
Von Kurt Heilig
- Heft 7: **Der Aufstieg der englischen Arbeiter-Partei**
Eine Übersetzung aus dem Englischen
- Heft 9: **Die Konsumgenossenschaften im Neuaufbau**
Von Dr. h. c. A. Remmele, Hamburg
- Heft 17: **Der erste Schritt in die Welt**
Die Englandreise der SPD-Delegation - Bericht und Kritik

Demnächst erscheinen:

- Heft 4: **Das Wirtschaftsprogramm des Sozialismus**
Von Erich Altwein
- Heft 8: **Sozialistische Möglichkeiten in unserer Zeit**
Von Wenzel Jaksch, London
- Heft 14: **Volkscharakter und Umerziehung**
Von Dr. Otto Friedländer
- Heft 16: **Der Weg der Demokratie in Hessen**
Von Ministerpräsident Christian Stock

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT
OFFENBACH AM MAIN · FRANKFURTER STRASSE 30

Im Bollwerk-Verlag erscheinen demnächst:

FRIEDRICH STAMPFER

**Die 14 Jahre
Der ersten Deutschen Republik**
(650 Seiten)

GUSTAV NOSKE, Reichsminister a. D.

**Erlebtes aus Aufstieg und
Niedergang einer Demokratie**
(330 Seiten)

PIETRO NENNI

Todeskampf der Freiheit
(150 Seiten)

KARL BROGER

Das Buch vom Epele

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT

OFFENBACH AM MAIN • FRANKFURTER STRASSE 30